

**Reclaim the Red**  
Zur Kritik des älteren  
und neueren Marxis-  
mus-Leninismus

# RECLAIM THE RED

Zur Kritik  
des älteren  
und neueren  
Marxismus-  
Leninismus

KANTINE  
FESTIVAL

# Inhalt

- Editorial
- 7 Reclaim the Red**  
Zur Kritik des älteren und neueren  
Marxismus-Leninismus

- Kantine Workshop AG
- 17 Autoritäre Wende?**  
Thesen zur Kritik der Roten Gruppen

- Gruppe Kappa
- 63 Instrumentelle Reduktionen**  
Thesen zur Kritik des Antizionismus  
und Antisemitismusverständnisses  
»Roter Gruppen«

- Vogliamo Tutto
- 89 Revolution und Organisation**  
Zur Kritik des Parteikonzepts  
im Marxismus-Leninismus

- Julian Kuppe
- 113 Mythos Oktoberrevolution**  
Zum Zusammenhang von  
Bolschewismus, Stalinismus  
und Terrorismus

- Lukas
- 191 Eine kritische Bildungsreise  
in die Zone?**  
Kurzes Resümee zur Kantine Zone.  
*Analyse und Kritik der DDR*

# RECLAIM

## 6 THE RED

Editorial

7

### **Reclaim the Red**

## Zur Kritik des älteren und neueren Marxis- mus-Leninismus

Ihr haltet die zweite Auflage der vierten Kantine-Publikation in den Händen. Das Kantine-Festival ist ein selbstorganisiertes Veranstaltungsformat, das seit 2018 einmal im Jahr in Chemnitz stattfindet. In Vorträgen, Workshops, Lesungen, Filmvorführungen, Stadtrundgängen und kulturellen Beiträgen setzt sich die Kantine auf dem Gelände des Subbotnik (eine alte Schulkantine, die heute ein soziokultureller Veranstaltungsort ist) mit

gesellschaftskritischen Inhalten auseinander – jedes Jahr mit einem neuen Fokus: *Kantine Marx* (2018), *Kantine Luxemburg* (2019), *Kantine Benjamin* (2020), *Kantine De Pizan – Feministische Utopien* (2021), *Kantine Gramsci* (2022), *Kantine Sabot – Geschichte und Theorie des Anarchismus* (2023), *Kantine Zone – Analyse und Kritik der DDR* (2024) und *Kantine Arditì – Zu Faschismus und Antifaschismus* (2025). Die Kantine ist für uns ein Ort der kritischen (Selbst-)Bildung, der einen Rahmen für leidenschaftliche Diskussionen bietet. Wir wollen hier Menschen treffen, die die herrschenden Verhältnisse genauso unerträglich finden wie wir, die nach Wegen einer grundlegenden Gesellschaftsveränderung suchen und sich von den miesen Umständen nicht blöd machen lassen wollen. Die Kantine ist für uns ein ernstes politisches Anliegen, soll aber auch einen Raum für allen möglichen Unsinn bieten, in dem wir manche Schnapsidee verwirklichen können.

Vom 23. bis 27. Juli 2024 haben wir uns unter dem Titel *Kantine Zone* mit der Analyse und Kritik der DDR beschäftigt. Uns ging es um eine Kritik der DDR, weil wir uns einer libertären Tradition des Sozialismus nahe fühlen und die historischen Modelle des Staatssozialismus verkehrt finden. Gleichzeitig sollten die Programmbeiträge einen Unterschied zur institutionalisierten Erinnerungspolitik machen: Der Untergang der DDR, die Wiedervereinigung und die Reetablierung des Kapitalismus wollen wir nicht als Ende der Geschichte anerkennen – eine umfassende menschliche Emanzipation steht noch aus, die Befreiung von Herrschaft und Ausbeutung bleibt ein notwendiges Ziel.

Als die *Kantine Zone* vorüber war, haben wir überlegt, ob wir die einzelnen Programmbeiträge in einer umfassenden Publikation dokumentieren wollen, wie wir es bei der *Kantine Sabot* getan haben. Letztlich haben wir uns dagegen entschieden – vor allem, weil bei vielen von uns auch neben der Kantine so viel los ist,

**10** dass die zeitlichen Ressourcen oft knapp sind. Aber es war uns trotzdem wichtig, etwas von den Diskussionen der Kantine *Zone* festzuhalten. Ein Anlass, sich kritisch mit der DDR zu beschäftigen, waren nicht zuletzt aktuelle politische Entwicklungen: Überall in der linken Bewegung wird in den letzten Jahren das Revival von »Roten Gruppen« diskutiert, die sich positiv auf die Modelle des »Realsozialismus« beziehen und die kanonischen Texte und Symbole des Marxismus-Leninismus wieder hochleben lassen. Nicht nur in ihren Kürzeln erinnern sie an die K-Gruppen der 70er Jahre in Westdeutschland: *KO, KP, KA, KJ, KF, KI, FKO* usw. Uns fiel jedoch auf, dass die Kritik an diesen »Roten Gruppen« oft nicht ausreichend inhaltlich ausgeführt wird, worin eine Schwäche der anti-autoritären Linken zum Ausdruck kommt. Da wir auf einem Workshop der Kantine *Zone* damit begonnen hatten, uns Aspekte dieser Kritik zu erarbeiten, haben wir uns entschieden, diese Kritik in einer Kantine-Publikation zu vertiefen.

Die »Thesen zur Kritik der Roten Gruppen«, die das Heft eröffnen, sind eine überarbeitete Version unseres Workshop-Inputs zum Thema auf der Kantine *Zone*. Wir kritisieren darin das Geschichtsverständnis des sogenannten »Historischen Materialismus«, die positive Bezugnahme auf die DDR bei manchen Roten Gruppen, das verkehrte Verständnis von Ideologie und Klassenbewusstsein, das sie vertreten, den sorglosen Umgang mit revolutionärer Gewalt, den wir bei ihnen sehen und die Vorstellung von nationaler Befreiung, die bei den Roten Gruppen immer wieder auch in Antisemitismus übergeht. Eine Kritik dieses letzteren Aspekts findet eine Vertiefung in den dann folgenden Thesen der Gruppe *Kappa* aus Leipzig. Diese Thesen sollten ursprünglich auch auf dem Kantine-Workshop diskutiert werden, was jedoch kurzfristig aus persönlichen Gründen nicht zustande kam – wir freuen uns, dass wir den geplanten Inhalt auf diese Weise »nachliefern« können. *Kappa* zeigt auf, wie instrumentell sich die Roten

**12** Gruppen auf soziale Bewegungen beziehen, indem sie aktuelle Ereignisse dem Schema ihrer Tradition des Marxismus-Leninismus unterordnen. Dieses Schema impliziert auch einen Antizionismus, der die realen Erfahrungen von Jüdinnen und Juden außen vor lassen muss.

Für weitere Beiträge haben wir Freund:innen angefragt, mit denen wir zum Teil in anderen Diskussionszusammenhängen verbunden sind. Die Gruppe *Vogliamo Tutto* kritisiert in ihrem Beitrag das Organisationsmodell der Parteienherrschaft, das im Marxismus-Leninismus entwickelt wird und das unter dem Begriff der »Diktatur des Proletariats« firmiert. Es geht *Vogliamo Tutto* darum, Erfordernisse und Schwierigkeiten eines revolutionären Übergangs ernst zu nehmen und dennoch aufzuzeigen, dass ein »Kommunismus von Oben« das verkehrte Mittel ist, um emanzipatorische Ziele zu erreichen. Julian Kuppe untersucht in seinem Text den politischen und ökonomischen Umsturz, den die Bolschewiki 1917 in Russland vollzogen und

weist nach, dass dieser Umsturz gegen die Macht der Sowjets, gegen die Selbstverwaltungsbestrebungen der Arbeiterinnen und Arbeiter gerichtet war. Er argumentiert, dass der Stalinismus nicht erst mit dem Tode Lenins über die Sowjetunion hereinbrach, sondern in den politischen Konzeptionen der Bolschewiki angelegt war.

Den Abschluss macht schließlich Lukas aus der Kantine-Crew, der in einem Schnelldurchlauf Erkenntnisse aus der *Kantine Zone* zusammen fasst. Er versucht skizzenartig darzustellen, was die DDR gewesen ist, warum für sie Bewusstseinsfragen und Moral so wichtig waren und wie darin ein repressiver Zug angelegt ist. So kommt die *Kantine Zone* also doch noch zu einer publizistischen Würdigung.

Wir hätten gern einen Beitrag im Heft gehabt, der kritisch analysiert, wie sich die Roten Gruppen auf die Frauenbewegung und die queere Bewegung beziehen und was an ihrer Analyse des Geschlechterverhältnisses verkehrt ist. Aufgrund unseres eng gesteckten Zeitplans für die

**13**

Publikation kam ein zunächst zugesagter Beitrag jedoch leider nicht zustande. Wir erachten die Auseinandersetzungen für gewinnbringend, die im Leipziger *Bündnis für einen emanzipatorischen März*<sup>1</sup> geführt werden, senden solidarische Grüße und hoffen, dass Beiträge in diese Richtung an anderer Stelle eine öffentlichkeitswirksame Publikation erfahren.

Die Beiträge in diesem Heft sind nicht einheitlich gegendert. Wir haben den Autor:innen unsere bevorzugte Weise des Genderns (innen) vorgeschlagen, es ihnen jedoch freigestellt, wie sie es handhaben. Möge die Uneindeutigkeit zum Fall des generischen Maskulins beitragen!

Zu unserem Anliegen sei gesagt: Es geht uns nicht um eine einfache Abgrenzung oder um die Selbstvergewisserung einer anti-autoritären Szeneidentität. Wir halten auch nichts von billiger Polemik, die oftmals eigene Unsicherheiten kaschiert, und

<sup>1</sup> Siehe: <https://keinemeisleipzig.noblogs.org/post/2024/03/04/fur-einen-emanzipatorischen-8-marz/>

es bringt nichts, junge Leute verächtlich zu machen, die sich derzeit in Roten Gruppen politisieren. Es geht uns stattdessen um eine ernsthafte politische Auseinandersetzung, die klüger wird, wenn sie Differenzen mit ausgeführten Argumenten klar macht. Wenn dafür auch harte Kritik notwendig ist, dann um dem Ziel der Emanzipation näher zu kommen. Wir haben die Beiträge dieses Heftes in einer fünfköpfigen Redaktion diskutiert, ohne dass wir sagen können, dass wir uns in allen Punkten einig sind. Die Redaktion besteht zudem nur aus einem Teil des Kantine-Teams. Gemeinsam ist uns das Anliegen einer Diskussion, die hoffentlich durch dieses Heft weiter geführt wird.



Grüße vom  
Pingufin!  
November 2025

## **Autoritäre Wende?**

### Thesen zur Kritik an den Roten Gruppen

#### **Vorbemerkungen**

Der folgende Text bildete den Einstieg für eine Diskussionsrunde zu Umgang und Erfahrungen mit Roten Gruppen, die im Rahmen der Kantine Zone am 27. Juli 2024 stattfand. Die Thesen beruhen auf Diskussionen, die wir gemeinsam während der Vorbereitung auf das Festival geführt haben. Für diese Publikation haben wir die Thesen leicht überarbeitet.

**18** Das vermehrte Auftreten von sogenannten »Roten Gruppen« in den letzten Jahren hat in der radikalen Linken Debatten ausgelöst. Diese Gruppen stellen sich in eine Tradition des Marxismus-Leninismus und beziehen sich – inhaltlich wie symbolisch – positiv auf den Realsozialismus. Zudem vertreten sie bei internationalen Fragen häufig einen Campismus<sup>1</sup> und ein autoritäres, d.h. zentralistisches und hierarchisches, auf Disziplin und in Teilen auf Intransparenz beruhendes Organisationsmodell. In einigen Städten – beispielsweise in Leipzig – sind diese Gruppen

<sup>1</sup> Mit Campismus oder »Lagerdenken« ist eine politische Grundhaltung in internationalen Fragen gemeint, die darauf hinausläuft, diejenigen Staaten zu unterstützen, die sich in einer Konfrontation mit den reichen, überwiegend weißen Staaten des Globalen Nordens – allen voran den USA – befinden. Die Klassenverhältnisse in beiden Lagern geraten dabei in den Hintergrund, und die ökonomischen und politischen Verhältnisse in den einzelnen Ländern werden nicht als Maßstab gesehen, von dem eine Unterstützung abhängig gemacht wird – dies kann bis zur Unterstützung von autoritären und menschenverachtenden Regimen reichen, sofern sie sich nur im »richtigen Lager« befinden.

inzwischen sehr prägend für das Geschehen in der linken Szene insgesamt und haben insbesondere unter jungen Menschen viel Zulauf. In Gesprächen mit Genoss:innen aus unterschiedlichen Kontexten nehmen wir ein weit verbreitetes Bedürfnis wahr, sich kritisch mit diesen Roten Gruppen auseinanderzusetzen bzw. ihnen politisch etwas entgegenzusetzen. Wir beobachten dabei allerdings auch, dass meist auf eine inhaltliche Kritik an der Programmatik und Strategie dieser Gruppen verzichtet und stattdessen eine überwiegend »psychologische« Analyse vorgenommen wird. Diese hebt insbesondere darauf ab, dass sich der Zulauf zu Roten Gruppen aus einem weit verbreiteten Bedürfnis nach »einfachen Antworten« erklären ließe. Wir halten das nicht für grundsätzlich falsch, denken aber auch, dass man es sich damit ein bisschen zu einfach macht. Zum Einen reagieren Rote Gruppen unserer Meinung nach – wenn auch auf verkehrte Weise – auf einen echten Mangel in der radikalen Linken, nämlich auf einen

**20** Mangel an verbindlicher Organisation, die der politischen Situation angemessen wäre. Zum Anderen denken wir, dass eine inhaltliche Auseinandersetzung notwendig ist, wenn man das Ziel hat, Linke, die sich derzeit an Roten Gruppen orientieren, von einem Gegenentwurf zu überzeugen. Einen wichtigen Ansatzpunkt sehen wir in der Kritik an der Realsozialismus-Rezeption, wie sie von diesen Gruppen vertreten wird. Daran wird deutlich, warum wir eine grundlegend andere Vorstellung von einer befreiten Gesellschaft haben.

Einen solchen inhaltlichen Gegenentwurf zu vertreten, halten wir für umso notwendiger, weil für uns die Roten Gruppen eine extreme Ausprägung einer Tendenz darstellen, die wir in breiteren Teilen der radikalen Linken seit einigen Jahren beobachten: Als Reaktion auf eine Krise der radikalen Linken, die sich durch Handlungsunfähigkeit angesichts sich verschärfender gesellschaftlicher Widersprüche, durch den Rückzug in Freiräume innerhalb der eigenen Bubble und durch

Aktionismus ohne strategische Reflexion auszeichnet (um nur ein paar Aspekte zu benennen), sind viele Linke auf der Suche nach Wegen, wieder Handlungsfähigkeit und gesellschaftliche Wirkmacht zu erlangen. Dabei wenden sie sich von der lange vorherrschenden autonomen Organisation ab – machen dabei aber, so nehmen wir es wahr, gewissermaßen einen Über-schlag in die andere Richtung: Beispielsweise wird eine hierarchische Organisation als effizienter in der Durchsetzung sozialistischer Ziele angesehen. Wie in der Massenorganisation mit Berufsrevolutionären der individuelle Spielraum keine Rolle mehr spielt, verschwindet dann auch die individuelle Entfaltung als emanzipatorische Zielstellung. Auch auf anderer Ebene reagieren die Roten Gruppen auf Sackgassen der linken Szene – beispielsweise auf die wahrgenommene Dominanz einer Identitätspolitik, die von materialistischer Kapitalismuskritik nichts mehr wissen will. Stattdessen verfallen sie allerdings in einen Ökonomismus, der wiederum den

**21**

**22** emanzipatorischen Gehalt der Identitätspolitik erkennt.

Aber das sei hier nur angerissen – wir wollen uns im Folgenden eher auf einige »Extreme« der Roten Gruppen beschränken. Wir wollen euch einen Zwischenstand unserer Auseinandersetzung präsentieren, der weder vollständig noch an allen Stellen völlig ausgereift ist. Wir haben uns dabei auf einige wenige Gruppen konzentriert, die (unserer Wahrnehmung nach) besonders präsent sind und von denen viele Texte (Grundsatzpapiere, »Propagandamaterial« u.ä.) vorliegen. Wir werden uns hier vor allem auf die *Kommunistische Organisation (KO)*, die sich inzwischen in *Kommunistische Partei* umbenannt hat, und den *Kommunistischen Aufbau (KA)* beziehen. Wir haben unsere Kritik ausschließlich anhand online verfügbarer Texte entwickelt, nicht aus dem direkten Gespräch mit Mitgliedern dieser Gruppen oder aus einer praktischen Auseinandersetzung heraus.

## Historischer Materialismus

Die von uns untersuchten Roten Gruppen vertreten ein Geschichtsverständnis, das sie »historischen Materialismus« nennen. Dieses Geschichtsverständnis ist unseres Erachtens reduktionistisch, indem es reduziert ist auf einfache ökonomische Merkmale, und deterministisch, indem es von der Durchsetzung von Gesetzmäßigkeiten im Verlauf der Geschichte ausgeht. So postuliert der KA beispielsweise, »dass die Geschichte und die Politik nicht »zufällig« verlaufen, sondern Gesetzmäßigkeiten folgen.«<sup>2</sup> In der Tradition des Marxismus-Leninismus wird dabei ein Vier-Stufen-Modell menschlicher Geschichte entworfen. Demnach habe sich die Menschheit von der kommunistischen Urgesellschaft über die Sklavenhaltergesellschaft und den Feudalismus hin zum Kapitalismus entwickelt. In der kapitalistischen Gesellschaft

<sup>2</sup> Kommunistischer Aufbau: Historischer Materialismus. 11.03.2021, online unter <https://komaufbau.org/historischer-materialismus/> (zuletzt aufgerufen 14.09.2025).

**24** sei indes objektiv die Entwicklung hin zum Kommunismus angelegt. Antrieb dieser Transformationen sei dabei insbesondere die sogenannte ›Entfaltung der Produktivkräfte‹, worunter – vereinfacht gesagt – die Produktionsinstrumente einer gegebenen Gesellschaftsformation sowie die Menschen, welche diese anwenden, zu verstehen sind. In den Worten des KA finden gesellschaftliche Transformationsprozesse nun wie folgt statt:

*»Neue gesellschaftliche Ideen und Theorien entstehen erst, nachdem die Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft diese vor neue Aufgaben gestellt hat. Aber nachdem sie entstanden sind, werden sie zu einer höchst bedeutenden Kraft, die die Lösung der neuen, durch die Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft gestellten Aufgaben erleichtert, die Vorwärtsbewegung der Gesellschaft erleichtert.«<sup>3</sup>*

3 Ebd.

Auch die Idee des Kommunismus kann demnach erst an dem Punkt entstehen, an dem die kapitalistische Produktionsweise in solche Widersprüche gerät, dass sie innerhalb der eigenen Spielregeln nicht mehr gelöst werden können.

Dieses Geschichtsbild ist an mehreren Punkten in Frage zu stellen. Das Vierstufenmodell – Urkommunismus, Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus, Kapitalismus – mag eine grobe Orientierung bieten, wenn man sich aus großer Entfernung den Verlauf Menschheitsgeschichte anschaut. In dieser Allgemeinheit ist aber über die konkreten historischen Gesellschaftsformen, die sich zum Teil im Laufe ihres Bestehens nicht unerheblich verändert haben und die zum Teil gleichzeitig bestanden, wenig gesagt. Auch von einem Fortschritt von Stufe zu Stufe kann kaum ausgegangen werden – waren doch etwa die antiken Stadtstaaten bereits wesentlich ausdifferenzierter als manch feudale Verhältnisse oder müssen die Menschen doch

**25**

**26** heute durchschnittlich mehr arbeiten als in der Gesellschaft der Jäger und Sammler.

Zuletzt lässt sich aus dem Übergang von der einen zur anderen historischen Stufe wenig gewinnen, was hilfreich sein kann für die Transformation, die man selbst anstrebt. Im Rückblick mag es schlüssig sein, den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus als Sprengung der Fesseln zu deuten, die den Produktivkräften im Feudalismus angelegt waren. Aber wie will man bestimmen, an welchem Punkt die kapitalistische Gesellschaftsform nicht mehr in der Lage ist, die eigene Ökonomie zu entwickeln? Und will man sich angesichts der bisherigen Katastrophen darauf verlassen? Gerade die ökonomischen und finanziellen Krisen haben immer wieder den Erfindungsreichtum des Kapitalismus unter Beweis gestellt. Im »Kapital« geht Marx dementsprechend auch nicht so sehr von historischen Notwendigkeiten aus, als dass er eine komplexe und vielschichtige Analyse der bestehenden Verhältnisse entwickelt.

In den Texten, in denen Marx selbst revolutionäre Situationen analysiert, gibt es keinen ökonomischen Schematismus. Stattdessen analysiert er politische Konstellationen, die Situation der Herrschenden und ihrer Verbündeten, das Handeln und die Handlungsbedingungen der unteren Klassen, das Schwanken verschiedener Klassensegmente und die Bündnisse, die die Ausgebeuteten eingehen. Eine solche Konkretion ist durch einen Schematismus nicht erreichbar. Ist, anstatt mit dem eigenen Handeln einer äußeren Gesetzmäßigkeit zur Erfüllung verhelfen zu wollen, nicht die Frage viel entscheidender: An welchem Punkt erkennen die Ausgebeuteten und Beherrschten, dass die bestehenden Verhältnisse nicht mehr zu ertragen sind und man sich nie wieder etwas Ähnliches gefallen lassen will? Welchen Bedingungen tragen dazu bei, dass sie in so einem Fall auch dazu in der Lage sind, gemeinsam gegen die herrschende Ordnung zu kämpfen und alternative gesellschaftliche Verhältnisse aufzubauen?

Die Vermutung liegt nahe, dass der Schematismus, der im Lehrmaterial der Roten Gruppen zu finden ist, in der Hoffnung begründet liegt, dass ein Studium der Geschichte den eigenen Weg in die befreiten Gesellschaft vereinfacht. So heißt es bei dem KA:

*»Die Wissenschaft von der Geschichte der Gesellschaft kann trotz aller Kompliziertheit der Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens zu einer genauso exakten Wissenschaft werden wie die Biologie, Physik etc. Sie kann also zu einer Wissenschaft werden, welche imstande ist, die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft in der Praxis auszunutzen.«<sup>4</sup>*

Man wünscht sich, dass die Geschichte beherrschbar wird, indem man sie auf Gesetzmäßigkeiten reduziert, die handhabbar sind wie die der Physik. Aber eine

<sup>4</sup> <https://komaufbau.org/historischer-materialismus/>  
#Einleitung

Versuchsanordnung oder eine Laborsituation, wie sie für die Physik unverzichtbar sind, lassen sich im realen Geschichtsverlauf nicht herstellen. Eine Revolution, die wirklich menschliche Zustände herstellen würde, kann zudem nicht einfach eine Anwendung von bestehenden Gesetzmäßigkeiten sein – sie wäre ja gerade der Prozess, in dem sich die Menschen als bewusst handelnde Subjekte der Geschichte ihre eigenen Gesetze geben.

Ist aber das Schema einmal in den Köpfen, lässt man sich auch vom realen Geschichtsverlauf nicht mehr irritieren. Wie passen Vernichtungskrieg und Shoah in das stufenmäßige Fortschrittsmodell oder in jenes vom Verhältnis zwischen Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen hinein? Kein Wunder, dass diese Beispiele im Lehrtext des KA über den historischen Materialismus keine Erwähnung finden. Wie kann der Untergang der Sowjetunion erklärt werden, wenn sich dort nicht schon die Produktivkräfte den Weg in neue Produktionsverhältnisse

gebahnt hatten? Welche Notwendigkeit hat sich in diesem Geschichtsverlauf vollzogen?

Es ist durchaus sinnvoll, sich die Geschichte anzuschauen. Dies kann helfen, zu verstehen, wie es zum Istzustand gekommen ist, und schärft den Blick für gesellschaftliche Konstellationen. Aber die Geschichte gibt uns keine Handlungsanleitung an die Hand. Blickt man mit diesem Wunsch zurück, geht ein differenzierter Blick verloren – sowohl auf den realen Geschichtsverlauf als auch auf die Gegenwart und die eigenen Handlungsbedingungen. Dass Geschichte von Roten Gruppen vor allem als Ressource zur Ermutigung gebraucht wird, wird auch in ihrer neo-nostalgischen Verwendung der heroischen Symbole der Arbeiterbewegung und des Staatssozialismus deutlich. In einem solchen Bezug auf die Geschichte bügelt man die Widersprüche, die in ihr liegen, glatt und schafft sich nur Illusionen. Wir finden aber, dass man sich diesen Widersprüchen stellen muss.

## Positive Bezugnahme auf den Realsozialismus

Das Modell des Sozialismus der roten Gruppen orientiert sich am Realsozialismus der Sowjetunion und den mit ihr verbündeten Staaten, die in der Ausrichtung von Politik und Ökonomie ähnlich funktionierten. Sie bezeichnen diese vergangenen Gesellschaftsformationen als »Errungenschaften der Arbeiterbewegung«<sup>5</sup> und sehen in ihnen ein Vorbild für einen künftigen Gesellschaftsaufbau. Deren Mängel und Gründe ihres Scheiterns werden zwar thematisiert, allerdings als *einzelne Aspekte*, die in einem zukünftigen Sozialismus ohne Weiteres korrigiert werden könnten und nicht als grundlegenden Einspruch gegen das Modell als solches erscheinen. Das bedeutet, dass sie die Funktionsweise der

5 »Die DDR ist die größte Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung« (Kommunistische Organisation: Die DDR – Land der Arbeiter und des Friedens. 02.10.2019, online unter <https://kommunistische-organisation.de/stellungnahmen/die-ddr-land-der-arbeiter-und-des-friedens>, zuletzt aufgerufen 14.09.2025).

zentralen Institutionen des Realsozialismus – starker Staat, zentrale Planung und Verwaltung, gewaltsames Vorgehen gegen Opposition, umfassende Eingriffe des Staates in die Lebensgestaltung der Einzelnen – affirmieren. In der Folge verfallen sie im Reden über konkrete realsozialistische Länder in Verharmlosung, Verklärung und Verdrehung von Fakten.

Dabei fällt die Bewertung des Realsozialismus in unterschiedlichen Roten Gruppen graduell durchaus unterschiedlich aus. Der KA spricht bspw. vom Einsetzen der Konterrevolution ab Stalins Tod und hebt dabei insbesondere auf die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente in die Planwirtschaft und die Entstehung einer neuen »Ausbeuterklasse« in der Bürokratie ab.<sup>6</sup> In der Folge nimmt auch die positive Bezugnahme auf die DDR weit

<sup>6</sup> Kommunistischer Aufbau: Über die Zerstörung des Sozialismus und die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion. 25.11.2016, online unter <https://komaufbau.org/restaurationdeskapitalismus/> (zuletzt aufgerufen 14.09.2025).

weniger Raum ein als etwa bei der KO oder der *Kommunistischen Initiative (KI)*, für die die Etablierung eines eigenen, positiven Narrativs über die DDR ein zentrales Agitationsfeld ist. Besonders deutlich nachvollziehen kann man Letzteres in der Youtube-Serie »Das andere Leben« der KO, in der ehemalige DDR-Bürger:innen (die interessanterweise in der DDR größtenteils keine einfachen Arbeiter waren, sondern Positionen in Politik, Verwaltung und Ökonomie innehatten) zu Wort kommen und der im wiedervereinigten Deutschland lange vorherrschenden negativen Darstellung der DDR ihre »schönen Erinnerungen« gegenüberstellen.<sup>7</sup> Sie heben dabei die »sozialen Errungenschaften« der DDR – das Gesundheits- und Bildungswesen, das hohe Maß an sozialer Gleichheit, die Sicherheit der Arbeitsplätze, die geringen Preise von

<sup>7</sup> Kommunistische Organisation (2023): Das andere Leben. Online unter <https://www.youtube.com/watch?v=O7c9ftg95ok&list=PLnJOSwE1QoQThYB-VMWaP4B4colxgsaIO-&index=1> (zuletzt aufgerufen 14.09.2025).

**34** Kulturangeboten usw. – hervor, zudem loben sie die Möglichkeiten der Mitbestimmung im politischen System und auf Betriebsebene. Jedoch wurden diese Mitbestimmungsmöglichkeiten, etwa im Planungssystem, wie sie in der Verfassung der DDR vorgesehen waren, niemals in der Form umgesetzt. Zusätzlich handelte es sich bei den Massenorganisationen, über die diese Mitbestimmung vollzogen werden sollte, immer um staatliche Organisationen, in denen die Parteifunktionäre stets in der hierarchisch höheren Stellung waren. Dies trifft beispielsweise auf die Gewerkschaften zu, die zwar eine soziale Infrastruktur rund um die Betriebe organisierten, aber zuallererst die Funktion hatten, die Planungsvorgaben und Arbeitsnormen auch *gegen* die Arbeiter:innen durchzusetzen, welche keine *unabhängigen* Organisationsformen hatten, mit Hilfe derer sie ihre Interessen formulieren und verteidigen konnten. So übten die Massenorganisationen in der DDR vor allem Druck aus, sich anzupassen, anstatt Organe der

Mitbestimmung und Selbstorganisation zu sein. Dass soziale Gleichheit hier immer auch Anpassungsdruck bedeutete, gegen individuelle Freiheit gerichtet war und keine Selbstverwaltung zuließ, hat die Perspektive des Sozialismus nachhaltig diskreditiert.

Dieser Anpassungsdruck und das repressive Vorgehen gegen unterschiedlichste Formen der sozialen und kulturellen Devianz tauchen in der Darstellung der KO kaum als Problem auf; sowohl die Repression gegen Oppositionelle als auch der Bau der Mauer werden als notwendig und damit nicht weiter diskussionswürdig erachtet. In Bezug auf das Grenzregime sagt etwa einer der Interviewten: »Man braucht keine Grenze zu ziehen, wenn man nicht zur letzten Konsequenz greifen kann und darf (...). Schlimmstenfalls musste auch geschossen werden (...) Das ist das Recht eines souveränen Staates.« Ein anderer Interviewter schlägt in eine ähnliche Kerbe, wenn er die rhetorische Frage stellt, was denn an der Stasi schlimmer

gewesen sein sollte als etwa am Verfassungsschutz – jeder Staat habe das Recht, im Inneren für seine Sicherheit zu sorgen.<sup>8</sup>

Aus unserer Sicht lässt das tief blicken: Es wird hier eingefordert, an die DDR als Staat den gleichen Maßstab anzulegen wie an kapitalistische Staaten – dies allerdings keineswegs als Kritik, sondern affirmativ. Hier trifft eine Kritik zu, die Ulf Wolter 1975<sup>9</sup> in Bezug auf Lenin und den Marxismus-Leninismus formuliert hat: Diese haben Wolter zufolge keinen Begriff von der kapitalistischen Vergesellschaftung und wollen deren Formen sowohl in der Organisation der Produktion als auch in der des Staatsapparates beibehalten. Die Revolution wird damit auf ihre politische

<sup>8</sup> Kommunistische Organisation: Das andere Leben. Folge 4: Kalter Krieg und Konterrevolution in der DDR. 17.01.2023 Online unter [https://www.youtube.com/watch?v=bmOAlhc\\_f8A&list=PLnJOSwE1QoQThYB-VMWaP4B4colxgsaIO-&index=4](https://www.youtube.com/watch?v=bmOAlhc_f8A&list=PLnJOSwE1QoQThYB-VMWaP4B4colxgsaIO-&index=4), Minuten 00:07:54-00:08:12 und 00:16:46-00:17:03 (zuletzt aufgerufen 14.09.2025).

<sup>9</sup> Wolter, Ulf (1975): Grundlagen des Stalinismus, Berlin: Rotbuch-Verlag, S. 92.

Seite beschränkt, d.h. es wird als ausreichend angesehen, die »Kommandohöhen in Wirtschaft und Staat« neu zu besetzen und die Produktionsmittel in Staatseigentum zu überführen. Die soziale Emanzipation der Arbeiter:innen, die Erfahrung von Selbstverwaltung der Arbeit, echte Freiheit in der Lebensgestaltung usw. wird dabei vernachlässigt und abgeschnitten, wo sie mit den Anforderungen des sozialistischen Staates in Konflikt gerät.

Und auch eine Kritik Leo Koflers am Stalinismus lässt sich hier in Stellung bringen:

*»Der Stalinismus verändert das Individuum in seiner traditionellen Einseitigkeit, Unvollkommenheit, Armseligkeit und Zerrissenheit nur so weit, als er es restlos seinen bürokratischen Bedürfnissen unterwerfen muss: er gibt ihm Bildung, soweit er des ›Intellektuellen‹ benötigt; er gibt ihm Idealismus, so weit er dieses Idealismus im Dienste des ›Vaterlandes‹ und des ›Aufbaus‹ bedarf; er macht es mit der*

*Lehre von Marx vertraut, soweit es diese Lehre benötigt, um ein blindgläubiger Diener des Staates zu sein – aber er lässt es im Kern unverändert, damit es all dies sein kann!*«<sup>10</sup>

Besonders in der Realsozialismus-Rezeption der Roten Gruppen wird deutlich, dass sie für das Erreichen von Zielen (wie z.B. soziale Gleichheit) instrumentell auf die Individuen zugreifen: Für das Funktionieren des sozialistischen *Staates* verfügbar zu sein, wird höher gewichtet als die Gewährleistung individueller Freiheit. Wir lehnen das ab; für uns sind die Aufhebung von Entfremdung und die Möglichkeit zur Entfaltung der Einzelnen unhintergehbare Prinzipien des Sozialismus, die man nicht einfach für Produktivität oder »Systemstabilität« opfern kann. Weiterhin

<sup>10</sup> Marxistischer oder stalinistischer Marxismus [1954/55]«, in Leo Kofler: Zur Kritik bürgerlicher Freiheit. Ausgewählte politisch-philosophische Texte eines marxistischen Einzelgängers, Hamburg 2000, S.65 (Hervorhebung von uns).

sind wir der Meinung, dass es in einer sozialistischen Gesellschaft politischen Pluralismus braucht, um die Möglichkeit zur Reflexion und Weiterentwicklung zu haben, außerdem kann eine solche Gesellschaft nur dann funktionieren, wenn sie auf breite Zustimmung der in ihr lebenden Menschen trifft. Dies hat die tatsächliche Mitbestimmung und nicht nur formelle demokratische Verfahrensweisen zur Voraussetzung. Repression oder gar Terror können kein Weg sein, diese Zustimmung zu organisieren.

### **Sorglosigkeit im Reden über Gewalt in der Revolution**

Im »Kommunistischen Programm« formuliert der KA die Annahme, dass in einer revolutionären Situation mit dem Ziel, den Sozialismus aufzubauen, die Kapitalist:innenklasse »alle friedlichen und unfriedlichen, politischen, ideologischen und militärischen Mittel aufbieten [wird], die ihr zur Verfügung stehen, um jeden Versuch

zu verhindern, ihre Herrschaft zu beseitigen«. Daraus ergebe sich, »dass sich im Moment der Revolution der Klassenkampf (...) zum revolutionären Bürgerkrieg entwickeln muss«. Eine der Voraussetzungen dafür sei eine »kämpferprobte Arbeiter:innenklasse«, die bereit ist, »ihr Leben für die Befreiung (...) aufs Spiel zu setzen«.<sup>11</sup>

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass in einer revolutionären Situation mit konterrevolutionärer Gewalt zu rechnen ist, und dass das Scheitern einer revolutionären Bewegung wahrscheinlich ist, sofern sie nicht in der Lage wäre, auf diese Gewalt zu reagieren. Was wir allerdings für falsch halten, sind die Selbstverständlichkeit und Sorglosigkeit, mit denen hier von einer gewaltsamen Auseinandersetzung ausgegangen und die Arbeiter:innenklasse gewissermaßen darauf eingeschwo-ren wird. Was dabei fehlt, ist die Reflexion

<sup>11</sup> Kommunistischer Aufbau: Kommunistisches Programm, 15.02.2023. Online unter [https://komaufbau.org/programm/#4\\_Der\\_Charakter\\_der\\_Revolution\\_in\\_Deutschland](https://komaufbau.org/programm/#4_Der_Charakter_der_Revolution_in_Deutschland) (zuletzt aufgerufen 14.09.2025).

darauf, dass eine gewaltsame »Unterdrückung«<sup>12</sup> der Konterrevolution auf die angestrebte Gesellschaft selbst zurückwirken kann: Auf einer individuell-psychischen Ebene begünstigt sie Verrohung, und auf einer institutionellen Ebene kann sie den Grundstein für einen repressiven Umgang mit politisch Andersdenkenden insgesamt legen, der keine Verhältnismäßigkeit mehr kennt. Gerade vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung des Realsozialismus ist es entscheidend, dies als eine mögliche Entwicklung zu antizipieren und Überlegungen anzustellen, was dem entgegengesetzt werden könnte. Für uns würde dazu in jedem Fall gehören, im Umgang mit politischen Gegner:innen so wenig Gewalt wie möglich anzuwenden und Prinzipien der Begrenzung der revolutionären Gewalt einzuführen.<sup>13</sup>

<sup>12</sup> [https://komaufbau.org/programm/#4\\_Der\\_Charakter\\_der\\_Revolution\\_in\\_Deutschland](https://komaufbau.org/programm/#4_Der_Charakter_der_Revolution_in_Deutschland)

<sup>13</sup> Der linke Sozialrevolutionär Isaac Steinberg hat ein Prinzip revolutionärer Gewaltenteilung entwickelt. Vgl. Magdalena Freckmann & Julian Meinelt: »Kreative Abtötung des Staates«. Über Isaac Steinberg«, in: *Eine*

Der KA bezeichnet die Kapitalist:innenklasse als »durch und durch parasitäre Klasse«. Die Aufbau des Sozialismus bedeute für sie ihre »Vernichtung als gesellschaftliche Klasse«.<sup>14</sup> Zum Einen kritisieren wir die Verwendung des Begriffes »parasitär« in diesem Kontext, weil er in einer klar antisemitischen Tradition steht – eine Tradition, an die hier zusätzlich durch den Vernichtungsgedanken angeknüpft wird. Zum Anderen gibt es zwar auch in der Gesellschaft, die wir anstreben, keine Kapitalist:innen als gesellschaftliche Klasse mehr – für uns käme es aber darauf an, dass diese Gesellschaft auf humanistischen Grundsätzen aufgebaut ist und gute Lebensbedingungen für alle Menschen sicherstellt, auch für diejenigen, sich aktuell auf der Seite der Ausbeutung befinden.

*Bewegung zur Befreiung des Individuums. Beiträge aus der Kantine Sabot zur Theorie und Geschichte des Anarchismus, Chemnitz 2024.*

<sup>14</sup> [https://komaufbau.org/programm/#1\\_Die\\_Klassengesellschaft\\_in\\_Deutschland](https://komaufbau.org/programm/#1_Die_Klassengesellschaft_in_Deutschland); [https://komaufbau.org/programm/#4\\_Der\\_Charakter\\_der\\_Revolution\\_in\\_Deutschland](https://komaufbau.org/programm/#4_Der_Charakter_der_Revolution_in_Deutschland)

Es steht außer Frage, dass die meisten Kapitalist:innen aufgrund ihrer Lebensweise reaktionär sind und sich wie Arschlöcher verhalten, aber es darf dabei nicht vergessen werden, dass sie zugleich auch »Charaktermasken«, in ihrer Subjektivität also Personifikationen der ökonomischen Verhältnisse sind, in denen sie leben und handeln – und das impliziert, dass sie veränderbar sind. Ein zentrales Anliegen einer befreiten Gesellschaft muss sein, den Individuen die Möglichkeit zur Herausbildung einer neuen Subjektivität zu geben, und dies müsste (ehemalige) Kapitalist:innen mit einschließen. Sie als den zu vernichtenden Feind zu markieren, wie der KA es tut, macht dies von vornherein unmöglich.

### **Arbeiter:innenklasse: Ideologie und Klassenbewusstsein**

Objektiv liegt es im Interesse der Klasse der Lohnabhängigen, den Kapitalismus zu überwinden. Anders als die Roten Gruppen halten wir aber die Frage für entscheidend,

warum es eine so große Kluft zwischen objektivem Interesse und subjektivem Willen der Angehörigen der Arbeiter:innenklasse gibt. Warum entwickelt eine Mehrheit der Arbeiter:innen keine Kapitalismuskritik, die in der Konsequenz eine sozialistische Revolution verlangt? Glaubt man der *Kommunistischen Partei*, dann verdankt sich diese Kluft einer Reihe staatlicher Praxen. So heißt es in der »Grundlagenschulung« der KP:

*»Der Staat hat eine Vielzahl von Mechanismen entwickelt, um die Arbeiterklasse davon abzuhalten, dass sie sich ihrer Lage bewusst wird, sich organisiert und selbst die Macht übernimmt. Dazu gehören sowohl die Repressionsapparate wie Polizei, Geheimdienste und Armee, als auch Mittel der Manipulation und Beeinflussung des Bewusstseins wie Schulen, Medien usw.«<sup>15</sup>*

<sup>15</sup> Kommunistische Partei. Grundlagenschulung der KP. Kapitel 5: Der bürgerlich-kapitalistische Staat.

Die beiden Mechanismen, die es so schwer machen, Klassenbewusstsein zu entwickeln, sind in dieser Vorstellungswelt Manipulation und Repression. Ideologie kommt demnach allein *von außen*, durch Staatspropaganda und durch Repression gegen Versuche, darüber aufzuklären. Würden wir Arbeiter:innen nicht vom Staat und von den staatstragenden Medien mit Missinformation bombardiert, hätten wir allesamt Klassenbewusstsein. Dieses Bild ist unvollständig. Nicht, dass Repression, Medien und ideologische Staatsapparate keine Rolle spielen würden. Um das Problem verstehen zu können, braucht es aber eine Auseinandersetzung mit der Funktionsweise von Ideologien, die von den Roten Gruppen nicht betrieben wird.

Marx hat gezeigt, dass es sich bei Ideologie um falsche Vorstellungen über die gesellschaftlichen Zusammenhänge handelt. Diese können weder allein durch

Online unter <https://kommunistischepartei.de/grundlagenschulung/kapitel-5-der-buergerlich-kapitalistische-staat/> (zuletzt aufgerufen am 14.09.2025).

einen bloßen Irrtum erklärt werden, noch ausschließlich durch die Manipulation durch »die da oben«, sondern dadurch, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse anders zu sein *scheinen*, als sie sind. »Ideologie« ist insofern ein Produkt der undurchsichtigen gesellschaftlichen Verhältnisse. Der Arbeits- und Verwertungsprozess erscheint den unmittelbaren Produzent:innen als ihnen fremd und die gesellschaftlichen Beziehungen stellen sich »hinter ihrem Rücken« her. Dabei entstehen Widersprüche in der Art und Weise, wie der selbe Zusammenhang auf den unterschiedlichen Ebenen erscheint. So zeichnet sich der Kapitalismus durch eine hochgradig vergesellschaftete Produktion aus: Der Weltmarkt setzt voraus, dass ganz unterschiedliche Produktionszweige miteinander kombiniert werden und auch in den einzelnen Produktionsstätten kooperative Prozesse stattfinden. Im Gegensatz dazu wird das Arbeitsverhältnis in einem individualisierten Vertragsverhältnis geregelt und der so produzierte Reichtum

privat angeeignet. Im Resultat erscheint es, als ob alle Beteiligten als isolierte Einzelwesen zurück bleiben. So ist es möglich, dass Einzelne die Schuld an der Misere und ihre mögliche Lösung bei sich als Individuen suchen (Konsumkritik, Ersatzreligion) oder die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise einzelnen Akteuren angelastet wird (Antisemitismus), obwohl dies alles das Ergebnis eines Prozesses ist, an dem auch und gerade die Arbeiter:innen in einem gesellschaftlich-kooperativen Prozess beteiligt sind.

In der Analyse von Marx taucht »Ideologie« als ein gedanklicher Reflex von Verhältnissen auf, die einen falschen Schein produzieren. Als nach dem Ersten Weltkrieg anstelle einer sozialistischen Revolution der Faschismus Massenzulauf bekam und zuerst in Italien siegreich war, dann in der noch viel schrecklicheren Gestalt des Nationalsozialismus in Deutschland, zeigte sich deutlich, dass Ideologie mehr ist als ein bloßer Gedankeninhalt. In ihr wirkt auch ein affektiv-emotionaler Aspekt, der

zum Teil verdrängte Wünsche und Triebregungen anspricht. Gerade diese affektive Dimension muss als Triebkraft für die faschistischen Massenbewegungen in den Blick genommen werden. Von Leuten wie Wilhelm Reich und dann etwas später der ersten Generation der Kritischen Theorie wurde versucht, mithilfe von Freud und von Marx zu erklären, was die Massen veranlasst, sich am Vernichtungsversprechen eines imaginierten Feindes zu berauschen, statt ihr Handeln am Ziel der Überwindung der Klassengesellschaft und der Abschaffung von Herrschaft überhaupt auszurichten.

Rassismus, der heute offensichtlich in der Arbeiter:innenklasse so wie überall in der Gesellschaft präsent ist, lässt sich teilweise in marxistischer Weise als gedanklicher Reflex auf die Konkurrenz innerhalb der Arbeiter:innenklasse und ihrer Vermittlung durch die Konkurrenz zwischen den Nationalstaaten erklären. Die Arbeiter:innenklasse ist kein einheitlicher Block – die Lohnabhängigen konkurrieren

um begrenzte Arbeitsplätze, deren Einrichtung von der Profitaussicht von Privatunternehmer:innen abhängt. Arbeitslose werden dabei gegen diejenigen ausgespielt, die das Glück haben, in Lohn und Brot zu stehen. Dies ist zudem in eine nationale Gliederung des globalen Gesamtarbeitsprozesses eingebettet – national bilden sich unterschiedliche Lohnniveaus und Erwartungen an den Lebensstandard heraus. Das ist die Grundlage dafür, dass migrantische Arbeitskräfte als Gefahr für den eigenen Lohn- oder Lebensstandard erscheinen können. Ein Verständnis der Lust an der Abwertung rassifizierter Menschen erfordert aber darüber hinaus auch eine sozialpsychologische Analyse. Zu berücksichtigen ist dabei – das zeigen etwa die Geschichte des Antisemitismus und des Antiziganismus –, dass kulturelle Bilder und Mythen, die Jahrhunderte lang die Gemüter beschäftigt haben, sich auch gegenüber ihren ursprünglichen Entstehungsbedingungen verselbstständigen können, wenn sie geeignet

sind, sozialpsychologische Bedürfnisse zu befriedigen. Die Analyse von institutionellem Rassismus zeigt, wie sich rassistische Vorstellungen etwa in Verwaltungsabläufe einschreiben und Rassismus so selbst ohne seine aktive Reproduktion durch beteiligte Subjekte Wirksamkeit entfalten kann.

Der Marxismus-Leninismus der Roten Gruppen zeigt sich als von all diesen Erkenntnissen völlig unbeeindruckt. Noch einmal die KP in ihrer »Grundlagenschulung« – diesmal zum Rassismus:

*»In der Arbeiterklasse wirken Rassismus und Nationalismus als Spaltungsinstrumente, die einen Teil der Klasse gegen einen anderen aufbringen und damit vom Kapital und dem Imperialismus als dem wirklichen Feind aller Arbeiter ablenken. Es sollte also nicht verwundern, dass rassistisches Bewusstsein auf vielfältige Weise vom Staat, den Massenmedien und oft genug auch von den Unternehmern im Betrieb gefördert wird, um politische Ziele*

*durchzusetzen und die Organisation der Arbeiterklasse zu schwächen. Denn eine Arbeiterklasse, die nach Nationalitäten oder entlang anderer Grenzen gespalten ist, ist schwach und kann leicht geschlagen werden.«<sup>16</sup>*

In der Vorstellung der KP hat Rassismus also mit Rassist:innen selbst wenig zu tun. Weder handelt es sich um den Reim, den sie sich selbst auf die Konkurrenz unter den Arbeiter:innen unter nationalstaatlichen Bedingungen machen, noch sind rassistische Vorstellungen vermittelt durch gesellschaftlich bedingte Bedürfnisstrukturen: Rassismus ist in dieser Vorstellungswelt vielmehr ein *Instrument* in der Hand der Herrschenden, die dieses Instrument virtuos für ihre Herrschaftszwecke verwenden. Es ist zwar richtig, dass Rassismus

<sup>16</sup> Kommunistische Partei. Grundlagenschulung der KP. Kapitel 6: Revolutionäre Strategie und Sozialistische Revolution. Online unter <https://kommunistischepartei.de/grundlagenschulung/kapitel-6-revolutionaere-strategie-und-sozialistische-revolution/> (zuletzt aufgerufen am 14.09.2025).

in der Konsequenz zu einer Spaltung der Arbeiter:innenklasse führt und es mag manchen gewieften Unternehmer geben, der versucht, diese Wirkungsweise für seine Zwecke zu nutzen. Dass Rassismus verfängt und wirkt, kann dadurch aber nicht erklärt werden. Die Frage, *warum* sich die Beherrschten denn überhaupt manipulieren *lassen*, wirft die KP an keiner Stelle auf. Stattdessen werden Arbeiter:innen damit ausschließlich als passive Empfänger:innen von manipulativer Kommunikation dargestellt, die über keinerlei eigene Reaktionsfähigkeit oder Verantwortung verfügen und die nur mithilfe der »richtigen« Propaganda auf Linie gebracht werden müssen.

Wir halten eine solche Auffassung von Ideologie nicht nur für unzureichend, sondern auch für politisch schädlich. Es ist wichtig, dass wir Praxisformen finden, mit denen wir darauf hinarbeiten können, Ideologien auf kognitiver und auf emotionaler Ebene tatsächlich zu überwinden. Wenn wir sie bloß leugnen, indem wir sie

in das Außen der Staatspropaganda verlagern, oder versuchen, sie mithilfe einer alternativen Propaganda bloß zu überschreiben, dann wird uns das wieder einholen.

### **Nationale Befreiung und Antisemitismus**

Der Imperialismus und die Frage nach der Unterstützung nationaler Befreiungskämpfe spielt in der Programmatik der Roten Gruppen wie auch in ihrem Auftreten nach außen (Statements, Demonstrationen etc.) eine große Rolle. Wir können hier auf dieses Thema nicht vollumfänglich eingehen, wollen aber ein paar Punkte anreißen, die uns besonders wichtig erscheinen.

Zwar wenden sich die Roten Gruppen gegen nationalistischen Chauvinismus und betonen – wie etwa die KP in ihren Programmatischen Thesen – dass »die Haltung der Kommunisten zur nationalen Frage [...] nie unabhängig von den Gesamtinteressen der Arbeiterklasse betrachtet

werden« kann und dass es ein international koordiniertes Vorgehen gegen die Bourgeoisie braucht, das Vorrang gegenüber der »nationalen Befreiung« haben muss. Sie gehen aber gleichzeitig davon aus, dass »für die Arbeiter und die revolutionäre Partei die Nation das jeweilige Feld des Kampfes ist«<sup>17</sup> und dass nationale Befreiungskämpfe – so leiten sie es aus der Geschichte ab – eine wichtige positive Rolle für Klassenkämpfe spielen können. Dabei gilt ihnen sogar Patriotismus als ein Ausgangspunkt für antikapitalistische Agitation:

*»Auch nehmen wir als Internationalisten keine feindliche Haltung zur Heimatverbundenheit oder den patriotischen Gefühlen der Massen ein. Denn diese Gefühle richten sich an sich keineswegs gegen*

<sup>17</sup> Alle Zitate aus Kommunistische Partei: Programmatische Thesen. These 6: Proletarischer Internationalismus. 01.07.2018, online unter <https://kommunistischepartei.de/programmatische-thesen/6-proletarischer-internationalismus/> (zuletzt aufgerufen am 14.09.2025).

*andere Länder oder Völker. Sie können vielmehr ein Anknüpfungspunkt für den Klassenkampf sein, weil es das Kapital ist, dass (sic) die Heimat dem Profitinteresse unterwirft, rücksichtslos die Umwelt zerstört und Land und Leute in Kriege führt, in denen sie nichts zu gewinnen haben.«<sup>18</sup>*

Ausgehend von dieser Einschätzung plädieren sie dafür, diejenigen nationalen Bewegungen zu unterstützen, die – so formuliert es der Kommunistische Aufbau<sup>19</sup> – »den Imperialismus objektiv schwächen, die auf seinen Sturz ausgerichtet sind und die den weltweiten Kampf für den Sozialismus stärken«.

<sup>18</sup> Kommunistische Partei. Grundlagenschulung der KP. Kapitel 6: Revolutionäre Strategie und Sozialistische Revolution. Online unter <https://kommunistischepartei.de/grundlagenschulung/kapitel-6-revolutionaere-strategie-und-sozialistische-revolution/> (zuletzt aufgerufen am 14.09.2025).

<sup>19</sup> Kommunistischer Aufbau: Über die nationale Frage in Palästina und Israel, 05.05.2021. Online unter <https://komaufbau.org/die-nationale-frage-in-palaestina-und-israel/> (zuletzt aufgerufen am 14.09.2025).

Sofern eine nationale Bewegung diesen Kriterien genügt – wobei uns die Begründung in den Fällen, über die wir gelesen haben, zumeist nicht eingeleuchtet hat – sehen Rote Gruppen die Notwendigkeit, alle an der »nationalen Befreiung« beteiligten Akteure zu unterstützen, auch wenn sie reaktionäre Ideologien vertreten. Begründet wird dies mit einem vermeintlichem Pragmatismus, dass man sich also in einer Kriegssituation die Verbündeten nicht frei wählen könne, weil Krieg »nicht in denselben Bewegungsformen [verläuft] wie ein ›friedlicher‹ politischer Kampf«<sup>20</sup>. Bei der KP zeigte sich dies zuletzt besonders deutlich an ihrer Positionierung zur Hamas: Zwar hebt die KP hervor, dass sie mit der Hamas »ideologisch nichts verbindet«, gleichzeitig erachtet sie die Kooperation mit der Hamas für den von ihr als legitim

<sup>20</sup> Spanidis, Thanasis (Mitbegründer der KP): Imperialismus, »multipolare Weltordnung« und nationale Befreiung, 20.12.2021. Online unter <https://kommunistischepartei.de/diskussion/imperialismus-multipolare-weltordnung-und-nationale-befreiung/> (zuletzt aufgerufen am 14.09.2025).

erachteten palästinensischen Widerstand als »alternativlos«. Die Aufgabe von Kommunist:innen in Palästina wie auch in Israel sei es, »die israelische Arbeiterklasse und einen Teil des Volkes von Israel für einen gemeinsamen Kampf gegen Kapitalismus und Zionismus zu gewinnen« und sich eine führende Rolle im palästinensischen Widerstand zu erkämpfen.<sup>21</sup> Wie die israelische Bevölkerung dafür gewonnen werden soll, sich einem Kampf anzuschließen, der im pragmatischen Bündnis mit einer Kraft geführt wird, die auf ihre Vernichtung hinarbeitet, erschließt sich uns überhaupt nicht. Wir sind überzeugt, dass an mögliche »Bündnispartner:innen« der Maßstab angelegt werden sollte, ob sie auf eine Emanzipation – im Hier und Jetzt und in einem universell-menschlichen Sinne – hinwirken. Eine antisemitische Organisation wie die Hamas kann daher niemals ein

<sup>21</sup> Kommunistische Partei: Der Terrorist heißt Israel, 10.10.2023. Online unter <https://kommunistischepartei.de/stellungnahmen/der-terrorist-heisst-israel/> (zuletzt aufgerufen am 14.09.2025).

Bündnispartner sein, auch nicht unter Verweis auf die »objektiven Bedingungen«.

Während Rote Gruppen patriotische Gefühle und Heimatverbundenheit für Vorstufen des Klassenkampfes halten und nationale Befreiung die Bedingungen für eine revolutionäre Bewegung verbessern soll, scheint all dies für Israel explizit nicht zu gelten. Der Zionismus gilt den Roten Gruppen ausschließlich als »siedlerkoloniales Projekt«, und immer wieder findet sich, insbesondere bei der KO, die Äußerung, dass das Judentum keine Nation und Israel kein »richtiger« Nationalstaat sei.<sup>22</sup> Begründet wird dies damit, dass in Israel Juden und Jüdinnen aus aller Welt zusammenkommen, sie also über gar keine

<sup>22</sup> Vgl. Kommunistische Organisation: *Mit palästina-solidarischen Vorsätzen in die zionistische Hölle: Eine Kritik an den »Grundlinien« der MLPD zum palästinensischen Befreiungskampf*, 23.03.2023, <https://kommunistische-organisation.de/artikel/mit-palaestina-solidarischen-vorsaetzen-in-die-zionistische-hoelle-eine-kritik-an-den-grundlinien-der-mlpd-zum-palaestinensischen-befreiungskampf/> (zuletzt aufgerufen am 23.10.2025).

gemeinsame Abstammung verfügen würden. Während Rote Gruppen den Zionismus als eine »Blut-und-Boden-Ideologie« einordnen, hört sich für uns offen gestanden diese Argumentation sehr viel mehr nach »Blut und Boden« an. Es wird damit einerseits der den Zionismus begründende Wunsch der Jüdinnen und Juden nach einem Schutzraum vor Antisemitismus einfach abgetan und damit ein Teil der Geschichte, der zur Gründung Israels führte, verdrängt. Andererseits werden damit implizit Jüdinnen und Juden als unfähig erklärt, einen Nationalstaat zu begründen, was eine Nähe zum antisemitischen Bild des wurzellosen Juden herstellt.

Auch über den Nahostkonflikt hinaus findet Antisemitismus als ein gesellschaftliches Gewaltverhältnis, das von Kommunist:innen bekämpft werden muss, in den Texten von KO und KP kaum Erwähnung – viel häufiger taucht der Begriff negativ auf, nämlich als Antisemitismusvorwurf im Zusammenhang mit Israel und

dem Nahostkonflikt<sup>23</sup>. Auch in der Erzählung über die Geschichte der Arbeiter:innenbewegung und deren antifaschistische Kämpfe werden die Shoah sowie Antisemitismus innerhalb der Arbeiterbewegung selbst weitgehend ausgeblendet. Die Geschichte Deutschlands im 21. Jahrhundert hat gezeigt, dass die Ideologie des Antisemitismus eine mörderische Konsequenz hat und deshalb im Rahmen jeder Emanzipationsbewegung ein Gegenstand der Auseinandersetzung sein muss. Dieselbe Geschichte zeigt, dass sich für Kommunist:innen ein positiver Bezug auf die Nation verbietet.

### **Schlusswort**

Das Erstarken der Roten Gruppen ist das Ergebnis einer Krise der radikalen Linken. Eine inhaltliche Kritik dieser Gruppen, wie wir sie hier ansatzweise versucht haben zu formulieren, kann deshalb nur

<sup>23</sup> Vgl. ebd.

ein Teil der Reaktion auf dieses Erstarken sein. Es kommt auch darauf an, die eigenen Gewissheiten und Szenemechanismen zu hinterfragen und an handlungsfähigen Strukturen zu arbeiten, die eine Antwort auf die gesellschaftlichen Zustände geben können, die sich ständig zuspitzen. Beide Bemühungen – inhaltliche Kritik und strategische Orientierung – müssen organisiert werden und sich aufeinander beziehen.

## **Instrumentelle Reduktionen**

Thesen zur  
Kritik des Anti-  
zionismus und  
Antisemitismus-  
verständnisses  
marxistisch-  
leninistischer  
Gruppen

## 64 Einleitung

Die radikale Linke in Leipzig befindet sich im Wandel. Was jahrelang als schleicher Prozess durchaus wahrgenommen, aber wenig problematisiert wurde, schlug spätestens seit dem 7. Oktober 2023 in einen offenen innerlinken Konflikt um. Mittlerweile gibt es diverse Artikel und Debattenbeiträge über das Erstarken sogenannter »Roter Gruppen«, die sich am Marxismus-Leninismus orientieren und den Aufbau einer avantgardistischen kommunistischen Kaderpartei ins Zentrum ihres politischen Strebens rücken.<sup>1</sup> Die Verhältnisse in Leipzig sind dabei Ausdruck eines bundesweiten Trends; das Flussbett orthodoxer Strömungen scheint wieder breiter zu werden, bedingt durch den Zulauf besonders vieler junger Menschen. Die Heftigkeit der Auseinandersetzung in Leipzig lässt sich dabei aber nicht auf einen Generationen- oder Hegemoniekonflikt innerlinker Strömungskonkurrenz

<sup>1</sup> <https://knack.news/9719>

## 65

reduzieren. Auch wenn Verlaufsformen dieser Auseinandersetzung identitär aufgeladen sind, gilt es, eine inhaltliche Kritik an Praxis und Theorie dieser Gruppen wieder ins Zentrum zu rücken.

Dass es sich bei »Roten Gruppen« freilich um keinen monolithischen Block handelt, sondern sie sich auf unterschiedliche und teils in Konkurrenz zueinander stehende Theorietraditionen berufen, lässt eine generalisierende Kritik schnell ins Leere laufen. Dennoch werden wir<sup>2</sup> uns im Folgenden auf Texte ausgesuchter Gruppen kritisch beziehen; die entweder eine prominente Rolle einnehmen, in Leipzig

<sup>2</sup> *Kappa* ist eine kommunistische Gruppe, die sich in Leipzig organisiert. Die Gruppe organisiert Vorträge, mobilisiert zu Kundgebungen und Demonstrationen, beteiligt sich an der »Stronger-Together«-Kampagne für die Gefangenen des Budapest-Komplexes und betreibt Bündnisarbeit. Texte und Ankündigungen der Gruppe finden sich hier: <https://kappaleipzig.noblogs.org/>. Auf der Kantine *Zone* sollte *Kappa* einen Input im Workshop zum Umgang mit den »Roten Gruppen« halten, was jedoch aufgrund eines Unfalls kurzfristig abgesagt werden musste.

präsent sind oder sich thematisch stark positioniert haben.

Im Jahr 2023 gab es gleich zwei Anlässe, die hier zu heftigen Kontroversen führten. Im Februar wurde das Hanau-Gedenken von *Young Struggle (YS)* und der *Förderung Klassenkämpferischer Organisationen (FKO)* vereinnahmt.<sup>3</sup> Statt in einem würdigen Rahmen an die Opfer zu erinnern, wurde die Plattform genutzt, um für den Parteaufbau zu werben. Indem die Ermordeten als ›Klassengeschwister‹ adressiert wurden, rückte der Rassismus des Täters in den Hintergrund und die Tat wurde in einen Kontext des Klassenkampfes gepresst. Das instrumentelle Verhältnis zu gesellschaftlichen Kämpfen wird hier ebenso deutlich wie die schablonenhafte Zurichtung der Realität im Korsett des Marxismus-Leninismus. Wenn jeder gesellschaftliche Widerspruch seine Auflösung nur im erfolgreichen Aufbau der Partei findet, ist jeder Anlass eine Bühne für Agitation. Wie

3 <https://kappaleipzig.noblogs.org/hanau-23-le/>

beliebig der Anlass dabei werden kann, machten Rufe wie »Von Hanau bis nach Gaza – Yalla Intifada« deutlich. Ebenso wenig, wie die Opfer Tote im Klassenkampf verkörpern, hatte der rassistische deutsche Täter etwas mit dem Israelisch-Palästinensischen Konflikt zu tun. Für die Tat waren Klassenlage und Zionismus nicht konstitutiv. Klassenkampf und Antizionismus sind konstitutiv für das Weltbild der Roten. Im Nachhinein scheint die Parole einen Vorgeschmack geliefert zu haben auf das, was sich nach dem 7. Oktober Bahn brach.

Der 7. Oktober 2023 und die Reaktionen darauf ließen wie andernorts einen schwelenden Konflikt zwischen einer noch recht jungen antiimperialistischen Roten und einer etablierten, eher antinational bis antideutsch geprägten autonomen Szene in Leipzig erstmals eskalieren. Dass er sich an den Fragen zu Israel / Palästina, Zionismus / Antizionismus, Antisemitismus / Antirassismus entzündete, dürfte niemanden überrascht haben. Die Debatte berührt im Kern nicht

nur unterschiedliche Positionen zum Nahostkonflikt, sondern letztlich auch divergierende Geschichtsbilder. Im Hintergrund stehen also grundlegende Fragen zum Wesen des Nationalsozialismus, des Antisemitismus und des Zionismus.

Zunächst möchten wir eine grundsätzliche Kritik an wiederkehrenden argumentativen Leitplanken des Antizionismus der *Kommunistischer Aufbau* (KA) und *Kommunistische Partei* (KP) formulieren. Grundlage bilden die Texte: »Nationale Frage und Palästina«<sup>4</sup> des KA, »Zur Strategie und Taktik des palästinensischen Befreiungskampfes«<sup>5</sup> (2024) der KP, sowie »Kampf gegen Antisemitismus heißt Kampf gegen den deutschen Staat« von YS. Die Texte begründen ausführlich ihre pro-palästinensische Parteinahme, ihren Antizionismus, historische Perspektiven auf

4 <https://komaufbau.org/die-nationale-frage-in-palaestina-und-israel/>

5 <https://kommunistischepartei.de/geschichte-theorie/zur-strategie-und-taktik-des-palaestinensischen-befreiungskampfes/>

den Konflikt und eine beispielhafte ML-Analyse des Antisemitismus.

### Reaktionärer Nationalismus vs. Nationale Befreiung

In ihrer Charakterisierung des Zionismus ist weder die KP noch der KA weit von ihren historischen Vorbildern des Marxismus-Leninismus entfernt. Grundsätzlich handle es sich beim Zionismus um einen bürgerlichen Nationalismus mit besonders reaktionären Zügen, der jüdische Arbeiter:innen vom Klassenkampf ablenke. Die Lösung des Antisemitismusproblems liege daher nicht in der Schaffung eines Nationalstaates, sondern im Aufbau des Sozialismus. Die Nähe zu den eigenen Klassikern zeigt sich besonders deutlich in der Haltung zum jüdischen Nationalismus. In Anlehnung an Stalin sei »das Judentum in Wirklichkeit eine ethnisch-religiöse Gruppe und keine Nation«<sup>6</sup>. Weder

6 Ebd.

bestünde ein einheitlicher Siedlungsraum noch eine gemeinsame Sprache. Tatsächlich musste der Zionismus mit diesen Herausforderungen umgehen – ebenso wie viele andere Nationalbewegungen. Um eine nationale Identität zu formen, wurden historische, kulturelle und linguistische Elemente konstruiert, um aus einer »imagined community«<sup>7</sup> eine soziale Realität werden zu lassen. Die religiöse und historische Verankerung der Juden im Land bildete dabei die reale Grundlage für die Erzählung der »Rückkehr«, ohne die der Zionismus keine breite Wirkungsmacht entfaltet hätte.<sup>8</sup> Der emanzipatorische Fluchtpunkt des Zionismus bleibt seine Konstruktion unter den konkreten Bedingungen eines Antisemitismus, der Juden und Jüdinnen erst in eine Art Schicksalsgemeinschaft zwang. Unter dem Gesichtspunkt

<sup>7</sup> Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt a. M.: Campus, 1996.

<sup>8</sup> Würdemann, Tom Khaled: »Israel als ›siedlerkolonialer Staat?«, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Nr. 217 (54. Jg., 2024), 735–753, hier: S.741.

der Befreiung vom Antisemitismus könnte man den Zionismus also in eine Reihe mit anderen Bewegungen des Befreiungsnationalismus stellen.<sup>9</sup>

Eine Perspektive, die historisch natürlich im Gegensatz zur antizionistischen Politik der Komintern ab den 1920er Jahren steht, und an die ihre ML-Nachfolgeorganisationen anknüpfen.<sup>10</sup> Ein zentraler Widerspruch zieht sich durch diese Politik: Die jüdische Nationalbewegung wird aufgrund ihrer bewussten Konstruktionsprozesse als besonders reaktionär eingestuft, während andere Nationalismen – insbesondere der (pan-)arabische und palästinensische – als natürliche Vertreter eines Befreiungsnationalismus gelten. Dabei war die arabische Bevölkerung Palästinas im 19. Jahrhundert kulturell zwar von anderen Regionen

<sup>9</sup> Ebd., S. 742.

<sup>10</sup> Kistenmacher, Olaf: »Gegen den Geist des Sozialismus«: Anarchistische und kommunistische Kritik der Judenfeindschaft in der KPD zur Zeit der Weimarer Republik, Freiburg: Ça Ira, 2023. S.93.

unterscheidbar, verfügte aber weder über ein ausgeprägtes Nationalbewusstsein im modernen Sinne noch über eine eigene Sprache. Ihre politische Identität orientierte sich an Syrien und dem Panarabismus. Ein distinktives palästinensisches Nationalbewusstsein entwickelte sich erst im Kontext der Auseinandersetzung mit dem Zionismus und der britischen Kolonialherrschaft.<sup>11</sup> Der reaktionäre Gehalt des palästinensischen Nationalismus, der zu Beginn von traditionellen feudalen Eliten und später von antisemitischen Figuren wie Hadj Amin al-Husseini geprägt wurde,<sup>12</sup> spielt in seiner Bewertung durch KP und KA ebenso wenig eine Rolle wie die autoritären, patriarchalen und oft repressiven Strukturen, die viele seiner Vertreter bis in die Gegenwart hinein kennzeichnen.

<sup>11</sup> Abdel Monem Said Aly / Shai Feldman / Khalil Shikaki: Arabs and Israelis: Conflict and Peacemaking in the Middle East, New York: Bloomsbury, 2022, S. 9.

<sup>12</sup> Ebd., S. 20.

Die Bestimmung von Nationen scheint in dem Maße flexibel, wie sie in ihrer Anwendung für den vermeintlichen Kampf gegen den Imperialismus im geopolitischen Weltmaßstab nützen oder eben nicht. Das beste Beispiel dafür ist das jüdische Autonomieprojekt Birobidschan in der Sowjetunion. Was am Zionismus von kommunistischer Seite abgelehnt wurde, sollte auf sowjetischem Boden unter sozialistischen Vorzeichen umgesetzt werden.<sup>13</sup> Das Projekt eines »roten Gegenpalästina« scheiterte nicht nur, es verweist deutlich auf innere Widersprüche der Sowjetunion zur jüdischen Nationalfrage. Heutigen ML-Gruppen ist an einer scheinbar historisch-kohärenten Position gelegen, in Einklang mit Theorie und Tradition des Marxismus-Leninismus. Episoden, die Brüche und Widersprüche verkörpern, werden daher konsequent verdrängt.

<sup>13</sup> Kistenmacher, Olaf: »Gegen den Geist des Sozialismus«: Anarchistische und kommunistische Kritik der Judenfeindschaft in der KPD zur Zeit der Weimarer Republik, Freiburg: Ça Ira, 2023. S.109.

## 74 Zionistisches Dogma vs. Jüdische Erfahrung

*»Der Zionismus als bürgerliche Antwort auf den Antisemitismus ist jedoch nichts anderes als jüdischer Chauvinismus und als solcher ebenfalls ein reaktionäres Herrschaftsinstrument. Aufbauend auf dem Dogma, die Jüd:innen könnten aus Prinzip nicht mit anderen Völkern zusammenleben, haben zionistische Kapitalist:innen mit der Besiedelung Palästinas ein Kolonialprojekt in den Diensten des Imperialismus initiiert und dabei die ausgebeuteten und verfolgten jüdischen Arbeiter:innen für ihre Zwecke benutzt.«<sup>14</sup>*

Das obige Zitat fasst die Position des Kommunistischen Aufbaus gegenüber dem Zionismus anschaulich zusammen. Es liest sich wie eine Position, wie sie von sozialistischer und sozialdemokratischer Seite

<sup>14</sup> <https://komaufbau.org/die-nationale-frage-in-palaestina-und-israel/>

während der politischen Formierung des Zionismus artikuliert wurde.<sup>15</sup> Der erste Zionistenkongress in Basel 1897 wurde von den »Allgemeinen Zionisten« unter Herzl dominiert – bürgerliche Kräfte, die erst im Laufe der Jahre ihre Stellung an den Arbeiterzionismus verloren. Insgesamt blieb auch der politische Zionismus in den Anfängen eine Randerscheinung jüdischer Politik. Ein Umstand, auf den auch seine zeitgenössischen Kritiker:innen immer wieder verwiesen.

Die Frage ist doch aber, wie eine solche Minderheitenposition, die für viele Juden und Jüdinnen zwischen irrationaler Träumerei und religiösem Sakrileg rangierte, eine solche Wirkungsmacht entfalten konnte. Der KA interpretiert den Zionismus hier als Herrschaftsinstrument der jüdischen Bourgeoisie, die unter Verschleierung ihrer eigentlichen Intention jüdische Arbeiter nach Palästina lockte,

<sup>15</sup> Klaus Holz/Thomas Haury: Antisemitismus gegen Israel, Hamburg: Hamburger Edition, 2021.S. 58.

um sie auszubuten. Eine Perspektive, welche die jüdische Erfahrung in Europa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zwar andeutet, ihr aber keinen zentralen Stellenwert zuweist. Dabei stehen die insgesamt fünf Einwanderungswellen (*Alijas*) ins Mandatsgebiet Palästina im Kontext sich verschärfender Verhältnisse, getrieben durch antisemitische Pogrome in Osteuropa, den Aufstieg nationalistischer und faschistischer Bewegungen, sowie einer immer restriktiveren Einwanderungspolitik für jüdische Flüchtlinge in liberale Demokratien des Westens. Die Attraktivität des Zionismus nahm in dem Maße zu, in dem die realen Lebensbedingungen für Juden und Jüdinnen in Europa durch antisemitische Gesetze und Gewalt erodierten und sich die Grenzen im Westen für sie schlossen. Das angebliche »Dogma«, dass Juden »aus Prinzip nicht mit anderen Völkern zusammenleben« könnten, ist keines, das durch Propaganda von Zionist:innen aller Couleur in die Köpfe der Verfolgten gebracht wurde; die Verfolgung und Vernichtung

waren es, die diese Erkenntnis erst plausibel erscheinen ließ.<sup>16</sup> Der industrielle Massenmord der Deutschen, die Kollaboration vieler europäischer Gesellschaften bei der Deportation jüdischer Gemeinden und die anhaltende Weigerung westlicher Staaten, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen – selbst nach der Shoah –, begründeten erst die Notwendigkeit eines eigenen wehrhaften Staates. Das schließt die Vertreibung der jüdischen Gemeinden in der arabischen Welt ab 1947 explizit mit ein. Etwa 850.000 Juden wurden aus arabischen Ländern vertrieben oder flohen, meist infolge politischer Verfolgung, antisemitischer Gewalt und Diskriminierung.<sup>17</sup> Diese sozialgeschichtliche Dimension des Zionismus einfach auszublenden, ihn auf ein Herrschaftsinstrument jüdischer Bourgeoisie und imperialistischer

<sup>16</sup> Penslar, Derek J.: *Zionism: An Emotional State*. Brunswick, NJ, London: Rutgers University Press, 2023. S. 99 ff.

<sup>17</sup> Weinstock, Nathan: *Der zerrissene Faden: Wie die arabische Welt ihre Juden verlor. 1947-1967*, Freiburg : Ça Ira, 2019. S. 13 ff.

Machtpolitik zu reduzieren, ist Ausdruck eines Bedürfnisses, die Positionen der eigenen ML-Tradition bruchlos in die Gegenwart zu retten.

Andererseits bedeutet die Betonung der sozialgeschichtlichen Dimension des Zionismus nicht gleichzeitig seine unkritische Affirmation. Man kann anerkennen, dass sich seine Notwendigkeit historisch auf schreckliche Weise gezeigt hat und trotzdem die Realität eines Staatsgründungsprozesses sehen, dessen kolonisierende Elemente evident sind und in dem die politischen Rechte der Mehrheit der Menschen, die im britischen Mandatsgebiet lebten, nicht berücksichtigt wurden. Im Zuge der Gründung Israels flohen 750.000 Palästinenser:innen oder wurden vertrieben. Den schlichten Umstand anzuerkennen, dass es sich um einen Konflikt zweier Nationalbewegungen um dasselbe Territorium handelt, ohne ihn darauf zu reduzieren, heißt aktuell, das Massaker der Hamas am 7. Oktober nicht als Widerstand zu verharmlosen ebenso, wie die

Kriegsverbrechen der israelischen Armee in Gaza zu verurteilen. Es heißt, die Palästinenser:innen nicht nur als Opfer, sondern als Akteur:innen mit legitimen Interessen und politischer Handlungsfähigkeit ernst zu nehmen. Der Verlauf des Konflikts ist nicht nur Resultat israelischer Dominanz, sondern auch Folge politischer Entscheidungen ihrer eigenen Vertreter:innen.

### **Instrumentelle Funktion vs. Antisemitische Gesellschaft**

Dem Antisemitismusverständnis der hier zitierten Gruppen liegt die Annahme zugrunde, der Judenhass sei im Kern ein Instrument der herrschenden Klasse, um gesellschaftliche Widersprüche zu kanalisieren. So schreibt der Kommunistische Aufbau: »chauvinistische und rassistische Ideologien [seien] Instrumente zur Spaltung der ausgebeuteten Klassen [...] Der Antisemitismus als eine solche Ideologie hat über Jahrhunderte [...] zuerst dem Feudaladel und dann der Bourgeoisie als ein

solches Spaltungs- und Unterdrückungs-instrument gedient.«<sup>18</sup> Die gesellschaftliche Funktion liege vor allem darin, die Einheit der Unterdrückten zu verhindern. Historisch habe der Antisemitismus den Zweck erfüllt, durch »Rassenkampf« statt Klassenkampf den Sozialismus zu verhindern. *YS* beschreibt speziell den deutschen Antisemitismus der 1930er Jahre als ein von der Bourgeoisie initiiertes Projekt zur Rettung des Kapitalismus vor der Revolution: »Anfang der 1930er ging das deutsche Großkapital im vollen Bewusstsein aller Konsequenzen eine verbrecherische Ehe mit dem deutschen Faschismus ein, um die drohende sozialistische Revolution abzuwenden.« Der Antisemitismus im Nationalsozialismus erscheint hier als Klassenkampf von oben. Generell wird er in der Sphäre herrschender Interessen und Ideologien verordnet, er erscheint nicht als

<sup>18</sup> <https://komaaufbau.org/die-nationale-frage-in-palaestina-und-israel/>

eigenständiges Phänomen, sondern gebunden an jeweilige Herrschaftszwecke.

Eine Analyse, die vorrangig auf die instrumentelle Funktion der Judenfeindschaft abstellt, erfasst manche Aspekte des Antisemitismus. So war die Figur des jüdischen Dritten bei der Konsolidierung der Nationalstaaten ideologisch nahezu notwendig.<sup>19</sup> Doch bleibt dieses Verständnis des Antisemitismus hinter zentralen Erkenntnissen zurück, mit Folgen, die nicht nur theoretische Fragen betreffen, sondern sich auch in der Praxis niederschlagen. Eine dieser Erkenntnisse der Kritischen Theorie ist die strukturelle Verwobenheit der Judenfeindschaft in die kapitalistische, bürgerliche Gesellschaft. Wo das Postulat formaler Gleichheit durch ökonomische Ungleichheit permanent unterminiert wird, schlägt enttäuschte Ideologie in irrationale Feindschaft um.

<sup>19</sup> Holz, Klaus: »Der Jude. Dritter der Nationen« in: Eva Eßlinger (Hg.): Die Figur des Dritten. Ein kulturwissenschaftliches Paradigma, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2010, S. 292.

Das geschieht nicht, weil es den Massen durch die Herrschenden eingeflüstert wird – die entfremdete kapitalistische Vergesellschaftung erzeugt Ängste und Scheinzusammenhänge, die sich in antisemitischen Weltbildern materialisieren. Die Resonanz, auf die antijüdische Verschwörungsmythen stoßen, die breite Bereitschaft in der Bevölkerung, diese zu glauben, erklärt sich nicht aus dem rationalen Kalkül der Herrschenden oder einem scheinbaren ökonomischen Nutzen der Gläubigen. Es geht dabei eben nicht nur um falsches Bewusstsein, nicht bloß um einen falschen Informationsstand, dem mit Aufklärung beizukommen wäre, sondern auch um Projektion und irrationale Bedürfnisbefriedigung.<sup>20</sup> Nicht zuletzt darin liegt die Persistenz des antisemitischen Ressentiments begründet.

<sup>20</sup> Claussen, Detlev: Grenzen der Aufklärung: die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch, 1994. S. 61 ff.

Die Geringschätzung der psychosozialen Dimension und Eigenlogik des Antisemitismus wird besonders in der Charakterisierung des Nationalsozialismus deutlich. Wenn YS von einer »verbrecherischen Ehe« zwischen Großkapital und deutschem Faschismus schreibt, bildet ein ökonomistischer Reduktionismus à la Dimitroff-These noch immer das Rückgrat mancher ML-Faschismusanalysen.<sup>21</sup> Die Massenbasis des Nationalsozialismus, die Kollaboration großer Teile der Bevölkerung beim Prozess der Entrechtung bis zur Vernichtung noch bis in die letzten Stunden des NS-Staates hinein, eliminatorischer Antisemitismus als Bedingung der Shoah, entgegen instrumenteller ökonomischer und politischer Vernunft – all das wird nach wie vor abgewehrt, um bruchlos daran festzuhalten, »eine ganz normale Linke in einem ganz normalen Land« sein zu können. Darum drehten sich Debatten, die in den

<sup>21</sup> <https://komaufbau.org/der-faschismus/>

90er Jahren vehement geführt wurden und die für die Entstehung einer anti-nationalen bis antideutschen Strömung konstitutiv waren, hier aber nicht im Detail nachgezeichnet werden können.<sup>22</sup> Uns scheint es umso wichtiger, sich die Inhalte dieser Debatten erneut anzueignen – gerade, weil viele ihrer Erkenntnisse im heutigen Diskurs verloren zu gehen drohen. Auch wenn das bedeutet, eine weitere Runde im Karussell linksradikaler Zeitschleifen zu drehen.

In der politischen Praxis führt ein defizitäres Verständnis des Antisemitismus, der ihn auf ein rechtsradikales und staatlich gelenktes Phänomen reduziert, dazu, ihn hauptsächlich als Vorwurf gegen die eigene Bewegung im Kontext der Palästinasolidarität zu thematisieren. Die KP drückt es so aus: »Diejenigen, die den Vorwurf des Antisemitismus

<sup>22</sup> Matthias Küntzel, Klaus Thörner: Goldhagen und die deutsche Linke: oder, die Gegenwart des Holocaust, Berlin: Elefanten Press, 1997.

in Deutschland missbrauchen, sind [...] Angehörige derselben herrschenden Klasse, die [...] während des Nazi-regimes [...] den Antisemitismus als Waffe gegen den angeblich ›jüdischen‹ Marxismus verwendet haben.«<sup>23</sup> Wer in Ideologie nur Werkzeug herrschender Interessen begreifen mag, immunisiert nicht nur den eigenen Antizionismus gegen seine historisch-kritische Befragung, es wird auch hier eine historische Kontinuität konstruiert, die den Antisemitismus seiner spezifischen ideologischen Struktur beraubt. Den Umstand anzuerkennen, dass auch der Vorwurf politisiert wird, bedeutet im Umkehrschluss keinen Freispruch für Akteure der radikalen Linken. Wer vorgibt, die Lehren der Geschichte der Arbeiter:innenbewegung für den Klassenkampf fruchtbar machen zu wollen, sich aber weigert, Antisemitismus als Teil dieser Geschichte zu begreifen,

<sup>23</sup> <https://kommunistischepartei.de/geschichte-theorie/zur-strategie-und-taktik-des-palaestinensischen-befreiungskampfes/>

verdient kein Vertrauen – schon gar nicht dort, wo seine Zentralkomitees nach Autorität streben.<sup>24</sup>

### Schluss

Die identitär aufgeladenen Dynamiken der Auseinandersetzung hinter eine inhaltliche Debatte zurückzustellen – in Leipzig wie anderswo –, sollte Anspruch einer emanzipatorischen Linken sein. Die Kritik an einer Praxis, die Kader:innenrekrutierung und Parteiaufbau forciert und damit ihren instrumentellen Zugriff auf gesellschaftliche Kämpfe offenbart, bleibt nicht bei der Organisationsfrage stehen. Der Dissens entfaltet sich entlang eines selektiven und affirmativen Zugriffs auf die Geschichte der Arbeiter:innenbewegung, der Kohärenz behauptet, wo Brüche aufzuzeigen wären, und in dem historische Erfahrungen nicht zur Reflexion, sondern zur Abwehr führen.

<sup>24</sup> Vgl. ebenda.

Der Zionismus ist ohne seine sozialgeschichtliche Dimension nicht zu begreifen, der palästinensische Nationalismus nicht von seinen reaktionären und islamistischen Ausprägungen freizusprechen, die Shoah ökonomistisch nicht zu verstehen und der Antisemitismus kein bloßes Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie. Auch wenn viele dieser Debatten bereits geführt wurden, zeigt ihr erneutes Aufflammen, dass die Fragen, um die sie kreisen, keineswegs erledigt sind. In der Auseinandersetzung liegt die Chance für eine emanzipatorische Linke, sich diesen Fragen erneut offensiv zu stellen – und im Fahrwasser der Debatte auch die eigenen Positionen in ihren ideologischen Ursprüngen nachzuvollziehen und auf ihren historischen Zeitkern hin zu befragen.

## **Revolution und Organisation**

Zur Kritik des  
Parteikonzepts  
im Marxismus-  
Leninismus

### **Vorbemerkungen**

Die Gruppe *Vogliamo Tutto* beschäftigt sich seit einigen Jahren mit Ansätzen zu einer strategischen Neuausrichtung linksradikaler Praxis. Zentral ist für sie dabei Basisarbeit, die an existenziellen Problemen im Alltag ansetzt mit dem Ziel, Menschen außerhalb der linken Szene zu erreichen

und in dauerhafte Organisation einzu-  
binden, um so Politisierungsprozesse und  
kollektive Handlungsfähigkeit zu ermögli-  
chen. Versuche, solche Formen der Basis-  
arbeit im Stadtteil zu etablieren, hat  
*Vogliamo Tutto* im Interviewband »Revolu-  
tionäre Stadtteilarbeit« (2022) dokumen-  
tiert. Der folgende Text ist ein überarbeiteter  
Auszug aus einem längeren Text, der in  
der neunten Ausgabe der Zeitschrift *Kunst,  
Spektakel und Revolution*<sup>1</sup> erschienen ist und  
das Verhältnis von Basisarbeit und rein  
politischer Organisation diskutiert.

### Einleitung

Wenn Kritik an den »Roten Gruppen« for-  
muliert wird, dann ist oft davon die Rede,  
dass sie autoritäre Organisationsmodelle  
vertreten. Meist wird diese Kritik aller-  
dings nicht ausgeführt: Wodurch *genau*  
werden ihre Organisationsmodelle auto-  
ritär? Wie begründen »Rote Gruppen« ihr

<sup>1</sup> <https://spektakel.org/broschur/broschur-9>

Organisationsmodell, und was lässt sich  
dieser Argumentation entgegensetzen?  
Wir zeigen in diesem Text einen mögli-  
chen Zugang zu diesen Fragen auf, indem  
wir uns mit Konzeptionen von Revolu-  
tion und Übergang in die kommunistische  
Gesellschaft im Marxismus-Leninismus  
befassen.

Der Fluchtpunkt unserer Überlegun-  
gen ist die Suche nach einer revolutionären  
Strategie und Organisation, die den aktu-  
ellen Bedingungen für die radikale Linke in  
Deutschland angemessen ist. »Revolutio-  
när« nennen wir Praxisformen, die geeig-  
net sind, die Bedingungen für eine Revo-  
lution zu verbessern und vor allem dafür,  
dass aus einer möglichen revolutionären  
Situation heraus tatsächlich eine kommu-  
nistische Gesellschaft entstehen kann, die  
selbstverwaltet ist und die freie Entfaltung  
der Individuen ermöglicht.

Ziel einer solchen Praxis ist es also,  
Handlungsfähigkeit und Schlagkraft für  
eine mögliche revolutionäre Bewegung  
herzustellen und darauf hinzuarbeiten,

dass sich möglichst viele Menschen am Aufbau einer selbstverwalteten Gesellschaft beteiligen können und wollen. In den revolutionstheoretischen Vorstellungen des Marxismus-Leninismus geraten diese beiden Zielstellungen, wie wir aufzeigen wollen, in Konflikt miteinander: Weil die Schlagkraft im revolutionären Übergang, was vor allem die Fähigkeit meint, die Revolution gegen ihre Gegner zu verteidigen, zum dringlichsten Ziel erklärt wird, wird die Entwicklung politischer Organisationsformen, in denen sich möglichst viele Menschen aktiv beteiligen und entfalten können, tendenziell zurückgestellt. Unsere Kritik daran wollen wir im Folgenden ausführen. Wir verfügen zwar über kein positives Alternativmodell zur Revolutionstheorie des Marxismus-Leninismus, aber wir können aus unserer Kritik daran ein paar Schlussfolgerungen ziehen, die Relevanz für die strategische Ausrichtung unserer Praxis haben. Mit ihnen schließt der Text.

Vorab wollen wir einige Prinzipien umreißen, auf denen eine zukünftige

kommunistische Gesellschaft nach unserer Überzeugung aufgebaut sein müsste, weil sie den Hintergrund für unsere Argumentation darstellen:

Wir streben eine Gesellschaft an, in der die Arbeitsprozesse selbstverwaltet sind und deren Ökonomie auf die Befriedigung der individuellen Bedürfnisse ausgelegt ist, wobei die berechtigten Bedürfnisse aller gleiches Gewicht haben und als relevant nicht nur solche gelten, die mit Gütern, Dienstleistungen und Care befriedigt werden können, sondern auch die Bedürfnisse nach angenehmen und selbstbestimmten Arbeitsbedingungen sowie nach Muße. Als berechtigt gelten uns *alle* Bedürfnisse, sofern sie nicht die Schädigung anderer zum Inhalt haben. Dass die berechtigten Bedürfnisse aller gleiches Gewicht haben, heißt nicht unbedingt, dass alle erfüllt werden – Ziele wie das Eindämmen der Klimakatastrophe und des Biodiversitätsverlustes, aber auch etwa die potenzielle Unvereinbarkeit des

Bedürfnisses nach Muße und dem nach besserer Versorgung können eine Priorisierung erfordern. Die Gesellschaft, die wir anstreben, hat Institutionen, in denen Konflikte zu gesellschaftlichen Fragen partizipativ ausgetragen werden können. Wir wünschen uns einen institutionalisierten Schutz von Minderheiten und ihren Interessen, weil wir nicht glauben, dass wir uns darauf verlassen können, dass mit der Überwindung der kapitalistischen Produktionsbedingungen auch schon automatisch die historisch entstandenen Abwertungen von Menschen mit bestimmten Identitäten und die Ungleichheiten im Zugang zu Ressourcen und zu Entscheidungsprozessen überwunden sind.

### »Diktatur des Proletariats«

In der Tradition des Marxismus-Leninismus (ML) ist die Überzeugung grundlegend, dass eine Kommunistische Partei, die sich als Vertretung der Arbeiter:innenklasse versteht, an die Macht kommen

muss, um effektiv in der Lage zu sein, die Gegner:innen der Revolution zu bekämpfen und den schrittweisen Prozess der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und des Aufbaus planwirtschaftlicher Verwaltungsorgane zu gestalten. Das firmiert unter dem Begriff der »Diktatur des Proletariats«.

Um sich bei der Verwendung des Worts »Diktatur« nicht aus den falschen Gründen zu erschrecken, muss man sich erinnern, dass Marx, Engels und die frühere Sozialdemokratie bei der Formulierung »Diktatur des Proletariats« die Herrschaft der breiten Mehrheit über die kleine Minderheit der Bourgeoisie im Sinn hatten. Wenn aber heutige Vertreter:innen des Marxismus-Leninismus trotz der Erfahrungen des Realsozialismus im Rücken weiterhin unbefangen mit dem Begriff der Diktatur des Proletariats hantieren, sollten sie etwas genauer erklären, inwiefern es sich bei der Diktatur einer Kommunistischen Partei, die von sich behauptet, die bisher ausgebeutete Mehrheit zu vertreten, tatsächlich

um eine Diktatur der Mehrheit über nur diejenigen handeln kann, die den Kapitalismus reetablieren oder erhalten wollen.

In den »Programmatischen Thesen« einer der deutschen ML-Gruppen, die seit 2024 unter dem Namen *Kommunistische Partei* auftritt (ehemals *Kommunistische Organisation*) heißt es über die Diktatur des Proletariats:

*»Während sie eine Diktatur gegen die Feinde der neuen Ordnung ist und alle Versuche zur Wiedererrichtung der Ausbeuterordnung konsequent bekämpft und unterdrückt, stellt sie für die breiten Volksmassen die umfassendste Demokratie dar. Denn auch wenn die kommunistische Partei auch im Sozialismus noch ihre ideologisch und politisch führende Rolle wahrnehmen und erkämpfen muss, liegt die Machtausübung in den Händen der Massen.«<sup>2</sup>*

<sup>2</sup> <https://kommunistischepartei.de/programmatische-thesen/9-sozialismus-und-kommunismus/>

Worin die Demokratie für die »breiten Volksmassen« unter der Herrschaft einer Partei genauer besteht, sagen sie nicht explizit. Aber wenn man kurz darauf liest, dass in der DDR angeblich »die Massen in den Planungsprozess eingebunden« und »an der Mitwirkung in den Staatsorganen beteiligt« waren, und »die Produktion gesellschaftlichen Bedürfnissen [...] diene« – offensichtlich historisch komplett falsche Aussagen, die die Lebensrealität vieler Menschen in der DDR negieren –, wird deutlich: Hier geht das Festhalten am Konzept der Partei als revolutionärem Subjekt damit einher, eine Parteiendiktatur über die gesamte Bevölkerung einfach mit Demokratie gleichzusetzen.

Aber man muss beim Marxismus-Leninismus zwischen zwei Varianten unterscheiden. Die Anhänger:innen der Hardliner-Variante, wie die eben zitierte *Kommunistische Partei*, beziehen sich affirmativ auf den Realsozialismus, teils gerade in seiner stalinistischen Version. Vertreter:innen der zweiten Variante streben

hingegen ernsthaft eine selbstverwaltete Gesellschaft an, sind jedoch der Überzeugung, dass die Einrichtung der Diktatur des Proletariats unter Führung der Kommunistischen Partei der Weg dorthin ist. Eine immanente Kritik der ersten Variante haben wir nicht: Zur Einführung eines Stalinismus mag die sogenannte »Diktatur des Proletariats« ein geeignetes Mittel sein. Wir teilen hier schon das politische Ziel nicht und möglicherweise würden wir uns beim Erfolg einer stalinistischen Strömung unter den »Feinden der Revolution«, den »Klassenfeinden« wiederfinden. An der zweiten Variante kritisieren wir einen gewissen Idealismus in der Strategie, den wir, wie wir ausführen werden, darin sehen, dass sie sich keine Rechenschaft darüber ablegt, wie aus einer Strategie, die Gemeinsamkeiten mit der Errichtung der staatssozialistischen Diktatur in der Sowjetunion hat, wiederholt man sie heute, ein komplett anderes Ergebnis entstehen sollte.

## Idee der kommunistischen Repräsentation

Die ökonomische Rückständigkeit auf dem Gebiet des russischen Reiches, das Auseinanderklaffen von Stadt und Land und die (Bürger-)Kriegssituation mögen Bedingungen gewesen sein, unter denen es schwierig gewesen ist, Zeit und Raum für die Entwicklung rätedemokratischer Vermittlungsformen zu finden. Auch die Tatsache, dass den revolutionären Kräften eine ganze Reihe von aus- und inländischen militärischen Formationen entgegenstand, verbietet rückblickend einen hämischen Blick auf das Scheitern dieses Revolutionsversuchs. Es ist durchaus wichtig, das herauszuarbeiten und dem vermeintlichen Totschlagargument entgegenzuhalten, der Kommunismus wäre nun einmal gescheitert. Allerdings reicht es nicht, die Möglichkeit einer zukünftigen emanzipatorischen Revolution allein dadurch zu verteidigen, dass man die widrigen Umstände für das unschöne Ergebnis einer vergangenen Revolution verantwortlich macht.

**100** Denn dann unterschlägt man, dass eine mögliche zukünftige revolutionäre Bewegung es mit ähnlich schwerwiegenden Widrigkeiten zu tun haben könnte, wenn sie auch anderer Natur wären. Die Frage ist, wie mit ihnen umgegangen wird. Sowohl in den historischen Prozessen als auch im marxistisch-leninistischen Revolutionskonzept scheint uns die Art dieses Umgangs eng mit den Vorstellungen von Repräsentation und politischer Einheit zusammenzuhängen.

Dem Selbstverständnis bürgerlicher Parteien nach vertreten diese – innerhalb des Rahmens der jeweiligen Verfassung – ein bestimmtes politisches Programm und werden von denjenigen Wahlberechtigten gewählt, die von diesem Programm überzeugt sind oder es im Vergleich zu anderen für das geringere Übel halten; die relative Zahl der Wähler:innen einer Partei legitimiert diese gegebenenfalls, die Regierung zu stellen oder an ihr beteiligt zu sein.

Anders die klassische Kommunistische Partei: In ihrem Selbstverständnis repräsentiert sie nicht kommunistische Anhänger:innen oder Wähler:innen, sondern eine *Klasse*. Sie vertritt, was ihrer Auffassung nach *das allgemeine Interesse* dieser Klasse ist. Um zu repräsentieren, braucht sie nicht die explizite Zustimmung der Angehörigen dieser Klasse, denn um deren Interesse weiß sie auf der Grundlage ihrer Gesellschaftsanalyse. Es ist die »wissenschaftliche Weltanschauung des Marxismus-Leninismus«, die nicht nur den Weg zum Kommunismus festlegt, sondern deren Inhalt der Partei die Legitimation zur Herrschaft, und zwar zur Alleinherrschaft gibt.

An dem Gedanken ist insofern etwas dran, als dass, was gut und richtig ist, auch von der richtigen Analyse abhängt und dass sich deren Ergebnisse nicht unbedingt mit Umfrageergebnissen decken. Lohnarbeiter:innen werden beispielsweise auch dann ausgebeutet, wenn sie es nicht so empfinden. Aber erstens gibt es eine Reihe von politischen und ökonomischen

**102** Entscheidungen, bei denen die Analyse oder die »wissenschaftliche Weltanschauung« an eine Grenze kommt, weil sie gar nicht objektiv zu beantworten sind, sondern von den Bedürfnissen, Präferenzen und Werten der Betroffenen abhängen oder abhängen sollten. Zweitens: Auch in Fällen von richtig und falsch halten wir nicht viel von der Vorstellung, die richtige Einsicht berechtige schon zu ihrer Umsetzung. Wenn die Umsetzung dessen, was die Avantgarde als richtig erkannt hat, nicht auch von großen Teilen der Nicht-Avantgarde mitgetragen wird, wird sehr wahrscheinlich aus dem Richtigen etwas Falsches.

### **Wirklichkeit der kommunistischen Repräsentation**

Der Zweck der Diktatur des Proletariats, verstanden als Herrschaft der Kommunistischen Partei, ist also die Verwirklichung des objektiven Interesses der Arbeiter:innenklasse durch Etablierung des

Kommunismus. Damit das gelingt, müssen dessen Gegner:innen bekämpft werden. Und da der Kommunismus von der Partei verwirklicht wird, sind alle aktiven Gegner:innen der Parteilinie zu bekämpfende Klassenfeinde.

Nun gibt es bekanntlich eine Differenz zwischen dem in der Theorie identifizierten Interesse der Klasse der Arbeiter:innen und dem, was die wirklichen Arbeiter:innen für ihr eigenes Interesse halten. Selbst wenn man von einer revolutionären Situation ausgeht, in der bereits große Teile der Arbeiter:innen eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel befürworten, gibt es höchstwahrscheinlich immer noch verschiedene Strömungen, etwa anarchistische, rätekommunistische, unorthodox-marxistische, marxistisch-leninistische, etc. neben der großen Zahl derer, die weiterhin eine Menge bürgerlicher Vorstellungen mitschleppen. Da nun die Partei die Klasse durch die Umsetzung ihres Programms vertritt, müssen ihr tendenziell all jene Arbeiter:innen als Klassenfeinde

**103**

**104** gelten, die ihre Programmatik nicht teilen. Und zumindest sofern sie sich aktiv gegen die Herrschaft der Partei wenden, sind sie als »Konterrevolutionäre« zu bekämpfen. Klassenfeind ist man aufgrund der Gegnerschaft zur Kommunistischen Partei, nicht, weil man der Bourgeoisie angehört, und konterrevolutionär ist man nicht nur dann, wenn man die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse verteidigen will, sondern auch dann, wenn man sich einen von der Parteilinie abweichenden revolutionären Prozess wünscht.

### **Scheitern eines Kommunismus von oben**

Die Diktatur des Proletariats ist eine Variante, eine Übergangsgesellschaft zu konzeptualisieren. Zwischen einer Gesellschaft mit kapitalistischer Produktionsweise und einer kommunistischen Gesellschaft liegt ein Prozess, in dem die Gesellschaft nicht mehr kapitalistisch ist, aber auch noch nicht die angestrebte

Gestalt angenommen hat. Es hat eine gewisse Plausibilität anzunehmen, dass dieser Prozess durch eine Instanz vermittelt werden muss, die über der Gesellschaft steht und die, mit dem Ziel der Selbstverwaltung vor Augen, dessen Voraussetzungen herstellt, gegebenenfalls auch gegen den Willen derjenigen, in deren Namen sie handelt. Eine Begründung könnte etwa so ausfallen:

Der Kapitalismus hinterlässt eine Bourgeoisie, deren Interesse es ist, am Kapitalismus festzuhalten oder dort hin zurückzukehren und der man ihre Machtmittel entwinden muss. Er produziert darüber hinaus bei einer Vielzahl der Leute ideologische und antirevolutionäre Vorstellungen. Wenn sich Revolutionär:innen davon abhalten lassen würden, wäre die Etablierung einer herrschaftsfreien Gesellschaft unmöglich. Zudem wissen wir als Materialist:innen, dass sich mit der Veränderung der gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsbedingungen auch das Bewusstsein

**105**

**106** ändert. Zuerst müssen daher von den »fortgeschrittenen Teilen der Arbeiter:innenklasse« (der Partei) die objektiven gesellschaftlichen Verhältnisse verändert werden, notfalls auch gegen den verblendeten Willen größerer Teile der heute Ausgebeuteten und Unterdrückten. Wenn dann eine Planwirtschaft erst einmal eingerichtet ist, in der für die Bedürfnisse aller und nicht mehr für den Profit produziert wird, wird die Zustimmung zu den neuen Verhältnissen folgen. Der Staat kann absterben und von Institutionen der Selbstverwaltung abgelöst werden.

Wer vor dem Hintergrund solcher oder ähnlicher Überlegungen eine Übergangsgesellschaft befürwortet, in der die neue Ordnung von oben durchgesetzt wird, muss angeben können, wie denn die Dynamik aussehen kann, aufgrund derer aus Herrschaft eine Selbstverwaltung hervorgeht. Die Frage stellt sich besonders dringend vor dem Hintergrund, dass der Realsozialismus vorgeführt hat, was alles

gegen eine solche Dynamik spricht. Eine auf freier Kooperation basierende Planwirtschaft kann kaum entstehen, wenn erst einmal Mechanismen etabliert sind, bei denen die Behörden der Partei die Betriebe mit Strafen und Anreizen dazu zu bringen versuchen, das zu produzieren, was der Plan vorsieht, woraufhin die Betriebe falsche Angaben über ihre Produktionskapazitäten machen – wenn auch nur deshalb, weil sie nicht mit den materiellen Voraussetzungen der Umsetzung der Vorgaben rechnen können. Eine Planwirtschaft, in der die Kooperation der Betriebe, die an die Stelle des Marktes tritt, von der Partei erzwungen wird, ist nicht nur ökonomisch dysfunktional, sondern produziert auch ein von Resentiment und Misstrauen geprägtes Verhältnis zwischen den Individuen und den gesellschaftlichen Institutionen.

Wenn man eine Übergangsgesellschaft konzipiert, muss darin auch der Übergang angelegt sein. Das fehlt der Variante »Diktatur des Proletariats« und macht sie

**107**

**108** idealistisch. Das Revolutionskonzept des ML bezieht seine Plausibilität daraus, dass es nur die negative Seite betont: das zu Überwindende, den Klassenfeind. Unterbelichtet bleibt, dass aus der Übergangsgesellschaft auch etwas hervorgehen soll: eine selbstverwaltete Gesellschaft, in der sich die Individuen entfalten können.

### **Schlussfolgerungen für eine revolutionäre Praxis**

Die wichtigsten Prämissen heutiger Praxis, die aus unserer Kritik des Marxismus-Leninismus folgen, sind:

1. Wir müssen auf eine breite Zustimmung zum revolutionären Ziel hinarbeiten.
2. Eine organisierte und kapitalismuskritische Basis muss entstehen, die subjektive und organisatorische Voraussetzungen der Etablierung neuer

Institutionen und Beziehungsweisen mitbringt.

**109**

3. Wir können für eine revolutionäre Situation nicht von politischer Einheit ausgehen, sondern müssen mit einer Pluralität revolutionärer Akteur:innen und einer gewissen Diversität der programmatischen Vorstellungen rechnen; entsprechend müssen wir uns auf die Herausforderung von Zusammenarbeit einstellen sowie der Gestaltung von Institutionen, die Pluralismus erlauben.
4. Die Befreiung von Herrschaft lässt sich nicht einfach auf die Zeit nach der Übergangsgesellschaft verschieben.

Wir können uns nicht darauf verlassen, dass eine Kommunistische Partei die objektiven und subjektiven Voraussetzungen einer befreiten Gesellschaft herstellen kann, wie wir sie eingangs umrissen haben. Genauso wenig können wir aber darauf hoffen, dass diese Bedingungen von alleine

entstehen. Wir sollten daher in unserer Praxis bereits jetzt darauf hinarbeiten, mit unserer Organisation Orte zu schaffen, an denen im Rahmen praktischer Arbeit Menschen die Fähigkeiten, das Wissen und die Urteilskraft erwerben, die für die Entwicklung einer politischen Subjektivität und den Aufbau einer selbstverwalteten Gesellschaft erforderlich sind.

Kunst  
Spektakel  
Revolution

No. 9

Theorie  
und  
Kritik  
der  
Avantgarde

Printausgabe:  
15 Texte  
2 Lieder

## Mythos Oktoberrevolution

Zum Zusammenhang von  
Bolschewismus,  
Stalinismus und  
Terrorismus

*»Der Terror existiert gerade darum, weil die einsam herrschende Minderheit eine immer wachsende Zahl von Menschen, Gruppen und Schichten zu ihren Feinden zählt.«*

Isaak Steinberg, Gewalt und Terror in der Revolution

**114** Lenin hatte schon im April 1918 »eiserne Disziplin während der Arbeit, mit der unbedingten Unterordnung unter den Willen einer Einzelperson, des sowjetischen Leiters, während der Arbeit« gefordert (Lenin 1918a)<sup>1</sup>. Trotzki propagierte im April 1920 das Konzept der »Militarisierung der Arbeit« mittels »Repressalien zur Erreichung wirtschaftlicher Ziele« (Trotzki 1920)<sup>2</sup>. Isaac Deutscher schreibt: »Trotzkis Philosophie der Arbeit lag später Stalins

<sup>1</sup> »Die Revolution hat soeben die ältesten, festesten, schwersten Fesseln zerschlagen, denen sich die Massen zwangsweise gefügt hatten. Das war gestern. Heute aber fordert dieselbe Revolution, eben im Interesse ihrer Entwicklung und Festigung, eben im Interesse des Sozialismus, die *unbedingte Unterordnung* der Massen unter den *einheitlichen Willen* der Leiter des Arbeitsprozesses.« (Lenin 1918a)

<sup>2</sup> »Die Grundlage der Militarisierung der Arbeit wird auf den Formen staatlichen Zwanges gebildet, ohne die die Ersetzung der kapitalistischen Wirtschaft durch die sozialistische für immer nur leerer Schall bleiben wird. Warum sprechen wir von *Militarisierung*? Selbstverständlich ist das nur eine Analogie, aber eine sehr inhaltsreiche. Keine andere gesellschaftliche Organisation mit Ausnahme der Armee hat sich berechtigt gehalten, sich die Bürger in solchem Grade unterzuordnen, sie in solchem Maße von allen Seiten

praktischer Arbeitspolitik in den dreißiger Jahren zugrunde.« (1969: 63) Die erneute Unterwerfung der Arbeitenden unter staatlich ausgeübte Leitung und staatlichen Zwang, der auch mittels Gewalt durchgesetzt wird, ist das Resultat eines Umsturzes, der im Interesse eben dieser Arbeitenden erfolgt sein sollte. Ihre Fortsetzung findet diese Politik in einem wesentlich größeren Maßstab in der autoritären Herrschaft des Stalinismus. Wie viel von Lenins und Trotzki's Theorie und Praxis zeigt sich in Stalins marxistisch-leninistisch legitimierter Praxis und wie konnte es überhaupt zu dieser kommen?

Klar ist, dass der Stalinismus nach dem Oktoberumsturz aus den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen und aus den politischen Vorstellungen Lenins, Trotzki's und der politischen Führung der Bolschewiki hervorgegangen ist

durch ihren Willen zu umfassen, wie dies der Staat der proletarischen Diktatur tut und zu tun sich für berechtigt hält.« (Trotzki 1920)

**115**

(vgl. Mattick 1970: 200, Kolakowski 1978: 534ff.). Seitdem der Stalinismus als Form der autoritären Herrschaft hervorgetreten ist, gibt es die Auseinandersetzung darüber, inwieweit Lenins politische Vorstellungen und Konzepte zum Stalinismus geführt haben oder ob sie etwas vollkommen davon Unterschiedenes waren, wie es beispielsweise Trotzki in *Bolschewismus und Stalinismus* (1937) behauptet. Es hat jedenfalls einen Übergang vom leninschen Bolschewismus zum Stalinismus gegeben und das ist genau das, was es für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von Bolschewismus und Stalinismus nachzuvollziehen und zu rekonstruieren gilt. Welche Elemente in Lenins und Trotzki's politischen Vorstellungen gibt es, die es ermöglicht haben, dass daraus der Stalinismus hervorgehen konnte?

Diese Frage ist insofern von entscheidender Bedeutung, als es immer wieder Versuche in der Linken gibt, sich auf Lenin und Trotzki zu berufen und an ihre politischen Vorstellungen anzuknüpfen. Lenins

und Trotzki's Theorien und ihre politische Praxis wird dabei als höchste Form des revolutionären Marxismus verstanden. Für jeden möglichen neuen Versuch der revolutionären Befreiung vom System kapitalistischer Ausbeutung und Herrschaft durch die Arbeitskräfte selbst wäre es aber gerade grundlegend, zu verstehen, woran die russische Revolution gescheitert ist und wie es dazu kommen konnte, dass aus ihr ein System brutaler, autoritärer Herrschaft hervorgegangen ist.

In der Auseinandersetzung mit dem Einfluss Lenins ist es wichtig, die beiden Seiten seiner Tätigkeit, Theorie und Praxis, als aufeinander bezogen, aber nicht miteinander übereinstimmend oder identisch aufzufassen. Lenins Schriften sind als strategische theoretische Grundlage, aber auch als taktische Interventionen in die politische Praxis zu verstehen, die eben durch diesen strategischen und taktischen Charakter und ihre polemische Form auch ausgezeichnet sind (vgl. Mattick 1970: 173,

Kolakowski 1978: 577ff.). Die tatsächliche historische Entwicklung der russischen Revolution und Sowjetrusslands ist stark von Lenins theoretischen und politischen Interventionen geprägt, aber dennoch in ihrer eigenen Dynamik mit dem Vorhandensein einer Vielzahl weiterer Einflüsse und Faktoren zu begreifen. Unter diesen Voraussetzungen ist gleichwohl erkennbar, wie theoretische Vorstellungen Lenins in der realen Geschichte wirksam werden, ohne dass sich diese Geschichte aus der Theorie und Organisation des leninschen Bolschewismus vollständig ableiten ließe.

Anhänger des Trotzkismus und des Leninismus behaupten unter Berufung auf Historiker wie Alexander Rabinowitch, Neil Harding, Lars Lih, David Mandel und Stephen Smith, die neuere historische Forschung hätte ergeben, dass die Bolschewiki im Laufe des Jahres 1917 zu einer ›demokratisch organisierten Massenpartei‹ geworden sei, die es geschafft habe, eine ›breite Massenbasis‹ unter den Arbeitern zu erreichen, und daher sei der Oktoberumsturz

ein ›Aufstand für die Räte‹ und als ›erste erfolgreiche proletarische Revolution‹ das ›höchste Ergebnis‹ des revolutionären Marxismus gewesen. Hier wird anhand dieser und weiterer Literatur dargestellt, dass diese Interpretation nicht zutrifft und sich nicht auf diese Autoren und ihre Forschungen berufen kann. Damit wird gezeigt, dass die Berufung auf diese Autoren, um den Bolschewismus als historisch erfolgreiche und damit noch immer richtige revolutionäre Strategie zu begründen, unhaltbar ist.

Im Folgenden werden dazu zunächst Darstellungen von Lenins politischem Denken analysiert und die Frage diskutiert, inwiefern es einen demokratischen Lenin gab. Anschließend wird gezeigt, wie entscheidend Lenins Denken und Handeln für den Oktoberumsturz war und wie es schließlich zu Autoritarismus und einem bürokratischen Terrorregime geführt hat. Der Beitrag schließt mit einem kurzen Blick auf die fatalen Folgen der bolschewistischen Terrorherrschaft für die internationale Arbeiterbewegung.

## 120 Ein demokratischer Lenin?

Harding unterscheidet in *Lenin's Political Thought* zwei Phasen in dessen Denken: Die Phase bis 1914, in der Lenin eine demokratische Revolution angestrebt habe, und die Phase danach, in der eine sozialistische Revolution zu seinem Ziel geworden sei. Die erste Phase bei Harding stimmt mit der These Lih's in *Lenin Rediscovered* überein, Lenin sei ein Erfurter gewesen, d.h. ein Anhänger des *Erfurter Programms* der SPD von 1891 und dessen Auslegung durch Kautsky. Selbst Lih in seiner äußerst wohlwollenden Darstellung Lenins geht aber davon aus, dass dieser die politischen Freiheiten nur in einem *instrumentellen* Sinn angestrebt habe, um die Rahmenbedingungen für sozialdemokratische Politik herzustellen (Lih 2006: 166, Lih 2012: 202). Das *Erfurter Programm* repräsentiert das orthodox-marxistische, sozialdemokratische Modell der SPD der II. Internationale, dem zufolge zunächst eine bürgerliche Gesellschaft bestehen müsse, ehe eine sozialistische errichtet werden kann,

## 121

wie Lih es ausführlich darstellt. Die politischen Freiheiten gehören in diesem Modell der bürgerlichen Entwicklungsstufe an und es wird von Lenin keine Aussage darüber getroffen, welche Rolle sie in einer sozialistischen Gesellschaft spielen sollten. Es wäre demnach ein Missverständnis, wie Lih anzunehmen, mit der Forderung Lenins nach politischen Freiheiten in der zaristischen Autokratie wäre eine Aussage auch für eine sozialistische Gesellschaft verbunden.

Den beiden Phasen der Politik Lenins liegen der Interpretation Hardings zufolge jeweils verschiedene theoretische Analysen zugrunde; der ersten Phase die politisch-ökonomische Analyse Russlands in *Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland* von 1899 und der zweiten Phase die globale politisch-ökonomische Analyse in *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* von 1916. Die Grundlage dieser beiden Phasen ist dasselbe Problem, das jeweils unterschiedlich beantwortet wird: Die Möglichkeit der Revolution unter den Bedingungen

**122** Russlands. Während Lenin bis 1914 nur eine demokratische Revolution, die die Aufgaben der bürgerlichen Revolution erfüllt, in Russland für möglich gehalten habe, hätte sich das mit dem Ausbruch des 1. Weltkrieges und seiner Imperialismus-Interpretation radikal geändert. Von da an hätte er eine sozialistische Revolution als einzigen Ausweg aus dem Imperialismus angesehen.

In Hardings ebenfalls wohlwollender Interpretation beginnt der Übergang zum Autoritarismus bei Lenin erst ein halbes Jahr nach dem Oktoberumsturz im Frühjahr 1918, als er erkennen muss, dass seine theoretischen Annahmen sich in der realen politischen Entwicklung nicht erfüllen. Die These eines demokratischen Lenin bis zum Frühjahr 1918 und eines erst seit diesem Bruch zunehmend autoritärer werdenden Lenin, der erst kurz vor seinem Tod 1924 erkannt habe, in welche Sackgasse das autoritäre System geraten ist, ist aber nicht haltbar.

Lenin greift nämlich in dieser Zeit auf Vorstellungen und Konzepte zurück, die schon lange vorher in seinem Denken vorhanden waren (vgl. Kolakowski 1978: 555, 558). So schreibt er etwa bereits 1906 über die Diktatur des Proletariats: »Der wissenschaftliche Begriff der Diktatur bedeutet nichts anderes als eine durch nichts beschränkte, durch keine Gesetze und absolut keine Regeln eingegelte, sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht.« (ebd.). Vor allem aber ist es das Konzept der *Hegemonie des Proletariats* in der Revolution, das Lenin von Plechanow übernahm, aber in *Was tun?* (1902) mit seiner eigenen Parteitheorie verband.<sup>3</sup> Der Stalinismus geht in der

**123**

3 »Rußland wurde nach der Revolution des Jahres 1905 von 130 000 Gutsbesitzern regiert, und zwar mittels endloser Vergewaltigung und Drangsalierung von 150 Millionen Menschen, deren ungeheure Mehrzahl zu Zuchthausarbeit und zu einem Hungerdasein gezwungen wurde. Und da sollen 240 000 Mitglieder der Partei der Bolschewiki nicht imstande sein, Rußland zu regieren, es im Interesse der Armen und gegen die Reichen zu regieren!« (Lenin 1917d)

**124** historischen Entwicklung direkt aus dem Leninismus hervor und ist kein Bruch mit Lenins Denken.<sup>4</sup> Gegen die Berufung auf *Staat und Revolution* zur Verteidigung eines demokratischen Lenin bei Harding steht die innere Widersprüchlichkeit dieser

4 »Es war nicht erst der leninistische Epigone Stalin, sondern der orthodoxe Marxist Lenin, der an jenem historischen Wendepunkt der revolutionären Entwicklung, wo er mit dem Übergang zur »NEP« die bis dahin unentschiedene Tendenz der russischen Revolution praktisch entschieden auf die bürgerlichen Zielsetzungen beschränkte, zugleich die für die Vollziehung dieser Beschränkung unentbehrliche ideologische Ergänzung hinzufügte. Es war der orthodoxe Marxist Lenin, der um die Jahreswende 1920/21 vollkommen bewußt entgegen all seinen früheren Erklärungen den neuen marxistischen Mythos von dem an sich sozialistischen Charakter des Sowjetstaates und der dadurch grundsätzlich garantierten Möglichkeit der Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft in Sowjetrußland aufgestellt hat. Mit dieser Entartung der ursprünglich revolutionären Theorie von Marx und Engels zu einer förmlichen Staatsreligion, zu der ideologischen Rechtfertigung eines in seiner tatsächlichen Entwicklungstendenz kapitalistischen und die revolutionäre Bewegung des Proletariats unterdrückenden Staates, hat die Geschichte der marxistischen Ideologie in Rußland ihren vorläufigen Abschluß erreicht.« (Korsch 1932: 256)

Schrift selbst (vgl. Martow 1919, Rühle 1971: 31) und das politische Vorgehen Lenins vor, während und nach dem Oktoberumsturz. Es gibt tatsächlich nur einen Lenin, der immer widersprüchliche Konzepte in seiner Theorie und Praxis versucht hat zu vereinen und damit politisch desaströs gescheitert ist.

Die zentralen Widersprüche in Lenins Politik sind die Vorstellung der Verwirklichung von demokratischer Selbstbestimmung durch die Führung einer professionellen Avantgardepartei und die Vorstellung, dass die Vergesellschaftung der Produktion durch den Kapitalismus in der Phase der Monopole und des Imperialismus schon stattgefunden habe und von der Diktatur des Proletariats nur übernommen werden müsse. Auch im Begriff der Diktatur des Proletariats selbst, der das entscheidende Prinzip für Lenin in *Staat und Revolution* ist, gibt es einen unaufgelösten Widerspruch zwischen der demokratischen Selbstorganisation des Proletariats und der Diktatur

**126** der Partei (vgl. Kautsky 1990: 33). Genau diese Widersprüche zeigen sich nach dem Oktoberumsturz als praktisch nicht zu lösende Probleme.

Die Konzepte, mit denen Lenin diese sich in der realen Politik stellenden Probleme zu bearbeiten versucht, sind die autoritären Konzepte der zentralen Führung durch die Partei und der autoritären Durchsetzung von Arbeitszwang, Disziplin und Unterordnung in der Industrie, im Militär, im Staat und in der Partei selbst, die euphemistisch als »demokratischer Zentralismus« bezeichnet wurden. Die Konzepte von politischer Führung durch die zentrale Autorität der Partei und ökonomischer Führung durch die zentrale Autorität des Staats übertragen in gleicher Weise Organisationsprinzipien der tayloristischen Arbeitsteilung in der großen Industrie im Stadium des Staatsmonopolkapitalismus, wie Lenin sie in *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* darstellt, in die politische Theorie von *Staat und Revolution*

und in die politische Praxis der Diktatur des Proletariats. Das entspricht der Vorstellung Lenins, nach der die sozialistische politische und ökonomische Organisation durch Partei und Staat der Entwicklung der kapitalistischen Produktivkräfte und der staatsmonopolistischen Produktionsweise entsprechen müssten und durch diese vorbereitet wurden (vgl. Harding Bd. 1: 137f.)<sup>5</sup>. Sowohl in der politischen Organisation als auch in der ökonomischen Organisation vertrat Lenin ein an technologischer

<sup>5</sup> Diese Vorstellung geht im wesentlichen auf Rudolf Hilferding zurück, auf dessen Werk *Das Finanzkapital* (1910) sich Lenin in seinem Buch zum Imperialismus neben *Imperialismus und Weltwirtschaft* von Nikolai Bucharin (1914/15) stark stützt. Darin entwickelt dieser die Theorie eines »Generalkartells« als bürokratisierte Wirtschaftsform eines organisierten Kapitalismus, die gerade deswegen nur noch durch eine sozialistische Bürokratie übernommen werden braucht (vgl. Huhn 2003: 110). Lenin übernimmt also in *Der Imperialismus* die staatssozialistischen Vorstellungen der österreichischen und deutschen Sozialdemokratie und unternimmt in *Staat und Revolution* den zum Scheitern verurteilten Versuch, diese marxistisch zu begründen. Diese unmögliche Konzeption wird aber dann zu seiner Strategie zum Aufbau des Sozialismus und zur Begründung des Oktoberumsturzes.

**127**

**128** Arbeitsteilung und militärischer Disziplin orientiertes Modell, das auf Effizienz ausgerichtet sein sollte:

*»Und was ist der Staat? Das ist die Organisation der herrschenden Klasse, in Deutschland z. B. die der Junker und Kapitalisten. Deshalb ist das, was die deutschen Plechanow (Scheidemann, Lensch u. a.) »Kriegssozialismus« nennen, in Wirklichkeit staatsmonopolistischer Kriegskapitalismus oder, einfacher und klarer ausgedrückt, ein Militärzuchthaus für die Arbeiter, ein militärischer Schutz für die Profite der Kapitalisten. ... Der Sozialismus ist nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird und dadurch aufgehört hat, kapitalistisches Monopol zu sein.«* Lenin 1917a

Dieses Modell findet sich auch in *Staat und Revolution*, wo es heißt: »Das Proletariat braucht die Staatsgewalt, eine zentralisierte Organisation der Macht, eine

Organisation der Gewalt sowohl zur Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter als auch zur *Leitung* der ungeheuren Masse der Bevölkerung, der Bauernschaft, des Kleinbürgertums, der Halbproletarier, um die sozialistische Wirtschaft »in Gang zu bringen« (1917b).

Lenin entwickelt nur die Vorstellung einer politischen Revolution, die einer bürgerlichen Revolution entspricht (vgl. Wagner 1933, Rühle 1971: 49f.). In *Staat und Revolution* thematisiert er zwar immer wieder die Idee von Marx, dass die Staatsmaschine zerschlagen werden müsse, aber zugleich geht er davon aus, dass in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft das bürgerliche Recht und daher auch der bürgerliche Staat als Gewaltapparat zu dessen Durchsetzung noch bestehen bleiben müssten. Er hat aber Stephen Smith in *Red Petrograd*, Leszek Kolakowski und Otto Rühle zufolge nie eine Vorstellung von Selbstorganisation oder von Selbstverwaltung entwickelt und keine Vorstellung von anderen sozialen Vermittlungsformen, die

**129**

**130** über die Staatsform hinausgehen und sie ersetzen könnten (Smith 1983: 228, Kola-kowski 1978: 554, Rühle 1971: 25). In *Staat und Revolution* spricht er immer wieder von der Schaffung einer neuen Staatsmaschine, die die alte ersetzen soll. Zwar bezieht er sich auf das, was Marx über die Formen der Pariser Kommune geschrieben hat, aber er entwickelt kein Verhältnis dieser Formen zu seiner Vorstellung der Beibehaltung des bürgerlichen Rechts und des bürgerlichen Staates. Smith charakterisiert die daraus hervorgehenden politischen Konsequenzen treffend damit, dass die Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse für Lenin auf der Ebene des Staates geschah, statt in der Fabrik. Der Übergang zum Sozialismus würde dieser leninschen Vorstellung nach über den Charakter des Staates und durch dessen Politik durchgesetzt, nicht durch den Umfang der Macht, die von den Arbeitern in der Fabrik ausgeübt wird (ebd.).

## **Der Oktoberumsturz gegen die Sowjetmacht**

In Bezug auf das Verständnis des Oktoberumsturzes ist es von entscheidender Bedeutung, zwischen der Machtübernahme durch die bolschewistische Partei einerseits und der Übernahme der Macht durch die Räte, also der *Sowjetmacht*, andererseits zu unterscheiden. Davon muss schließlich noch die *Arbeitermacht* unterschieden werden, die sowohl die Sowjets als auch die Bolschewiki zu vertreten beanspruchten, wie Rainer Thomann in *Aufstieg und Fall der Arbeitermacht in Russland* zeigt. Die proletarischen und bäuerlichen Massen und die Mehrheit der Bolschewiki wollten im Herbst 1917 die Absetzung der provisorischen Regierung und die Übernahme der Macht durch die Räte mit allen in ihnen vertretenen sozialistischen Parteien, d.h. Menschewiki, Sozialrevolutionäre, Bolschewiki und weitere kleinere Gruppierungen (Rabinowitch 2012: 455f., Thomann 2017: 327f., Mandel 2017: 330). Der Oktoberumsturz wurde aber auf das Betreiben Lenins

**132** hin gerade *gegen* die Übernahme der Macht durch die Räte und alle sozialistischen Parteien noch *vor* dem *Zweiten gesamtrussischen Rätekongress* unternommen (Rabinowitch 2012: 387, Thomann 2017: 286ff.). Er war daher nicht Ausdruck einer revolutionären Massenbewegung, sondern Ausdruck der politischen Vorstellungen Lenins.<sup>6</sup>

6 »Nachdem die Bolschewiki in den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten beider Hauptstädte die Mehrheit erhalten haben, können und *müssen* sie die Staatsmacht in ihre Hände nehmen. Sie können das, denn die aktive Mehrheit der revolutionären Elemente des Volkes beider Hauptstädte *genügt*, um die Massen mitzureißen, den Widerstand des Gegners zu brechen, ihn zu zerschlagen, die Macht zu erobern und zu behaupten. ... Die Demokratische Beratung vertritt nicht die Mehrheit des revolutionären Volkes, sondern nur die paktiererischen kleinbürgerlichen Spitzen. Man darf sich nicht durch Wahlziffern täuschen lassen, nicht auf die Wahlen kommt es an: man vergleiche die Wahlen zu den Stadtdumas von Petrograd und Moskau und die Wahlen zu den Sowjets. Man vergleiche die Moskauer Wahlen und den Moskauer Streik vom 12. August: das sind die objektiven Tatsachen über die Mehrheit der revolutionären Elemente, die die Massen führen. ... Es wäre naiv, eine ›formelle‹ Mehrheit der Bolschewiki abzuwarten: keine Revolution wartet darauf.« (Lenin 1917c)

Das zeigt sich auch darin, wie die Entscheidung dafür zustande kam. Sie wurde bei einer Sitzung des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei am 10. Oktober 1917 getroffen, bei der von den 21 Mitgliedern nur 12 anwesend waren. Lenin konnte schließlich 9 von ihnen von der Machteroberung überzeugen. Nur Kamenew und Sinowjew stimmten dagegen, d.h. die Machtübernahme durch die bolschewistische Partei wurde von 10 Mitgliedern ihres Zentralkomitees beschlossen (Rabinowitch 2012: 297ff., Thomann 2017: 251ff.). Die überwältigende Mehrheit der Bolschewiki und der anderen sozialistischen Parteien waren aber nicht für eine Machtübernahme durch die bolschewistische Partei, sondern für die *Sowjetmacht*, also eine Machtübernahme durch die Räte mit allen sozialistischen Parteien. Das ist das vielleicht größte Missverständnis in Bezug auf den Oktoberumsturz: Er wurde von vielen als Übergang zur Sowjetmacht verstanden, war aber tatsächlich Übergang zur Macht der bolschewistischen Partei. Wie sich herausstellen

**134** sollte waren das zwei sehr verschiedene Dinge.

Die Einschätzung Thomanns dazu lautet: »Die Initiative für die Oktoberrevolution ging dann auch nicht von der Arbeiterbasis aus, sondern vom ZK der bolschewistischen Partei, genauer von Lenins Drängen auf den sofortigen bewaffneten Aufstand. Darin kam die ausgeprägte politische Schwäche der Arbeitermacht in Russland zum Ausdruck.« (2017: 362) Die Folgen des Oktoberumsturzes für die Arbeitermacht sieht er so: »Die Schwierigkeiten, ihren Interessen auf dem Weg zu ihrer ›ökonomischen Emanzipation‹ Geltung zu verschaffen, wurden für die russische Arbeiterklasse mit dem Sieg der Oktoberrevolution größer statt kleiner.« (ebd.: 363) Rabinowitch führt in *Die Sowjetmacht. Das erste Jahr* zu den politischen Konsequenzen des Oktoberumsturzes Folgendes aus:

»Der von den Bolschewiki organisierte Sturz der Provisorischen Regierung vor dem Zweiten Gesamtrussischen

*Sowjetkongress, der Auszug der Menschewiki und Sozialrevolutionäre (...) und die kompromisslose Haltung der Bolschewiki in den Verhandlungen über die Bildung einer breiten sozialistischen Koalitionsregierung nach dem Kongress (...) verurteilten die Bemühungen der gemäßigten Bolschewiki um die Teilung der Staatsmacht zum Scheitern und trugen dazu bei, dass sich am Ende das autoritäre Regierungssystem sowjetischer Prägung durchsetzte.*« 2010: 18

**135**

An die Stelle der Bolschewiki müssten dabei allerdings Lenin und Trotzki und deren Unterstützer in der Parteiführung, darunter Stalin, gesetzt werden. In den Monaten vor und nach dem Oktoberumsturz stellten sich die Bolschewiki als die Partei der Verteidigung und der Verwirklichung der *Sowjetmacht*, also des Räteprinzips gemäß der Forderung »Alle Macht den Sowjets!«, dar. Die Mehrzahl der Parteimitglieder und derjenigen unter den Arbeitern, die ihnen folgten, haben das

sicherlich auch so verstanden. In der politischen Praxis der Führung der bolschewistischen Partei durch Lenin und Trotzki und denjenigen, die sie überzeugen konnten, waren sie aber objektive Gegner der Räte Demokratie. Sie taten alles, um die Ausübung der Macht, die sie mit dem Oktoberumsturz übernommen hatten, zunächst gegen die Räte und dann in den Räten zu sichern. Zu dieser Einschätzung kommen sowohl Thomann aus einer rätekommunistischen Perspektive (2017: 252, 370) als auch Ruge aus der Perspektive der Kritik des Stalinismus und des realen Sozialismus (2010: 141f.). Beide zitieren dazu auch die Aussage Lenins in seinem Brief an das Zentralkomitee (ZK) der bolschewistischen Partei vom September 1917: »Einzig und allein die Entwicklung dieses Krieges kann uns an die Macht bringen, doch davon soll bei der Agitation möglichst wenig geredet werden (wobei man stets daran denken muß, daß die Ereignisse uns morgen schon an die Macht bringen können, die wir dann nicht wieder aus

der Hand geben werden).« Ähnlich sieht es Maxim Gorki im Dezember 1917: »Die Macht ist auf die Räte nur auf dem Papier übergegangen« (in: Ruge 2010: 135). Ein großer Teil der Zustimmung und des Erfolgs der bolschewistischen Partei beruhte also auf einer politischen Vorstellung, der *demokratischen Sowjetmacht*, die sie praktisch gar nicht umgesetzt haben. Das sollte sich als unlösbares Problem erweisen, das rückblickend betrachtet in den Stalinismus geführt hat.

Dabei wurde immer wieder genau davor gewarnt, von Bolschewiki, wie Lew Kamenew und Grigori Sinowjew, von linken Sozialrevolutionären, wie Boris Kamkow und Wladimir Karelin und Menschewiki-Internationalisten, wie Julius Martow und Boris Awilow. Die Machtübernahme durch die bolschewistische Partei vor dem zweiten Rätekongress war auch der Grund für den Auszug der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre aus dem Rätekongress, ebenso wie dafür, dass die linken Sozialrevolutionäre nicht in eine

Koalitionsregierung mit den Bolschewiki eintreten wollten. Auf dem Rätekongress wurde noch vor dem Auszug der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre mit überwältigender Mehrheit ein Vorschlag von Martow einstimmig angenommen, eine Regierung aus allen sozialistischen Parteien zu bilden (Rabinowitch 2012: 428). Ebenso wurden dort mehrere Einwände und Gegenvorschläge zu einer rein bolschewistischen Regierung eingebracht, die sich im weiteren Verlauf als absolut gerechtfertigt herausstellen sollten. So wurde eingewendet, eine rein bolschewistische Regierung könne das Problem der Lebensmittelknappheit nicht lösen und den Frieden nicht herbeiführen und auch, dass eine europäische Revolution nicht unmittelbar bevor stünde (Rabinowitch 2010: 25, Thomann 2017: 302f.). Mehrere Wortmeldungen bestanden darauf, dass die anstehenden Probleme nur von einer Regierung aller sozialistischen Parteien, die eine breite Unterstützung in der Bevölkerung hat, gelöst werden könnten, da

nur eine solche Regierung ihre revolutionäre Politik auch umsetzen könne (Rabinowitch 2010 25ff., Rabinowitch 2012: 443, Thomann 2017: 303f.).

Insofern ist es für ein Verständnis der Bedeutung des Oktoberumsturzes nicht ausreichend, nachzuweisen, dass die bolschewistische Partei im Laufe des Jahres 1917 durchaus eine breite Unterstützung unter den Arbeitern Petrograds gewann und es innerhalb der Partei Uneinigkeit und Diskussionen über die politischen Strategien gegeben hat. Diese Elemente wurden von sogenannten »revisionistischen« Historikern in den 1970er und 1980er Jahren gegen die Darstellung des Oktoberumsturzes als Staatsstreich, der von einer Gruppe von Berufsrevolutionären unter der Führung Lenins ohne Unterstützung der Bevölkerung durchgeführt wurde, herausgestellt (Rabinowitch 2010: 16). Das löst aber nicht den Widerspruch auf zwischen dem, was die Mehrheit der Arbeiter in den städtischen Zentren mit einem Sturz der provisorischen Regierung

**140** verband, die Errichtung der *Sowjetmacht*, der *sozialistischen Rätedemokratie*, und dem, was mit dem Oktoberumsturz geschah, die Errichtung einer *Parteiherrschaft*. Aus den originären Räten als »Organen der proletarischen Selbstverwaltung und Trägern einer radikalen Demokratie« wurden dabei bolschewistische »Räte« als »Organe der Massenführung durch die Elite der Partei« gemacht (Anweiler 1958: 303). Die Diktatur des Proletariats und der Bauern wurde zur Diktatur der Partei *über* das Proletariat und die Bauern.

In der Darstellung des Oktoberumsturzes als »erste erfolgreiche proletarische Revolution« bleibt zudem die Auseinandersetzung innerhalb der bolschewistischen Führung unberücksichtigt, in der sich Lenin mit seiner Vorstellung der Machtübernahme durch die bolschewistische Partei gegenüber denjenigen durchgesetzt hat, die eine ausschließlich aus sozialistischen Parteien zusammengesetzte Mehrparteienregierung, die vom *Zweiten*

*gesamtrussischen Rätekongress* gebildet werden sollte, befürworteten, also die Verwirklichung der demokratischen Sowjetmacht. Die Letzteren vertraten tatsächlich die Vorstellung der Mehrheit der Arbeiter und in der bolschewistischen Partei, worüber sich Lenin aber hinweggesetzt hat: »Rückblickend liegt auf der Hand, dass Lenin in erster Linie deshalb auf dem gewaltsamen Sturz der Provisorischen Regierung vor Eröffnung des Sowjetkongresses bestand, weil er ausschließen wollte, dass der Kongress eine sozialistische Koalitionsregierung einsetzen würde, in der die gemäßigten Sozialisten großen Einfluss hätten. Diese Strategie bewährte sich.« (Rabinowitch 2010: 13) Erfolgreich war der Oktoberumsturz nur, insofern er *nicht* proletarisch war: Im Ergebnis war es die *Niederlage der Arbeitermacht* gegenüber der bolschewistischen Partei und ihrer Führung durch Lenin und Trotzki. Berücksichtigt werden muss darüber hinaus auch die breite Masse der bäuerlichen Bevölkerung, die sicherlich mit einer Rätedemokratie eher

**141**

**142** etwas hätte anfangen können als mit einer Diktatur des Proletariats in Form der bolschewistischen Partei.

Die Vorstellung Lenins, unbedingt die Macht als bolschewistische Partei gegen die Rätemacht übernehmen zu müssen, lässt sich aus seinem bereits dargestellten Bezug auf die deutsche Sozialdemokratie und die Theorie des Staatsmonopolkapitalismus erklären. Kautsky vertritt in seiner *Erläuterung des Erfurter Programms* die Vorstellung, dass die Sozialdemokratie die Macht im Staat erobern müsse, um diesen in eine große Wirtschaftsgenossenschaft zu verwandeln (1919: 125). Es ist der *Etatismus der Sozialdemokratie*, wie Willy Huhn es nennt, den Lenin in Rußland verwirklichen wollte. Es ist allerdings auch eine entscheidende Veränderung in der Vorstellung Lenins zur Vorstellung Kautskys zu beachten: In Kautskys Vorstellung war es ein »naturnotwendiger« Prozess der gesellschaftlichen Entwicklung, in dem die Arbeiterpartei schließlich die politische

Macht übernehmen wird, weil sie die Mehrheit der Bevölkerung organisiert.<sup>7</sup>

<sup>7</sup> »Eine jede politische Partei muß sich aber die politische Herrschaft zum Ziel setzen. Sie muß danach trachten, die Staatsgewalt sich, das heißt den Interessen der Klasse, die sie vertritt, dienstbar zu machen, sie muß danach trachten, die herrschende Partei im Staat zu werden. Damit, daß die Arbeiterklasse sich als selbständige Partei organisiert, ist ihr naturnotwendig dieses Ziel gegeben, und ebenso naturnotwendig führt die ökonomische Entwicklung die Erreichung desselben herbei. Auch hier, wie bei der Loslösung der Arbeiter von den bürgerlichen Parteien, hängt der Zeitpunkt des Eintretens dieses Ereignisses nicht von der Höhe der industriellen Entwicklung des Landes allein ab, sondern daneben wirken mitbestimmend noch eine Reihe anderer Verhältnisse nationaler und internationaler Natur. Auch die Art und Weise, wie es sich vollzieht, kann sehr verschieden sein. Was aber für niemand zweifelhaft sein kann, der die ökonomische und politische Entwicklung der modernen Gesellschaft, namentlich im Verlauf dieses Jahrhunderts, verfolgt hat, ist die Naturnotwendigkeit des endlichen Sieges des Proletariats. Während es an Ausdehnung, an moralischer und politischer Kraft und an ökonomischer Unentbehrlichkeit immer mehr zunimmt, während der Klassenkampf es zu Solidarität und Disziplin erzieht und seinen Gesichtskreis erweitert, während seine Organisationen an Umfang und Geschlossenheit stetig wachsen, während es im Gebiet der kapitalistischen Produktionsweise immer mehr die wichtigste und schließlich die einzige arbeitende Klasse wird, von

**143**

**144** Dagegen ist für Lenin die Übernahme der *Staatsmacht* durch die bolschewistische Partei gerechtfertigt durch seine Interpretation des Konzepts der Diktatur des Proletariats als *Führungsanspruch* der Arbeiterklasse, die durch ihre *Partei* vertreten wird, gegenüber allen anderen Klassen, auch wenn diese die weit überwiegende Mehrheit darstellen, wie es in Russland der Fall war. Das ist die Vorstellung des *zweifachen* Führungsanspruchs oder der *Hegemonie* des Proletariats und dessen Partei. In Russland gab es zu dieser Zeit aber nicht nur eine Partei, die das Interesse der Arbeiterklasse zu vertreten beansprucht hat, sondern mehrere konkurrierende. Darüber hinaus gab es auch eine Partei, die sich

deren Tätigkeit die ganze Gesellschaft abhängig ist, schmelzen die dem Proletariat feindlichen Klassen an Zahl immer mehr zusammen, verlieren sie zusehends an moralischer und politischer Kraft und werden sie nicht nur überflüssig, sondern zum Teil geradezu hinderlich für den Fortgang der Produktion, die unter ihrer Leitung in immer heillosere Verwirrung gerät, immer unerträglichere Zustände heraufbeschwört.« (Kautsky 1919: 219f.)

gerade in einen rechten und linken Flügel aufgespalten hatte, die Sozialrevolutionäre, die die Interessen der Bauern zu vertreten beanspruchte. Vielen von ihnen galt sie tatsächlich als ihre Vertreterin, wie die im November 1917 stattgefundenen Wahlen zur konstituierenden Versammlung belegen (vgl. Thomann: 378f.). Diese Interpretation der Diktatur des Proletariats als Führungsanspruch einer *Minderheit* gegenüber einer *Mehrheit* stellt eindeutig einen Bruch mit dem Erfurter Konzept Kautskys dar, wie dieser selbst es in seiner Kritik daran auch klarstellt (1990). Lenin ist also nur in dem Sinn der Übernahme der Staatsmacht und des kapitalistischen Produktionsapparates Erfurter gewesen, aber nicht hinsichtlich demokratischer Organisationsformen, die er vollständig hinter sich lässt und bekämpft, gerade als er die sozialistische Revolution durchführen will. In dieser Hinsicht ist Lenin der *Renegat* in der Sache der proletarischen Revolution als politischer und sozialer Revolution gegenüber Kautsky.

Dazu kommt als ein weiterer Faktor, dass Lenin während des Ersten Weltkriegs zur Überzeugung gelangte, eine sozialistische Wirtschaft in *einem* Land könnte auch in Russland aufgebaut werden, um mit Hilfe eines nach deutschem Vorbild organisierten »Kriegssozialismus« einen revolutionären Krieg gegen die imperialistischen Mächte zu führen. Erik van Ree argumentiert: »Mit anderen Worten, neben seinem unzweifelhaften Vertrauen in die deutschen Arbeiter war es seine Überzeugung, dass der sozialistische Wirtschaftsmechanismus in einem Land - und in abgewandelter oder teilweiser Form sogar im rückständigen Russland - eingeführt werden kann, die Lenin die Zuversicht gab, den Oktoberaufstand überhaupt anzugehen.« (2010: 172f.). Ebenso war für Trotzki im Jahr 1917 der deutsche »Kriegssozialismus« zum Modell für den Aufbau des Sozialismus geworden (vgl. Huhn 1973: 103f.).

## **Autoritarismus und Terror als Konsequenzen des Machterhalts der Partei**

Harding neigt dazu, aus den Schriften Lenins ein idealisiertes Bild von dessen politischen Vorstellungen zu erzeugen. Seine Schriften müssen aber immer mit seinem praktischen politischen Handeln konfrontiert werden. So behauptet Harding, Lenin habe in den ersten sechs Monaten nach dem Oktoberumsturz versucht, in Russland eine Staatsform des Kommune-Typs zu errichten (Bd. 2: 169). Der reale Widerspruch wird hier schon im sprachlichen Ausdruck deutlich. In der realen politischen Praxis errichtete Lenin mit dem Rat der Volkskommissare eine Regierung, die zwar formal dem *gesamtrussischen Rätekongress* und dessen *Exekutivkomitee* unterstand, sich aber in der politischen Praxis davon völlig verselbstständigte. Zudem wurden in der politischen Praxis durch die Volkskommissare die bestehenden Verwaltungsapparate der Ministerien zum größten Teil übernommen. Es wurden also mit dem Oktoberumsturz und unmittelbar

danach bereits fundamentale Widersprüche zwischen der revolutionären Theorie und der politischen Praxis der »Revolution« hergestellt. Theoretisch mag Lenin die Idee verfolgt haben, einen Staat nach dem Vorbild der Pariser Kommune zu errichten. Praktisch hat er diesen Staat errichten wollen durch eine zentrale Regierung mit absoluter Macht und einem bürokratischen Verwaltungsapparat, der weitgehend noch aus der autoritären Herrschaft des Zarismus übernommen wurde (vgl. Junker 2011). Der bürgerliche Staat wurde also praktisch nie zerschlagen, wie es dem Konzept in *Staat und Revolution*, entsprechen hätte. Stattdessen wurde ein neuer Staat mit den Verwaltungsapparaten des alten Staats errichtet. Es ist ein kaum aufzulösender Widerspruch, durch autoritäre Mittel von oben Selbstverwaltung und Selbstorganisation von unten herstellen zu wollen.

Unmittelbar nach dem Oktoberumsturz begann die Entrechtung und Verfolgung der anderen sozialistischen Parteien,

die Verhaftung von ihren Mitgliedern und das Verbot ihrer Zeitungen (Brovkin 1987: 32, 44, Rabinowitch 2010: 117). Bei den im November 1917 abgehaltenen Wahlen zur konstituierenden Versammlung, die von allen sozialistischen Parteien einschließlich der Bolschewiki immer als Grundlage zur Herstellung einer demokratischen Ordnung angesehen wurde, erlitten die Bolschewiki eine überwältigende Niederlage gegenüber den Sozialrevolutionären, die die absolute Mehrheit gewannen (Thomann 2017: 379). Sobald die Wahlergebnisse eintrafen, begannen die Bolschewiki unter Führung Lenins, entgegen dem ausdrücklichen Mandat des *Zweiten gesamtrussischen Sowjetkongresses*, mit den Vorbereitungen zur Auflösung der konstituierenden Versammlung, die dann am 19. Januar 1918 erfolgte. Lenin rechtfertigte dieses Vorgehen in seinen *Thesen zur konstituierenden Versammlung* damit, dass die Sozialrevolutionäre sich nach den Wahlen zur konstituierenden Versammlung, aber vor ihrer Einberufung gespalten hätten, und »die

**150** Republik der Sowjets eine höhere Form der Demokratie« als die konstituierende Versammlung sei. Bei den Sowjets setzte sich aber genau dasselbe Vorgehen der bolschewistischen Partei fort:

*»Als die Bolschewiki in allen 19 Städten, in denen im Frühjahr 1918 Sowjetwahlen stattfanden, Mehrheiten an die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre verloren, lösten die Bolschewiki alle 19 Sowjets gewaltsam auf, anstatt die Macht friedlich an diese Parteien zu übergeben (insgesamt gab es zu diesem Zeitpunkt in 30 Städten im europäischen Russland Sowjets) (Brovkin 1983). Dies war keine Ausnahme, sondern die Regel. Es ist kein einziger Fall bekannt, in dem die Bolschewiki die Ergebnisse freier und fairer Sowjetwahlen respektiert hätten, die sie verloren, nachdem ihr Aufstand im November 1917 angeblich »alle Macht« in die Hände der Sowjets gelegt hatte. ... Sowjetrussland war weniger als ein Jahr nach der Bildung der Räteregierung zu einer Einparteien-Autokratie*

*geworden, was in erster Linie darauf zurückzuführen war, dass die Bolschewiki nach ihrer Machtergreifung im November 1917 demokratischen Institutionen, Praktiken und Freiheiten ablehnend gegenüberstanden. »Alle Macht den Sowjets« wurde nie in die Praxis umgesetzt. Nach dem Sturz der Provisorischen Regierung lag die Macht nicht in den Händen der Sowjets, sondern in den Händen bolschewistischer Kommissare, die allein die Kontrolle über die »besonderen Formationen bewaffneter Menschen«, die Tscheka und Militäreinheiten, ausübten, die innerhalb weniger Jahre Zehntausende streikende Arbeiter und rebellische Bauern töteten, die sich der neuen Autokratie widersetzen, die in ihrem Namen regierte.« pplsvar 2017*

**151**

Das bedeutete die Entmachtung der demokratischen Sowjetmacht durch die bolschewistische Partei im Frühjahr 1918. Die Sowjets waren danach und nach der Ausschaltung der linken Sozialrevolutionäre im Juli 1918 vollständig in bolschewisti-

scher Hand. Der Oktoberumsturz war demzufolge kein Aufstand für die Räte. Er war kein Aufstand und er war *gegen* die Demokratie der Räte gerichtet. Er war eine militärische Aktion unter Führung der bolschewistischen Partei, die ihr die *Staatsmacht gegen die Sowjetmacht* sichern sollte, *ohne* proletarische Massenbeteiligung.

Doch nicht nur im politischen Raum setzten die Bolschewiki ihren Autoritarismus durch, sondern auch in den Fabriken, an der Basis derjenigen, die sie mit der Diktatur des Proletariats zu vertreten beanspruchten. Vom 7. bis zum 14. Januar 1918 fand der *Erste gesamtrussische Kongress der Gewerkschaften* statt. Die erst nach der Februarrevolution 1917 nach deutschem Vorbild von Intellektuellen aufgebauten Gewerkschaften betrachteten die in den Fabriken während der Februarrevolution entstandenen Fabrikkomitees als Konkurrenzorganisationen, deren Unterordnung sie schon bei einer Konferenz im Juni 1917 forderten. Nun stimmte der Kongress mit

überwältigender Mehrheit einer Resolution zu, die die Fabrikkomitees den Gewerkschaften unterordnete (Thomann 2017: 354ff.). Dieser Beschluss war zunächst einseitiger, den die Gewerkschaften unabhängig von den Fabrikräten gefällt hatten. Die Fabrikkomitees setzten dieser Unterordnung und Eingliederung in die Gewerkschaften aber keinen Widerstand mehr entgegen. Darin wird die größere Schwierigkeit der russischen Arbeiterklasse nach dem Oktoberumsturz deutlich, von der Thomann ausgeht. Die *Arbeitermacht*, die sich seiner Darstellung nach schon seit dem misslungenen Aufstandsversuch im Juli 1917 in der Defensive befand, war damit weitgehend zum Erliegen gekommen.

Lenins theoretische Annahmen, die die Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus nach der Machtübernahme durch die Bolschewiki mit dem Oktoberumsturz darstellen sollten, stellten sich eine nach der anderen als unzutreffend und falsch heraus. Zunächst wurden die Annahmen der einfachen Übernahme

des staatsmonopolkapitalistischen Produktions- und Verwaltungsapparats und der sich kurzfristig ereignenden europäischen Revolution widerlegt. Im Frühjahr und Sommer 1918 stellte sich auch die Annahme von der Spaltung der Bauern in eine kleine Schicht reicher Bauern, der Kulaken, und eine große Masse armer Bauern, die sich für die ›Revolution‹ gewinnen ließen und sich der Führung durch das Proletariat freiwillig unterstellen und ihre Produkte zur Versorgung der Städte abgeben würden, als falsch heraus (Harding, Bd. 2: 214f). 1920 stellte Lenin fest: »Die Bauern sind keine Sozialisten.« Bei einem Bevölkerungsanteil von etwa 85% ist diese Aussage ein fatales Eingeständnis nach 3 Jahren Diktatur des Proletariats. Schon in der auf dem *Fünften gesamtrussischen Sowjetkongress* am 10. Juli 1918 beschlossenen *Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR)* war ein Verhältnis der Deputierten für den gesamtrussischen Sowjetkongress von 5 zu 1 zugunsten der Stadtsowjets gegenüber der Landsowjets

festgelegt worden (vgl. ppplswar 2017). Das war die reale politische Praxis der Diktatur des Proletariats nach Lenins Konzept.

Eine Ursache dieses Problems war Harding zufolge der Erfolg der bolschewistischen Agrarpolitik der Verteilung des Landes, die sie von den Sozialrevolutionären übernommen hatten und mit der die Bauern für die ›Revolution‹ gewonnen werden sollten. Durch diese Politik verringerte sich die soziale Ungleichheit auf dem Land, also die Zahl der reichen und armen Bauern, erheblich und die meisten der armen Bauern wurden zu mittleren Bauern. Die Lösung, die Lenin für dieses Problem dann anvisiert, ist die Elektrifizierung des Landes, die Industrialisierung der Landwirtschaft und die »Vernichtung« der Bauern »als sozialer Gruppe«, indem sie in ein »höheres ökonomisches System« transferiert werden (Bd. 2: 218). In der Zwischenzeit aber mussten die Bauern mit einer Kombination aus Ermutigung und Zwang behandelt werden und die gesamte Bevölkerung von Arbeitern und Bauern müsse

mobilisiert werden, um diesen Plan umsetzen zu können (ebd.: 219). Weil die soziale Revolution mittels demokratischer Räte nicht vollzogen, sondern verhindert wurde, sollte jetzt eine administrative und technische Lösung des Problems erfolgen.

Die Diktatur des Proletariats ist Lenin zufolge notwendig, um die Klassen abzuschaffen. Wenn die Klassen aufhören zu existieren, würde die Diktatur nicht mehr notwendig sein. Zur Abschaffung der Klassen müsse der Unterschied zwischen Arbeitern und Bauern zum Verschwinden gebracht werden, indem alle zu Arbeitern werden. Die Abschaffung der Klassen bedeutet also bei Lenin nach der ›Revolution‹, dass durch gesellschaftliche Produktion in großem Maßstab alle zu Arbeitern werden (Harding, Bd. 2: 221). Bereits im Mai 1918 stellt Lenin aber fest, dass die Bolschewiki nur auf die *politisch bewussten* Arbeiter zählen können; alle anderen, die übrige Masse der Arbeiter, die Bourgeoisie und die Kleinbürger, seien gegen sie. Die Diktatur des Proletariats könne sich nur

auf die »kleine Sektion der fortgeschrittenen und politisch bewussten Arbeiter in Russland« stützen (Harding, Bd. 2: 227).

Die Basis der ›sozialistischen Revolution‹, die der Oktoberumsturz hatte sein sollen, stellte sich für Lenin zunehmend als nicht vorhanden heraus: Waren es zum Zeitpunkt des Umsturzes seiner Vorstellung nach die Arbeiterklasse und die Bauern, die die Grundlage der bolschewistischen Macht darstellen sollten, stellten sich schon 6 Monate nach dem Oktoberumsturz die Bauern und die breite Masse der Arbeiter für Lenin als ungeeignet dafür heraus. Nur noch die politisch bewussten Arbeiter sah er im Mai 1918 als Grundlage der bolschewistischen Macht an. Nach dem Ende des Bürgerkriegs Ende 1920 war aber für Lenin selbst diese Basis nicht mehr vorhanden. Die Arbeiter waren aus seiner Sicht durch den Bürgerkrieg zu Kleinbürgern deklassiert worden. Nun blieb für ihn auch *theoretisch* nur noch die *Partei* als Grundlage der Diktatur des Proletariats, die sie *strategisch* und *faktisch* seit

dem Oktoberumsturz schon war. Bereits im Frühjahr 1920 schreibt er dementsprechend in *Der »Linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus*:

*»Jedermann weiß, daß die Massen sich in Klassen teilen; ... daß die Klassen gewöhnlich und in den meisten Fällen, wenigstens in den modernen zivilisierten Ländern, von politischen Parteien geführt werden; daß die politischen Parteien in der Regel von mehr oder minder stabilen Gruppen der autoritativsten, einflußreichsten, erfahrensten, auf die verantwortungsvollsten Posten gestellten Personen geleitet werden, die man Führer nennt. ... Wer die eiserne Disziplin der Partei des Proletariats (besonders während seiner Diktatur) auch nur im geringsten schwächt, der hilft faktisch der Bourgeoisie gegen das Proletariat.«* Lenin 1920

Trotsky erklärt in völliger Übereinstimmung mit Lenin in *Terrorismus und Kommunismus*:

*»Man hat uns vielfach vorgeworfen, wir hätten die Diktatur der Sowjets nur vorgetäuscht, in Wirklichkeit aber eine Diktatur unserer Partei ausgeübt. Dabei kann aber mit vollem Recht gesagt werden, daß die Diktatur der Sowjets nur möglich geworden ist vermittelt der Diktatur der Partei: dank der Klarheit ihrer theoretischen Erkenntnis und ihrer festen revolutionären Organisation sicherte die Partei den Sowjets die Möglichkeit, sich aus formlosen Parlamenten der Arbeit in einen Apparat der Herrschaft der Arbeit zu verwandeln. In dieser »Unterschiebung« der Macht der Partei an Stelle der Macht der Arbeiterklasse liegt nichts Zufälliges, und dem Wesen nach ist auch durchaus keine Unterschiebung vorhanden. Die Kommunisten bringen die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse zum Ausdruck.«* Trotsky 1920<sup>8</sup>

8 Stalin begründet sein Herrschaftssystem mit eben diesem politischen Konzept: »Diese besondere Form des Bündnisses besteht darin, daß die führende Kraft dieses Bündnisses das Proletariat ist. Diese besondere

**160** Damit glaubten Lenin und Trotzki, das Problem der Diktatur des Proletariats als Diktatur einer Partei und ihrer Führung theoretisch gelöst zu haben, indem sie es als nicht existierend erklärten (vgl. Kolakowski 1978: 561, 566ff.). Faktisch war aber der

Form des Bündnisses besteht darin, daß der Führer des Staates, der Führer im System der Diktatur des Proletariats *eine* Partei ist, die Partei des Proletariats, die Partei der Kommunisten, die die Führung mit anderen Parteien *nicht teilt und nicht teilen kann*. ... Die Diktatur des Proletariats hat ihre Perioden, ihre besonderen Formen, ihre verschiedenartigen Arbeitsmethoden. In der Periode des Bürgerkrieges ist das Merkmal der Gewalt in der Diktatur besonders augenfällig. Aber daraus folgt keineswegs, daß in der Periode des Bürgerkrieges keine Aufbauarbeit geleistet wird. Ohne Aufbauarbeit ist es unmöglich, den Bürgerkrieg zu führen. In der Periode des Aufbaus des Sozialismus ist umgekehrt die friedliche, organisatorische, kulturelle Arbeit der Diktatur, die revolutionäre Gesetzmäßigkeit usw. besonders augenfällig. Aber daraus folgt wiederum keineswegs, daß das Merkmal der Gewalt in der Diktatur während der Periode des Aufbaus wegfällt oder weggelassen kann. Die Organe der Unterdrückung, die Armee und andere Organisationen sind jetzt, in der Zeit des Aufbaus, nicht minder notwendig als in der Zeit des Bürgerkrieges. Ohne das Vorhandensein dieser Organe ist keine einigermaßen gesicherte Aufbauarbeit der Diktatur möglich.« (Stalin 1926)

Staat, der nach dem Oktoberumsturz durch Lenin und die bolschewistische Partei errichtet wurde, bereits mit der weitgehenden Ausschaltung der linken Sozialrevolutionäre nach deren Anschlag auf den deutschen Botschafter im Juli 1918 zu einer Einparteiendiktatur geworden (Rabinowitch 2010: 412ff., Ruge 2010: 153, pplsvar 2017). Anzumerken ist dabei, dass diese Verzweiflungstat vom ZK der linken Sozialrevolutionäre beschlossen und durchgeführt wurde, nachdem die Bolschewiki die Wahl der Deputierten zum *Fünften gesamt-russischen Sowjetkongress* zu ihren Gunsten manipuliert hatten und die Proteste der linken Sozialrevolutionäre nicht zu einem Einlenken geführt hatten (Rabinowitch 2010: 386f.). Schon im Mai 1918 hatte Lenin in dem Dekret zur »Diktatur im Ernährungswesen« gefordert, »zur Rettung vor Hungersnot einen schonungslosen und terroristischen Kampf und Krieg zu führen gegen die bäuerliche und sonstige Bourgeoisie, die Getreideüberschüsse zurückhält«, was faktisch eine Politik des Terrors

gegenüber der bäuerlichen Mehrheit der Bevölkerung bedeutete. Im September 1918 wurde schließlich vom Rat der Volkskommissare die Politik des ›Roten Terrors‹ gegenüber denjenigen verkündet, die als Sozialrevolutionäre, Weißgardisten oder Angehörige der Bourgeoisie definiert wurden. Klassenfeinde sollten in Konzentrationslagern isoliert, Weißgardisten exekutiert und das Hinterland durch Terror gesichert werden (Ruge 2010: 237f.). Während des durch den Umsturz ausgelösten Bürgerkrieges wurde die *Politik des Terrors* im Namen der Verteidigung der Diktatur des Proletariats in großem Maßstab eingeführt, die später von Stalin zum umfassenden Herrschaftssystem ausgebaut wurde.<sup>9</sup>

<sup>9</sup> Begonnen hat diese Politik des Terrors Isaak Steinberg in *Gewalt und Terror in der Revolution* zufolge aber bereits nicht lange nach dem Oktoberumsturz mit dem Dekret vom Dezember 1917 gegen die Kadettenpartei, das diese außerhalb des Gesetzes stellte, und dem Dekret zur Landesverteidigung vom 21. Februar 1918, in dem Erschießungen von allen möglichen ›Feinden der Revolution‹ legalisiert wurden (1981: 35f, 41ff.).

Zugleich zeigte sich aber auch ein immer weiter zunehmender *Bürokratismus* in Partei und Staat, so dass aus Lenins Sicht selbst die *Partei* nicht mehr ihre Aufgabe als führende Kraft der Diktatur des Proletariats erfüllen konnte. Die Kritik der *Arbeiteropposition* und der *Kommune von Kronstadt*, die den Verrat an der Rätedemokratie anprangerten, wurde im Frühjahr 1921 mit aller Härte niedergeschlagen, Fraktionen verboten und die Partei noch stärker zentralisiert. In dieser Situation blieb von Lenins Klassen- und Parteitheorien nichts mehr übrig und er sah den Ausweg nur noch in den persönlichen Qualitäten ausgesuchter Kader. Die *Arbeiter- und Bauerninspektion* sollte das Problem des Bürokratismus in Partei und Staat lösen und damit den ›Sozialismus‹ in Russland retten. Die Leitung des dafür zuständigen Kommissariats hatte ausgerechnet Stalin inne, der auch für die Auswahl der geeigneten Kader verantwortlich war. Am Ende seines Lebens blieb Lenin nur noch übrig, die persönlichen Qualitäten des engen Kreises

der führenden Bolschewiki durchzugehen, um geeignete Kandidaten für seine Stelle als ›Revolutionsführer‹ zu finden. Weder Stalin noch Trotzki erschienen ihm geeignet, diese Aufgabe in seinem Sinne fortzuführen. Harding beschreibt es als Jakobinismus, zu dem er am Ende gekommen sei. Lenin wurde aber weder fündig, noch hatte es irgendeine Relevanz mehr, da er selbst das System und die Institutionen geschaffen hatte, die Stalin nun nutzen konnte, um zuerst Lenin und dann Trotzki und unzählige Andere politisch auszuschalten und sein eigenes Herrschaftssystem auf der Grundlage des Bolschewismus zu errichten.

Die Verschmelzung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung und deren politische Verwirklichung durch die Diktatur des Proletariats, wie Lenin sie konzipiert hatte, war gescheitert und ging in eine autoritäre Parteidiktatur über. Selbst Lih schreibt in *Lenin* (2012: 203), dass das, was er Lenins *heroisches Szenario*

nennt, also die Hegemonie, der Führungsanspruch oder die Diktatur des Proletariats, alles andere als realistisch, da auf unhaltbaren Annahmen gegründet gewesen sei. Der Stalinismus ist daher als Resultat des Scheiterns von Lenins Konzept der *Hegemonie des Proletariats* als *Diktatur des Proletariats* durch die *Diktatur einer Partei* in der politischen Realität nach dem Oktoberumsturz 1917 zu erklären.<sup>10</sup> Die behauptete *Notwendigkeit*, mit der die politischen Maßnahmen von Verteidigern des Oktoberumsturzes gewöhnlich gerechtfertigt werden, ergibt sich vor allem aus dem Zweck des *Machterhaltes* der Bolschewiki, der mit der Sowjetmacht und der Arbeitermacht gleichgesetzt wird. Gerade diese

10 »Denn das Scheitern der russischen Revolution, als einer Revolution, die die Ausbeutung beseitigen, den Staat zur Auflösung bringen, die Menschen von ihrem Proletarierschicksal erlösen und den Sozialismus verwirklichen sollte, ist nicht bedingt durch Rußland, durch das Ausbleiben der Weltrevolution, durch die Sünden der Bürokratie, durch Stalin. Es ist einzig und allein bedingt durch das bolschewistische System.« (Rühle 1971: 25)

**166** Gleichsetzung der Parteimacht mit der Sowjetmacht und der Arbeitermacht ist aber Lenins *heroisches Szenario* des Führungsanspruchs der bolschewistischen Partei, das Lih als unrealistisch, da auf unhaltbaren Annahmen gegründet, und als Grund für das Scheitern von Lenins Projekt angibt.<sup>11</sup> Das leninsche Konzept des zweifachen Führungsanspruchs der Partei gegenüber dem Proletariat und des Proletariats gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung, das die Gleichsetzung von Parteimacht,

<sup>11</sup> »All in all, Lenin's heroic scenario was far from realistic. Yet perhaps his utter confidence in it was the necessary illusion that enabled him to confront a situation of stormy political and economic collapse. In 1917 Lenin stood tall among the leaders of other Russian parties because they had enough sense to be frightened out of their wits by the oncoming disaster – the social and economic breakdown that was just around the corner – whereas he saw it as an opportunity. Lenin can be viewed as a Noah figure, confidently building his ark as the flood waters rose. As it turned out, the ark was leaky because it was built on unsound assumptions, the voyage involved more suffering than anyone bargained for, and the ark ended up far from where its builder planned. But nevertheless the ark did ride out the storm.« (Lih 2012: 203f.)

Arbeitermacht und Sowjetmacht bedeutete, war in sich autoritär, da es etwas als identisch oder als identisch zu machen gesetzt hat, was nicht identisch war. Es war von Beginn an gleichbedeutend mit der Diktatur einer Minderheit und damit der direkte Weg in den Terror.

Diese unausweichliche Folge des Versuchs der Verwirklichung von Lenins Konzept der Diktatur des Proletariats stellt der linke Sozialrevolutionär Isaak Steinberg, der von Dezember 1917 bis März 1918 Volkskommissar für Justiz in der Koalitionsregierung mit den Bolschewiki war, klar dar:

*»Die Konstruktion der Bolschewiki besitzt aber eine ihr eigene starre, von ihnen selber unabhängige Logik. Die ›Diktatur der Partei, die später zur Diktatur einer kleinen Anzahl von Parteiführern wird, zwingt die Staatsgewalt, ihre klassenbewußten und standhaften Gegner zu meiden und die Verwaltungsstellen mit Männern zu besetzen, die ihr ergeben,*

wenn auch innerlich fremd und feindlich sind. Das führt zur Stärkung des Beamtentums, zur Diktatur der Bürokratie, zur Satrapenwirtschaft, zu einer noch größeren Trennung zwischen der Regierung und den Massen. Um aber dieses System aufrechtzuerhalten, muss die Waffe des Terrors permanent benutzt werden. Daher sondert sich innerhalb der Bürokratie eine besondere Schicht ab, die über die Terrorinstrumente unmittelbar verfügt und sie unmittelbar in Wirkung treten läßt. Die Diktatur der Bürokratie bedeutet unter dem Terror die Diktatur der Polizei. Unter der terroristischen Minderheitsdiktatur werden sämtliche Funktionen des Staates der einzigen allumfassenden Aufgabe des Polizeidienstes unterworfen. »L'Etat wird zur »polices, und diese Polizei sucht und findet immer Nahrung. Da die Funktion der Polizei von ihren Agenten keine allzu hohen Tugenden verlangt, so wird der Terror unvermeidlich zu einer »Erziehungsanstalt für Schurken«, die häufig an die Spitze der Staatsorgane

aufzurücken. Im Endergebnis befestigt der Terror das monarchistische Prinzip an der Spitze der Staatsmaschine und das Prinzip der Zersetzung in den übrigen Teilen der Maschinerie. So entsteht die Teilnahmslosigkeit der Massen, das Erlahmen der schöpferischen Antriebe, der unüberwindliche Abscheu gegen alles Soziale.« Steinberg 1981: 106ff.

Kolakowski beschreibt den daraus folgenden Totalitarismus, den Lenin begründet hat:

»Die Unterdrückung bürgerlicher Freiheiten im Namen der Aufrechterhaltung und Stärkung der bestehenden Macht ist noch kein totalitäres System, wenn sie nicht mit einem anderen Grundsatz Hand in Hand geht: dem Grundsatz, daß jegliche Tätigkeit der Menschen in allen Bereichen – der Wirtschaft oder der Kultur – ausschließlich den Zielen des Staates untergeordnet sein müsse, daß nicht nur Aktionen, die sich gegen die bestehende

*Herrschaft richten, absolut verboten sind und bekämpft werden, sondern daß es außerdem überhaupt keinen politisch-neutralen Lebensbereich gibt und daß jedem Bürger nur diejenige Tätigkeit erlaubt ist, die zugleich von den staatlichen Zielen vorgesehen ist, daß jeder einzelne Eigentum des Staates ist und als solches vom Staat behandelt wird. Das sowjetische Herrschaftssystem, das diese Grundsätze aus der Tradition des Zarismus übernahm und aufs äußerste vervollkommnete, war auch in dieser Hinsicht das Werk Lenins. [...] An den schlimmsten Exzessen aus den schlimmsten Jahren des Stalinismus gibt es absolut nichts, was sich nicht mit den Leninschen Grundsätzen rechtfertigen ließe, wenn man nur zeigen kann, daß die Sowjetmacht dadurch gestärkt wurde. ... Die universale Herrschaft der Lüge erwuchs nicht aus dem schlechten Charakter Stalins, sondern sie wurde errichtet, weil sich eine Herrschaft, die auf den Leninschen Grundsätzen beruhte, allein auf diese Weise legitimieren konnte.*

*Deshalb war die Parole, die zur Zeit der Stalinschen Diktatur in der Sowjetunion unablässig wiederholt wurde: »Stalin – der Lenin von heute«, vollkommen richtig.«*

1978: 571, 573f.

Sowjetmacht steht hier selbstverständlich nur als ideologische Bezeichnung für die Partei- und Staatsmacht.

### **Die Folgen des bolschewistischen Terrorsystems für die revolutionäre Arbeiterbewegung**

Eine Konsequenz des Terrors, der von der bolschewistischen Partei nach dem Oktoberumsturz in immer größerem Ausmaß ausgeübt wurde, war die *Diskreditierung der politischen und sozialen Revolution* überhaupt, worauf Kautsky, der seit der Spaltung der deutschen Sozialdemokratie 1917 Teil der USPD war, verweist (1990: 55f.). Eine wesentliche Annahme, mit der der Oktoberumsturz unternommen wurde, die Ausweitung der Revolution auf die

Industrieländer, als erstes nach Deutschland, und schließlich die Weltrevolution, wurde gerade dadurch untergraben. Bereits am 17. Dezember 1917 war in der sozialdemokratischen *Leipziger Volkszeitung* ein Artikel von Alexander Stein, ebenfalls USPD-Mitglied und als jüdisch-lettischer Exilant der russischen Sprache mächtig, mit dem Titel »Demokratie oder Diktatur?« erschienen, in dem dieser die Diktatur des Proletariats als Diktatur einer einzigen Partei kritisiert: Sie sei die »Diktatur einer Gruppe der Bolschewikipartei, die die Leitung der Bewegung an sich gerissen hat«. Die gesamte innere und äußere Politik der Regierung unter der Führung von Lenin und Trotzki würde sich zwangsläufig aus dieser Diktatur ergeben, deren Basis mit jedem Tag schmaler werde. Er wies auf willkürliche Verhaftungen und Repressionen, die Einschränkungen der Pressefreiheit und die Androhung der Auflösung der konstituierenden Versammlung durch die Bolschewiki hin und erklärte: »Das internationale Proletariat kann nicht wünschen,

daß die revolutionäre Bewegung in Rußland eine so verhängnisvolle Wendung nimmt, die alle an sie geknüpften Hoffnungen vernichten würde.« (Zarusky 1992: 36) Nach der tatsächlich erfolgten Auflösung der konstituierenden Versammlung durch die Bolschewiki schrieb der *Vorwärts*, die Zeitung der MSPD, die Auflösung der Konstituante sei zwar abzusehen gewesen, doch habe es für die unterdrückte Mehrheit gegolten, »eine historische Tat zu vollbringen, an welche die gegen den bolschewistischen Terror kämpfenden Parteien später wieder anknüpfen können« (ebd.: 39). Dort wurde auch Kautskys im September 1918 erschienene Kritik der bolschewistischen Politik *Die Diktatur des Proletariats* besprochen und erklärt, es finde sich darin »kaum ein Wort, das wir nicht unterschreiben möchten« (ebd.: 60). Die Vorgänge in Rußland und deren repressive Konsequenzen waren in der deutschen Sozialdemokratie gut bekannt. Die autoritäre Politik der bolschewistischen Partei, die sie mit dem Oktoberumsturz und der Übernahme

der Staatsmacht in der Folge durchsetzte, wurde so zu einem Beweggrund für die Mehrheitssozialdemokratie und Teile der unabhängigen Sozialdemokratie, in Deutschland auf den Parlamentarismus zu setzen (vgl. Kolb 1962: 169). In der gemeinsamen Sitzung von Reichstagsfraktion und Parteiausschuss am 23. September 1918 stellte Ebert die Führung der MSPD vor die Entscheidung: »Wollen wir jetzt keine Verständigung mit den bürgerlichen Parteien und der Regierung, dann müssen wir die Dinge laufen lassen, dann greifen wir zur revolutionären Taktik, stellen uns auf die eigenen Füße und überlassen das Schicksal der Partei der Revolution. Wer die Dinge in Rußland erlebt hat, der kann im Interesse des Proletariats nicht wünschen, daß eine solche Entwicklung bei uns eintritt.« (Winkler 1999: 18).

Die mit dem Oktoberumsturz eingeleitete Errichtung einer terroristischen Diktatur über das Proletariat und die Bauern ist selbstverständlich nur ein Faktor, der zur Position der Führung der MSPD in

der Novemberrevolution in Deutschland geführt hat. Der Parlamentarismus war für die MSPD und weite Teile der USPD eine »staatspolitische Grundidee« (Kolb 1962: 169). Diese Idee resultierte auch aus dem *Etatismus der Sozialdemokratie*, der Vorstellung eines *Staatssozialismus* als einem Erbe des Lassalleanismus, gegen das Marx und Engels sich stets eingesetzt hatten.<sup>12</sup> Dadurch hatte sich schon vor 1918 vor allem mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Führungsschicht herausgebildet, die an den

12 »Die Neu-Lassalleaner (Reformisten und Revisionisten) unterscheiden sich demnach von den Bolschewiki nur dadurch, daß sie eine andere Vorstellung über den Staat haben, der den Sozialismus organisieren soll: sie glaubten, daß sowohl der kaiserlich-konstitutionelle wie der demokratisch-parlamentarische Staat dazu imstande wäre, während die Leninisten ihren Einparteiensstaat, die Diktatur ihrer Partei dafür für nötig halten. Für beide ist also die staatliche Organisationsform wesentlich und nicht die gesellschaftliche, die für beide lediglich Objekt des staatlichen Subjekts ist. So erklärt es sich auch, daß sowohl Trotzki wie Lenin und andere Bolschewiki gebannt auf das Vorbild des deutschen »Kriegssozialismus« starrten und nichts sehnlicher wünschten, als ihn unter der Hegemonie ihrer Partei auf Rußland zu übertragen.« (Huhn 2003: 58)

parlamentarischen Staat gebunden war. Dennoch wurde die Novemberrevolution von *sozialdemokratisch* geprägten und organisierten Soldaten und Arbeitern durchgeführt. Der aus der Novemberrevolution hervorgegangene Bürgerkrieg in Deutschland war damit sowohl ein Kampf zwischen verschiedenen Teilen der Sozialdemokratie untereinander als auch zwischen dem reaktionären Teil des kaiserlichen Offizierskorps unter Führung der Obersten Heeresleitung, der sozialdemokratischen Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte und einer utopistisch-revolutionären Minderheit von Arbeitern. Dabei stützte sich der Rat der Volksbeauftragten als von den Arbeiter- und Soldatenräten bestätigte Revolutionsregierung, der ab dem 29. Dezember 1918 ausschließlich aus der staatssozialistisch geprägten Führung der MSPD bestand, zur Verteidigung der parlamentarischen Ordnung schließlich auch auf die militärische Gewalt rechtsgerichteter, konterrevolutionärer Freikorps (vgl. Ströbel 1920: 77ff., Rosenberg 1961: 58ff.).

Auch hier, wie in Russland, ging es der Mehrheit der Arbeiter und Soldaten um die *Einheit der Sozialisten*, die aber durch die Verhärtung der verschiedenen Seiten auch hier nicht zustande kam (vgl. Ströbel 1920: 110, Kluge 1975: 269).<sup>13</sup>

<sup>13</sup> »Die Agitation der äußersten Linken hatte sich schlimmer Übertreibungen schuldig gemacht. Liebknecht, Rosa Luxemburg und ihre Anhänger hatten mancherlei unerfüllbare politische und soziale Forderungen gestellt und durch ihre ätzende, häufig ungerechte Kritik aller Regierungshandlungen jene überhitzte Stimmung unter den radikalen Arbeiter- und Soldatenschichten erzeugen helfen, die den so notwendigen Zusammenschluß der proletarischen Kräfte und eine vernünftige Fortführung der Revolution erschwerte. Aber die Agitation der Spartakisten hätte niemals so fruchtbaren Boden, so starken Widerhall bei den Arbeitern gefunden, wenn nicht die rechtssozialistischen Volksbeauftragten durch ihr klägliches Anlehnungsbedürfnis nach rechts und durch ihre Blindheit gegen die konterrevolutionären Umrtriebe den Eindruck erweckt hätten, daß in solchen Händen die Errungenschaften der Revolution bald wieder zerrinnen müßten. Und je frecher die Reaktion sich wieder hervortraute, je schamloser man die Revolution und ihre Organe, die A.- u. S.-Räte, verlästerte, je kecker wieder der Militarismus sein Haupt erhob, und je schwächerlicher und duldsamer sich die Rechtssozialisten diesem Treiben gegenüber verhielten, desto leichter musste in den Gemütern gerade der tatkräftigsten

Auf dem *Allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands*, der nach der Novemberrevolution vom 16. bis 21. Dezember 1918 in Berlin stattfand und auf dem mit großer Mehrheit die Entscheidung zugunsten der Nationalversammlung gegenüber einem Rätesystem fiel, begründete Max Cohen als Vertreter der MSPD deren Eintreten für die Nationalversammlung eben mit dem politischen Scheitern der bolschewistischen Minderheitsdiktatur. Er berief sich dabei auf den von

proletarischen Elemente die Losung zünden, daß die Revolution durch kompromißlerische Halbheit hoffnungslos verpuscht sei und daß sie durch eine wirkliche Revolution weitergetrieben werden müsse. Und statt diese Auffassung durch Belehrung, vor allem aber durch beweiskräftige Taten, durch kräftige Sicherung der Revolution, durch Zurückweisung militärischer Anmaßungen und durch beschleunigte Inangriffnahme demokratischer und sozialistischer Maßregeln zu widerlegen, begannen die rechtssozialistischen Führer, sich aus kopfloser Bolschewistenangst einen neuen Militarismus heranzuzüchten, der die verhaßte Linke schonungslos niederwerfen sollte. Kein Wunder, daß bei einer so unsinnigen Taktik von links und rechts die Revolution in den blutigsten Bürgerkrieg münden musste...« (Ströbel 1920: 86f.)

Luxemburg verfassten Entwurf des Programms der KPD, in dem es heißt: »Sie [die proletarische Revolution] ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln«<sup>14</sup>, und erklärte: »In Rußland besteht dieser verzweifelte Versuch einer Minderheit, Rußland nach dem Ideal der Bolschewisten zu modeln, das kann doch von niemandem bestritten werden.« Weiter führte er

14 »Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen und die geschichtliche Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen. [...] Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.« (Protokoll des Gründungsparteitages der KPD 1972: 317f., 323)

aus, dass Marx nicht so ausgelegt werden könne, dass er an eine Diktatur einer Minderheit gedacht hat und zitiert Marx damit, »daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für die eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann« und schließt daraus: »Marx sagt das Gegenteil dessen, was der Bolschewismus in der Praxis getan hat und jetzt noch tut.« Der Bolschewismus stelle die Marxsche Auffassung geradezu auf den Kopf:

*»Wer jetzt aus den bolschewistischen Zeitungen in Rußland gelesen hat, wie sehr die ›außerordentliche Kommission‹ der Bolschewisten den Arbeitern aber auch jedes Recht der Selbstverwaltung so gut wie genommen hat, der wird mir zustimmen können, wenn ich sage, mit Marx, marxistischer und sozialistischer Auffassung hat das dort in Rußland wirklich aber auch gar nichts mehr gemein. Nun frage ich Sie, Parteigenossen, — wir wollen uns einmal ganz ruhig darüber unterhalten —:*

*was hat der Bolschewismus, die Diktatur des Proletariats in Rußland erreicht? Nach meiner Überzeugung nichts, was zur Förderung des Sozialismus, sondern nur, was dazu dienen kann, den Sozialismus auf Jahrzehnte hinaus zu diskreditieren.«*

Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands: 108f.

So hat der Autoritarismus und der Terrorismus der bolschewistischen Diktatur des Proletariats als *Diktatur einer Partei* dazu beigetragen, in Deutschland die Einrichtung einer Räte Demokratie zu verhindern. Gerade weil die autoritäre Parteidiktatur unter dem Namen der Sowjetmacht errichtet wurde, ist die Räterepublik zum Ausdruck für ein abschreckendes Beispiel eines autoritären und terroristischen Herrschaftssystems geworden.<sup>15</sup>

<sup>15</sup> »Der Marxismus-Leninismus-Stalinismus repräsentiert den Niedergang der kommunistischen Bewegung im Weltmaßstab. Er ist der Ausdruck der auf den Ersten Weltkrieg folgenden verlorenen Revolution – insoweit sie als proletarische Revolution gelten konnte. ... Im internationalen Maßstab und für die

Die Sowjetrepublik und Arbeiterräte wurden nun von der Mehrheit der Sozialdemokratie mit einer *terroristischen Diktatur* als *Staatsform* und der *Abschaffung der Demokratie* verbunden (vgl. Kolb 1962: 169), wie sich auch bei Kautsky in seiner im Juni 1919 erschienenen Schrift *Terrorismus und Kommunismus* sehen lässt (1990: 342). Darin beschreibt er die aus dem Oktoberumsturz

internationale Arbeiterbewegung hat der Leninismus nur von einer Niederlage zur anderen geführt, wenn es sich auch zumeist nur um kampflose Niederlagen handelte. ... Wenngleich dieser vollkommene Zerfall der internationalen revolutionären Bewegungen seinen Tiefpunkt nach dem Tode Lenins erreichte, fällt die Verantwortung dafür dem Leninismus als einer Basis der stalinistischen Politik zu. Obwohl es mehrfach versucht wurde, kann man vom Stalinismus nicht abstrahieren, wenn man vom Leninismus spricht. Aber selbst da, wo es geschieht, bleibt die Tatsache bestehen, daß der Leninschen Revolution durch das Konzept der staatskapitalistischen Parteidiktatur bereits die Gegenrevolution eingebaut war. Allerdings lassen sich gewichtige Unterschiede zwischen Lenin und Stalin ermitteln, da der eine die ihm als notwendig erscheinende Diktatur nur begann, während der andere sie bis zur äußersten Vollendung brachte. Auch ihr Stil war unterschiedlich: bei Lenin wurde die Wahrheit zur Demagogie, während für Stalin die Demagogie zur Wahrheit wurde.« (Mattick 1970: 199f.)

hervorgegangene Gesellschaftsform in Russland als *neue Klassengesellschaft*, neben der kleinbürgerlichen Bauernwirtschaft auf dem Land, in der Stadt bestehend aus drei Klassen: Einer unteren Klasse der ehemaligen Bourgeois, Kapitalisten, Kleinbürger und oppositionellen Intellektuellen, einer mittleren Klasse der Lohnarbeiter und einer neuen Klasse der Beamten und der Bürokratie, die durch ihre Leitungsfunktion in Industrie, Verwaltung und Politik die wirkliche Macht ausübe. Die Ersetzung der Demokratie durch die Diktatur habe die Willkürherrschaft der *neuen Bürokratie* ermöglicht (ebd.: 324f.). Die Bolschewiki hätten, »um zur Macht zu gelangen, ihre demokratischen Grundsätze über Bord geworfen. Sie haben, um sich in der Macht zu erhalten, ihre sozialistischen Grundsätze den demokratischen nachfolgen lassen. Sie haben sich als *Personen* behauptet, aber ihre *Grundsätze* geopfert und sich dadurch als echte Opportunisten erwiesen. Der Bolschewismus hat in Rußland bis jetzt gesiegt, doch der Sozialismus

schon jetzt dort eine Niederlage erlitten. [...] Sobald sie einmal diese Bahn betreten hatten, konnte sie dem Terrorismus nicht entgehen. Der Gedanke einer friedlichen wirklichen Diktatur ohne Gewalttat ist eine Illusion. Die Werkzeuge des Terrorismus wurden die Revolutionstribunale und außerordentlichen Kommissionen, von denen wir schon gesprochen haben. ... Erschießen – das ist das A und O der kommunistischen Regierungsweise geworden.« (ebd.: 323, 330f.). Damit hat Kautsky mit dem Terrorismus die gemeinsame Grundlage von Bolschewismus und Stalinismus bereits 1919 beschrieben, noch bevor dieser entstanden war. Die Errichtung einer terroristischen Diktatur durch die Bolschewiki unter dem Namen der Sowjetmacht hat die revolutionäre Arbeiterbewegung auf der ganzen Welt dauerhaft geschwächt und das Erreichen ihres Ziels der Überwindung kapitalistischer Ausbeutung und staatlicher Herrschaft durch demokratische Selbstorganisation sehr viel schwieriger gemacht.

## Literatur

- AG Elektronisches Publizieren (2008): Stenographische Berichte 1. Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. <https://doi.org/10.18452/623>
- Anweiler, Oskar (1958): Rätebewegung in Russland, Leiden: E.J.Brill.
- Brovkin, Vladimir (1983): The Mensheviks' Political Comeback. The Elections to the Provincial City Soviets in Spring 1918, *The Russian Review*, vol 42, 1983, S. 1-50.
- Brovkin, Vladimir (1987): The Mensheviks after October. Socialist Opposition and the Rise of the Bolshevik Dictatorship. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Deutscher, Isaac (1969): Die sowjetischen Gewerkschaften. Ihr Platz in der sowjetischen Arbeitspolitik. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Harding, Neil (1983): Lenin's Political Thought. Theory and Practice in the Democratic and Socialist Revolutions. London: MacMillan Press.
- Huhn, Willy (1973): Trotzki. Der gescheiterte Stalin. Berlin: Karin Kramer Verlag.
- Huhn, Willy (2003): Der Etatismus der Sozialdemokratie. Zur Vorgeschichte des Nazifaschismus. Freiburg: ca ira.
- Junker, Stefan (2011): Die Bolschewiki und die Übernahme der Ministerialbürokratie. [https://www.grundrisse.net/grundrisse40/bolschewiki\\_und\\_die\\_buerokratie.htm](https://www.grundrisse.net/grundrisse40/bolschewiki_und_die_buerokratie.htm)
- Kautsky, Karl (1919): Das Erfurter Programm. In seinem grundsätzlichen Teil erläutert. Stuttgart: Dietz Verlag.
- Kautsky, Karl (1990): Die Diktatur des Proletariats. Terrorismus und Kommunismus. Von der Demokratie zur Staatssklaverei. Berlin: Dietz Verlag.

- Kluge, Ulrich (1975): Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Kolakowski, Leszek (1978): Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall, Bd. 2, München: Piper Verlag.
- Kolb, Eberhard (1962): Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919. Düsseldorf: Droste Verlag.
- Korsch, Karl (1932): Zur Geschichte der marxistischen Ideologie in Rußland. In: Ders. (1974): Politische Texte. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt, S. 248-260.
- Lenin, Wladimir I. (1902): Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung.
- Lenin, Wladimir I. (1905): Zwei Taktiken der Sozialdemokratie.
- Lenin, Wladimir I. (1916): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus.
- Lenin, Wladimir I. (1917a): Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll.
- Lenin, Wladimir I. (1917b): Staat und Revolution.
- Lenin, Wladimir I. (1917c): Die Bolschewiki müssen die Macht ergreifen.
- Lenin, Wladimir I. (1917d): Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?
- Lenin, Wladimir I. (1918a): Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht.
- Lenin, Wladimir I. (1918b): Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky.
- Lenin, Wladimir I. (1920): Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit des Kommunismus.
- Lih, Lars (2006): Lenin Rediscovered. What Is to Be Done? in Context. Leiden: Brill.
- Lih, Lars (2012) Lenin. London: Reaktion Books.

- Mandel, David (2017): The Petrograd Workers in the Russian Revolution. February 1917 – June 1918, Chicago: Haymarket Books.
- Martow, Julius (1919): Marx und der Staat.
- Mattick, Paul (1970): Der Leninismus und die Arbeiterbewegung des Westens, in: Pannekoek, Anton/ Mattick, Paul (1991): Marxistischer Antileninismus. S. 171-204. Freiburg: ca ira.
- Mayer, Robert (2023): The Dictatorship of the Proletariat from Plekhanov to Lenin: A Critique of Hal Draper. <https://pplswar.wordpress.com/2023/12/21/dictatorship-of-the-proletariat-from-plekhanov-to-lenin-a-critique-of-hal-draper-robert-mayer/>
- pplswar (2017): Democratic Socialism and the Russian Revolutions of 1917. <https://pplswar.wordpress.com/2017/11/07/democratic-socialism-and-the-russian-revolutions-of-1917/>
- pplswar (2018): Bolshevik Repression Began Long Before the Civil War. <https://pplswar.wordpress.com/2018/10/06/bolshevik-repression-began-long-before-the-civil-war/>
- Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918 (1972), Berlin: Dietz Verlag.
- Rabinowitch, Alexander (2010): Die Sowjetmacht. Das erste Jahr. Essen: Mehring Verlag.
- Rabinowitch, Alexander (2012): Die Sowjetmacht. Die Revolution der Bolschewiki 1917. Essen: Mehring Verlag.
- Rosenberg, Arthur (1961): Geschichte der Weimarer Republik. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Ruge, Wolfgang (2010): Lenin. Vorgänger Stalins. Eine politische Biographie. Berlin: Matthes & Seitz.

- Rühle, Otto (1971): Brauner und roter Faschismus. In: Schriften. Perspektiven einer Revolution in hoch-industrialisierten Ländern, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag.
- Smith, Stephen Anthony (1983): Red Petrograd. Revolution in the Factories, 1917-18. Cambridge: Cambridge University Press.
- Steinberg, Isaak (1981) Gewalt und Terror in der Revolution. Das Schicksal der Erniedrigten und Beleidigten in der russischen Revolution. Berlin: Karin Kramer Verlag.
- Stalin, Josef (1926): Zu den Fragen des Leninismus.
- Ströbel, Heinrich (1920): Die deutsche Revolution. Ihr Unglück und ihre Rettung, Berlin: »Der Firm« Verlag.
- Thomann, Rainer/Friedetzky, Anita (2017): Aufstieg und Fall der Arbeitermacht in Russland. Berlin: Die Buchmacherei.
- Trotsky, Leo (1920): Terrorismus und Kommunismus.
- Trotsky, Leo (1924): 1917 – Die Lehre des Oktobers.
- Trotsky, Leo (1937): Bolschewismus und Stalinismus.
- van Ree, Erik (2010). Lenin's conception of socialism in one country, 1915-17. *Revolutionary Russia*, 23(2), S. 159-181.
- Wagner, Helmut (1933): Thesen über den Bolschewismus. <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/wagner/1934/thesen.htm>, auch in: Pannekoek, Anton/Mattick, Paul (1991): Marxistischer Antileninismus. als Gruppe Internationaler Kommunisten Hollands: Thesen über den Bolschewismus, S. 19-43. Freiburg: ca ira.
- Wallat, Hendrik (2012): Staat oder Revolution. Aspekte und Probleme linker Bolschewismuskritik. Münster: edition assemblage.

- Winkler, Heinrich August (1999): Demokratie oder Bürgerkrieg. Die russische Oktoberrevolution als Problem der deutschen Sozialdemokraten und der französischen Sozialisten, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Jahrgang 47/1, S. 1-23.
- Wolter, Ulf (1975): Grundlagen des Stalinismus. Die Entwicklung des Marxismus zur Ideologie. Berlin: Rotbuch Verlag.
- Zarusky, Jürgen (1992): Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzungen und außenpolitische Konzeptionen 1917-1933. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

## **Eine kritische Bildungsreise in die Zone?**

Kurzes Resümee  
zur Kantine *Zone*.  
Analyse und  
Kritik der DDR

Als wir uns dafür entschieden haben, das Kantine-Festival im Jahr 2024 der Analyse und Kritik der DDR zu widmen, gab es dafür eine Reihe von Gründen. Wir dachten, dass diejenigen, die an der Perspektive einer anderen Gesellschaftsform jenseits von Herrschaft und Ausbeutung

**192** festhalten, sich auch mit den gescheiterten Versuchen dieses Vorhabens in der Geschichte auseinandersetzen müssen und dass daraus etwas zu lernen ist. In der radikalen Linken beobachteten wir zudem eine zunehmende Orientierung an dem, was einmal »Realsozialismus« genannt wurde und in diesem Zuge auch vermehrt eine positive Bezugnahme auf die DDR. In einer eher liberalen Linken nahmen wir ebenfalls ein wachsendes Interesse an der Geschichte der DDR wahr. Es schlägt sich etwa in einer öffentlichkeitswirksamen Auseinandersetzung mit Biografien nieder, die von der DDR und der (Post-)Wendezeit geprägt sind, was sich gut in Diskurse über Diskriminierungs- oder »Armutserfahrungen« einfügt. Auch aktuelle Verschiebungen in der Parteienlandschaft in der BRD sahen wir mit einem spezifischen Blick auf die DDR-Geschichte verhandelt – sind doch die Wahlerfolge der AfD in den »neuen Bundesländern« besonders hoch und liegt ein Bezug dieser Statistiken auf »autoritäre Erfahrungen« in der

DDR und Deklassierungsprozesse nach der Wiedervereinigung Deutschlands nahe. Wir wollten all dem einen eigenen Zugang entgegensetzen. Es sollte darum gehen, sich aus einer herrschaftskritischen Perspektive dem historischen Gegenstand der DDR wirklich zuzuwenden und jenseits von (auto-)biografischen Anekdoten oder identitätsstiftenden Erzählungen zu analysieren, wie die DDR politisch und ökonomisch funktionierte, warum sie spezifische Formen von Kultur und Kulturpolitik hervorbrachte und was all dies für den Alltag in der DDR bedeutete.<sup>1</sup> Diese Fragen konnten durch das Programm, das wir auf die Beine stellten, wenn überhaupt, nur bruchstückhaft beantwortet werden – aber die Diskussionen auf der Kantine sollten in diese Richtung gehen.

<sup>1</sup> Unser Ankündigungstext für die Kantine Zone findet sich hier: <https://kantine-festival.org/aktuelles/2024-01-31-ank%C3%BCndigung-kantine-%C2%BBzone%C2%AB-22-27-07-2024/>

**194** Das Bedürfnis, aus der Geschichte etwas lernen zu können, wurde gleich im Eröffnungsvortrag von Rüdiger Mats einer kritischen Befragung unterworfen. Er wies darauf hin, dass ein vermeintliches Resultat aus der Geschichte immer schon eingebettet ist in eine ganz andere Konstellation von gesellschaftlichen Umständen und Interessen in der Gegenwart. Es lässt sich aus der Geschichte nicht lernen, dass etwas (etwa eine strategische oder politische Entscheidung), das in einer spezifischen historischen Situation einmal funktioniert hat, in der Gegenwart auch wieder Erfolg haben muss. Anders herum müssen Entscheidungen, die in einer bestimmten historischen Situation zum Scheitern geführt haben, unter anderen Umständen nicht zwangsläufig genau so verkehrt sein. Die Bedingungsfaktoren sind zu komplex, als dass sich eine historische Erfahrung einfach so auf die Gegenwart übertragen ließe – es ist banal: Geschichte wiederholt sich nicht. In seinem Vortrag wollte Rüdiger Mats das Bewusstsein dafür schärfen,

dass der Blick auf die Geschichte oftmals ein interessierter ist. Anhänger:innen des bolschewistischen Organisationsmodells blicken auf die Geschichte der Oktoberrevolution und der DDR, um die Erfolge dieses Organisationsmodells zu belegen. Antiautoritäre Linke – Anarchist:innen oder Rätekommunist:innen – blicken auf diese historischen Ereignisse, um nachzuweisen, dass dieses Modell verkehrt und zum Scheitern verurteilt ist. Doch die historischen Resultate sprechen an sich weder für das eine noch das andere – im Blick auf die Geschichte ist es schwer, auseinanderzuhalten, welche Faktoren den Geschichtsverlauf bestimmten: das Organisationsmodell oder die äußeren Umstände, die Fehler der Revolutionäre oder die Entscheidungen ihrer Gegner? Besteht das Ziel darin, aus der Geschichte allgemeine Lehrsätze abzuleiten, muss der Blick auf die realen historischen Umstände und Zeugnisse zwangsläufig all zu allgemein geraten. Das heißt nicht, dass eine Auseinandersetzung mit Geschichte sinnlos ist – Rüdiger Mats

plädierte dafür, *an* der Geschichte zu lernen, was etwa bedeuten kann, den Blick für gesellschaftliche Konstellationen und die Bedingungen politischen Handelns zu schärfen, anstatt etwas aus der Geschichte *ableiten* zu wollen.

Die Kategorie des Erfolgs allein ist jedoch kein Urteil über das Ziel, das historische Akteure einmal anstrebten. Was also war die DDR? Als Resultat aus der Kantine *Zone* würde für mich eine zusammenfassende Antwort in etwa so ausfallen: Während das Gesellschaftsmodell nach 1945 in der sowjetischen Besatzungszone zunächst auf einen Wiederaufbau ausgerichtet war und angesichts des Erbes des Nationalsozialismus ein demokratisch-antifaschistischer Staat sein sollte – was m.E. bescheidener und vielleicht auch angemessener war, als das, was dann folgte – wurde mit der Staatsgründung 1949 der Aufbau des Sozialismus deklariert. Das hieß vor allem die Übertragung des sowjetischen Modells auf das Gebiet der DDR und war nur noch insofern mit der Geschichte der

Arbeiterbewegung verbunden, als dass diejenigen KPD-Mitglieder der Zwischenkriegszeit, die die stalinistischen Säuberungen mit betrieben und überlebt hatten, nun an der Spitze des Staates standen.

Die Gründung der DDR bedeutete die Einrichtung einer staatlichen Zentralverwaltung und die Durchsetzung einer zentralistischen Planung – also einer ökonomischen Kalkulation mit (zunächst Zwei-, bald Fünf-)Jahresplänen, deren Ziele staatlicherseits festgelegt wurden. Die Bevölkerung der DDR – die überwiegend aus Arbeiter:innen bestand – konnte bei der Formulierung dieser Pläne nicht mitreden und hatte weder politischen noch ökonomischen Zugriff auf das sogenannte »Volkseigentum«. Politisch nicht, weil es keine demokratischen Formen der Mitbestimmung gab (Wahlen waren nicht geheim, nicht genehmes Wahlverhalten konnte empfindliche Repressionen nach sich ziehen, Wahlergebnisse wurden immer wieder gefälscht) – ökonomisch

nicht, weil es keine Formen von betrieblicher Mitbestimmung gab, die Produktionsziele nicht verhandelbar waren und die Produzent:innen von den Ergebnissen der gesellschaftlichen Produktion getrennt, also in ein Lohnverhältnis gestellt waren.<sup>2</sup> Volkseigentum war in diesem Sinne das Eigentum eines Staates, der von der Partei beherrscht wurde, die ihrerseits von einer Partei-Elite bestimmt wurde (das wahre Machtzentrum in der DDR war das Politbüro des ZK der SED). Die Arbeiter:innen waren dementsprechend Angestellte eines Staates, dem gegenüber sie keine Schutz- und Abwehrrechte hatten und von dem sie in allen Bereichen der gesellschaftlichen Organisation kontrolliert wurden.<sup>3</sup>

2 Auf die Organisierung in den Betrieben ist Renate Hürtgen in ihrem Workshop ausführlich eingegangen, Teil 1: <https://kantine-festival.org/mediathek/2024-12-31-das-ende-einer-autonomen-arbeiterbewegung-in-der-ddr-teil-1/> – Teil 2: <https://kantine-festival.org/mediathek/2024-12-31-das-ende-der-autonomen-arbeiter-innenbewegung-in-der-ddr-teil-2/>

3 Bernd Gehrke ging in seinem Vortrag auf die Frage ein, was das Volkseigentum war und sprach auch über die fehlenden Formen demokratischer

Die Gründung der DDR ging einerseits einher mit einer Schleifung der Mitspracherechte von Betriebsräten in der Produktion, deren Etablierung vorher tatsächlich ansatzweise angegangen worden war,<sup>4</sup> und andererseits mit einem ungeheuren Widerspruch, den Andrea Jäger in ihrem Vortrag auf der Kantine über die DDR-Literaturpolitik hervorhob:<sup>5</sup> Dass die herrschenden Sozialisten auf der einen Seite davon ausgingen, die ökonomischen Mittel für eine erfolgreiche sozialistische Produktion bereits in der Hand zu haben, dass sie auf der anderen Seite der Bevölkerung mit einem – vielleicht

Mitbestimmung: <https://kantine-festival.org/programm/2024-05-06-das-kommando-administrativ-nij-sistem-zwischen-sowjetischem-vorbild-und-kombinatsplanung-der-80iger-jahre/>

4 Zur Bewegung der antifaschistischen Betriebsräte auch in der sowjetischen Besatzungszone siehe: <https://www.rosalux.de/publikation/id/41975/vonden-chancen-der-befreiung>

5 Der Vortrag von Andrea Jäger kann hier nachgehört werden: <https://kantine-festival.org/mediathek/2025-04-15-staatlich-beauftragte-praxisrelevanz-der-literatur-der-ddr/>

**200** berechtigten – Misstrauen begegnete, diese Mittel richtig zu bedienen. Das, was Sozialismus genannt wurde, ging nicht von den Interessen der unmittelbaren Produzent:innen aus und es war offensichtlich, dass die Lebens- und Arbeitsverhältnisse in der DDR sie nicht für ein wie auch immer geartetes sozialistisches Projekt gewinnen konnten – wie sonst lässt sich erklären, dass die staatlichen Apparate den ständigen moralischen Bewusstseinsappellen an die Bevölkerung und an jeden Einzelnen eine so hohe Bedeutung zumaßen. Der Partei, die vermittels des Staates herrschte, ging es stets um die Frage, wie die Einzelnen dazu motiviert werden können, das umzusetzen, was sie, legitimiert durch eine vermeintlich wissenschaftlich erkannte Gesetzmäßigkeit, erdacht hatte. Der Inhalt dessen war nie das, was man vielleicht eigentlich als Sozialismus bezeichnen könnte: eine bedürfnisorientierte Ökonomie, in der die Produzent:innen über die Art und Weise, die Ziele und die Resultate der Produktion

verfügen können. Die Bevölkerung wurde in der DDR als Volk angesprochen – und das heißt, dass sie einem Staat unterworfen und von ihm angewendet wurde, der in der Systemkonkurrenz seine ganz eigene Rechnung machte. In der staatlichen Propaganda wurde ein Menschenbild des selbstlosen Staatsbürgers entworfen, der stets bereit ist, viel zu arbeiten und dabei die Widersprüche des Planungssystems durch Eigeninitiative auszugleichen.<sup>6</sup> Dass diese Art von Mensch in der DDR nicht existierte, dass die Staats- und Parteiführer sich gleichzeitig von einer genau

<sup>6</sup> Um nur einen der Widersprüche zu benennen: Die Ökonomie der DDR schwankte stets zwischen der Entscheidung, ob sie mehr in die Produktion von Konsumgütern investieren sollte, um den Konsumbedarf der Bevölkerung (besser) bedienen zu können oder mehr in die Produktion von Produktionsmitteln, um eine stabilere Grundlage für die gesamte Produktion zu schaffen, was zeitweilig aber auf Kosten des Konsumgütersektors gehen musste. Maßgabe waren dabei allerdings kaum die Bedürfnisse der Menschen selbst: Wenn es um Bedürfnisbefriedigung ging, dann als Instrument, um die Leute für den Laden bei der Stange zu halten – dementsprechend hatten sie bei solchen Grundsatzentscheidungen auch nichts zu melden.

**201**

**202** solchen Haltung abhängig sahen, erklärt, warum Überwachung und Repression für sie so wichtig waren und dass diese mit Hilfe von Geheimdienst und Massenorganisationen bis in den Alltag und in die Bereiche von Bewusstsein und Einstellung vordrangen. Jegliche Probleme, die in der DDR auftraten, wurden in diesem Modus als von außen kommend behandelt: als bewusstmäßiger Einfluss der Agenten von Kapital oder Imperialismus (also: Faschismus). Lohnarbeiter:innen, die sich nicht in die erwartete Norm einfügten, wurden auf diese Weise zu objektiven Klassenfeinden.

Unabhängig von historischen Entscheidungssituationen und der Frage des Scheiterns ist für mich klar, dass ein solches System niemals eine progressive Zielstellung sein kann. Als der Ostblock zusammenbrach und in der Folge auch die DDR abdankte, hatten auch die Bürger:innen der DDR gehörig die Schnauze voll davon, vom Staat moralisch-gesinnungsmäßig bevormundet zu werden. Dies bewahrte sie jedoch nicht davor, dem

wieder eingeführten kapitalistischen System mit einer ganzen Reihe von Illusionen zu begegnen<sup>7</sup> – die Auswirkungen dessen bekamen sie bald in Form von Treuhand und Betriebsschließungen zu spüren. Sie durften die Freiheit als jene der doppelt freien Lohnarbeiter:innen kennen lernen: nichts zu besitzen als seine Arbeitskraft, die man allerdings nach der erfolgten Transformation sehr oft nicht verkaufen konnte. In den Genuss der Transferleistungen zu geraten war dann allerdings damit verbunden, sich als arbeitsscheuer Ossi behandeln lassen zu müssen, dem die bundesdeutsche Art des individuellen Zurechtkommens erst noch beigebracht werden muss, was auf jeden Fall hieß, dass ihm die Gewohnheit ausgetrieben werden musste, »über seinen Verhältnissen« zu leben. So war die eine Art, gegängelt zu werden, gegen eine andere getauscht.

<sup>7</sup> Dominik Intelmann hat einige dieser Illusionen in seinem Vortrag auf der Kantine treffend beschrieben: <https://kantine-festival.org/mediathek/2025-04-25-das-geisterhafte-nachleben-des-volkseigentums/>

**203**

**204** Heute begegnen wir in weit verbreiteten rechtsextremen Einstellungsmustern auf dem ehemaligen Gebiet der DDR einer Gleichzeitigkeit von negativen und positiven Bezugnahmen auf das untergegangene System: *Negativ* wird auf die DDR Bezug genommen, indem man »die da oben« oder das Establishment, gegen das man sich im Aufstand wähnt, mit eben jenem Regime gleichsetzt, gegen das man schon ein mal auf die Straße gegangen ist – *positiv*, indem man die Erfahrung der Vergemeinschaftung in der DDR zum festen Bestandteil der eigenen Identität macht. Dominik Intelmann hat in seinem Vortrag auf der Kantine einen Vorschlag gemacht, wie eine solche widersprüchliche Gleichzeitigkeit möglicherweise zu verstehen ist: Als »geisterhaftes Nachleben des Volkseigentums«. Im Volkseigentum war nämlich eine Identität von Produzent:innen und Obrigkeit angerufen worden, in der ein Gleichheits-, Erlösungs-, und Erfolgsversprechen lag – »so wie *wir* heute arbeiten, werden wir morgen leben« – ohne dass damit reale

Formen einer bewussten Vergesellschaftung verbunden waren. Während der utopische Überschuss, der mit der Titulierung als »sozialistisch« verbunden war, mit der Wiedervereinigung endgültig entsorgt wurde, blieb die Vorstellung einer heilsversprechenden Einheit bestehen, die man im Staat anruft und die nur durch äußere oder abweichende Faktoren gestört wird: *Wesis*, Ausländer und Sozialschmarotzer. Dass diese Einstellung zuweilen auf typisch ostdeutsche Weise gefärbt ist, aber als Ideologie doch allzu gut zu den gesamtdeutschen Verhältnissen zu passen scheint und von diesen erzeugt wird – das muss an anderer Stelle ausführlicher behandelt werden.

Der hier dargelegte Durchgang durch die Diskussionen, die in der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Kantine *Zone* geführt wurden, ist das Ergebnis äußerster Verknappung – er soll anregen, die Vortragsmitschnitte nachzuhören, die wir in unserer Mediathek veröffentlicht haben.

**206** Wer hingegen lieber lesen möchte: In der Vorbereitung der Kantine *Zone* haben wir das Büchlein »Geschichte der DDR« von Jörg Rösler (Papyrossa, 2012) gelesen. Wir fanden, dass darin ein guter Überblick über die Entwicklungsetappen und ökonomischen Debatten der DDR gegeben wird, allerdings oft zu verknappt und vielleicht mit einer Tendenz zur Ausblendung der politisch-repressiven Seite der DDR. Zur Vertiefung zu empfehlen sind zwei Sammelbände: »Was tun mit Kommunismus? Kapitalismus, ›Real existierender Sozialismus‹, Konkrete Utopien heute« von der *Selbsthilfegruppe Ei des Kommunismus (SEK)* (Unrast, 2013) und »Nie wieder Kommunismus? Zur linken Kritik am Stalinismus und Realsozialismus« von der Gruppe *Inex* (Unrast, 2012). Beide Sammelbände enthalten Beiträge von Autor:innen, die zum Teil auch auf der Kantine *Zone* gesprochen haben.

Ansonsten laden wir euch herzlich dazu ein, zumindest einen Teil der Diskussionen auf der nächsten Kantine fortzuführen.



↑ Das Plakat zur Kantine *Zone* verwendet  
Versatzstücke des Dresdner Wandbilds  
»Der Weg der Roten Fahne«

## **Impressum**

2. korrigierte Auflage 2025

### **Redaktion**

Tom Vörkel  
Tim Bockhoff  
Lukas Holfeld  
Beate Pohlers  
Magdalena Freckmann

### **Korrektur und Lektorat**

Tim Bockhoff  
Magdalena Freckmann  
Lukas Holfeld  
Beate Pohlers  
Leon Tiemeier  
Marthe Völker  
Tom Vörkel

### **Layout und Satz**

Lena Haubner

Das Theoriefestival *Kantine* ist eine Kooperation des Wiederbelebung kulturellen Brachlandes e.V. und des Subbotnik e.V.

**[www.kantine-festival.org](http://www.kantine-festival.org)**  
**[kantine-festival.org/mediathek](http://kantine-festival.org/mediathek)**  
[instagram.com/kantine\\_festival](https://www.instagram.com/kantine_festival)  
[facebook.com/KantineFestival](https://www.facebook.com/KantineFestival)  
[youtube.com/@kantinefestival8370](https://www.youtube.com/@kantinefestival8370)

